

The logo for NAHhaft, featuring the text 'NAHhaft' in a white sans-serif font. The letter 'H' is stylized with a green leaf-like graphic element integrated into its right vertical stroke. The logo is positioned at the top center of a dark green rectangular box.

NAHhaft

Politische Strategien
und Instrumente zur
Förderung
pflanzenbasierter
Ernährung in Europa

VERFASST VON

Helen Engelhardt
Dr. Antje Wilke
Lydia Kitz
Charlotte Ehrenreich

Autor*innen

Helen Engelhardt, Dr. Antje Wilke, Lydia Kitz, Charlotte Ehrenreich

Veröffentlichungsdatum

Februar 2024

Herausgeber

NAHhaft e. V., Louisenstr. 89, 01099 Dresden

Zitiervorschlag

Engelhardt, H.; Wilke, A.; Kitz, L.; Ehrenreich, C. 2024. *Politische Strategien und Instrumente zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung in Europa*. NAHhaft e.V., Berlin.
10.5281/zenodo.8337409

Bildnachweise

Titelseite: Scott Warman auf Unsplash

Anmerkung

Gefördert durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	4
10 Empfehlungen zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung und Beispiele aus der Praxis für politische Entscheidungsträger*innen	5
Empfehlungen für politische Strategien zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung	5
Empfehlungen für politische Instrumente zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung	5
1 Einleitung	10
1.1 Aufbau	10
1.2 Methode	10
2 Aktuelle Entwicklungen und bestehende politische Strategien zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung	11
2.1 Internationale Entwicklungen	11
2.1.1 Entwicklungen weltweit	11
2.1.1.1 SDGs	11
2.1.1.2 UN Food System Summit	12
2.1.1.3 The Coalition of Action on Healthy Diets from Sustainable Food Systems for Children and All	12
2.1.1.4 CFS Voluntary Guidelines on Food Systems and Nutrition	12
2.1.1.5 Convention on Biological Diversity (CBD)	12
2.1.1.6 Global Strategy on Diet, Physical Activity and Health (WHO)	13
2.1.2 Entwicklungen in Europa	13
2.1.2.1 Europäischer Grüner Deal	13
2.1.2.2 Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)	13
2.1.2.3 Farm-to-Fork-Strategie	14
2.1.2.4 Food 2030	15
2.1.2.5 Horizon Europe	15
2.1.2.6 Biodiversitätsstrategie	15
2.1.2.7 Green Public Procurement (GPP)	16
2.1.2.8 Weitere Strategien auf EU-Ebene	16
2.2 Nationale Entwicklungen	17
2.2.1 Nationale Ernährungsstrategien	17
2.2.2 Nationale Gesundheitsstrategien	19
2.2.3 Nationale Nachhaltigkeits- und Klimastrategien	19
2.2.4 Sonstige Strategien	20
2.3 Regionale Entwicklungen	20
2.3.1 Regionale Ernährungsstrategien	21
2.3.2 Food Policy Councils/ Ernährungsräte	22
2.4 Strategien auf kommunaler Ebene	22
2.4.1 Kommunale Ernährungsstrategien	23
2.4.2 Ernährung als Aspekt weiterer kommunaler Strategien	25
2.4.3 Politische Instrumente für Städte und Kommunen	26
2.5 Fazit zu politischen Strategien	27
3 Ernährungspolitische Instrumente zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung mit Beispielen aus Europa	29
3.1 Datenerhebung und Monitoring	30
3.2 Entscheidungsunterstützung	33
3.2.1 Ernährungsinformation	33
3.2.1.1 Informationsangebot	34
3.2.1.2 Informationskampagnen	35
3.2.1.3 Ernährungsleitlinien	38

3.2.2	Ernährungsbildung.....	40
3.2.2.1	Aus- und Weiterbildung	42
3.2.2.2	Beratung.....	43
3.2.3	Markttransparenz.....	44
3.2.3.1	Labels	45
3.2.3.2	Apps und digitale Anwendungen.....	47
3.2.4	Werbeeinschränkungen und -verbote	47
3.2.4.1	Verbot von Werbung gesundheits- oder umweltschädlicher Produkte	48
3.2.4.2	Einschränkung unlauterer Werbung / Transparenz bei Produktangaben in der Werbung	49
3.3	Entscheidungslenkung	50
3.3.1	Nudging.....	51
3.3.2	Finanzielle Anreize	55
3.3.2.1	Positive finanzielle Anreize	56
3.3.2.1.1	Subventionen.....	56
3.3.2.1.2	Bonusprogramme.....	58
3.3.2.1.3	Investitionen/Förderung	59
3.3.2.2	Negative finanzielle Anreize	60
3.3.2.2.1	Mehrwertsteuer.....	60
3.3.2.2.2	Weitere Steuern.....	62
3.4	Entscheidungsbeschränkung	65
3.4.1	Gebote.....	66
3.4.2	Verbote.....	68
3.5	Fazit zu politischen Instrumenten.....	71
4	Schlussfolgerungen.....	72
	Literatur.....	74
	Impressum	102

Abkürzungsverzeichnis

ADEME	Französische Agentur für Umweltschutz und Energie
AVP	The Portuguese Vegetarian Association
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BLE	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit und Verbraucherschutz
BUND	Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland
CBD	Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity)
CH ₄	Methan
CO	Kohlenmonoxid
CO ₂	Kohlendioxid
COPLANT	COhort on PLANT-based Diets
DGE	Deutsche Gesellschaft für Ernährung
ELB	Europäische Lebensmittelbehörde
EU	Europäische Union
EVA	Ethical Vegetarian Alternative
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization of the United Nations)
FBDG	Food-based dietary guidelines
Food-EPI	Food Environment Policy Index
FSFS	Legislative Framework for Sustainable Food Systems
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik der EU
GPA	Green Protein Alliance
GPP	Green Public Procurement
HDSFS	Coalition of Action on Healthy Diets from Sustainable Food Systems for Children and All
IPCC	Internationales Komitee zum Klimawandel (International Panel on Climate Change)
LCA	Life Cycle Assessment
NABU	Naturschutzbund Deutschland e.V.
NBSAP	National Biodiversity Strategies and Action Plans
NEMONIT	Nationales Ernährungsmonitoring
NVS II	Nationale Verzehrsstudie II
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PHE	Public Health England
SDG	Sustainable Development Goals
THG	Treibhausgase
THL	Nationales Institut für Gesundheit und Wohlfahrt
UBA	Umweltbundesamt
UN	Vereinte Nationen (United Nations)
VN	Vereinte Nationen
VO	Verordnung
VGFSyN	Voluntary Guidelines on Food Systems and Nutrition
WTO	Welthandelsorganisation (World Trade Organisation)

10 Empfehlungen zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung und Beispiele aus der Praxis für politische Entscheidungsträger*innen

Im Folgenden werden die zehn wichtigsten politischen Handlungsempfehlungen aus dem Bericht zusammengefasst. Sie sind unterteilt in Empfehlungen für politische Strategien und für politische Instrumente zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung. Sie werden ergänzt durch bereits bestehende Beispiele aus der Praxis in Europa. Die farbliche Abstufung bei den politischen Instrumenten symbolisiert die Eingriffstiefe in das persönliche Wahlverhalten der Bürger*innen (von einer niedrigen Interventionsstärke, die mit einer helleren Farbe hervorgehoben ist, bis zu einer hohen Interventionsstärke, die mit einer dunkleren Farbe hervorgehoben ist).

Empfehlungen für politische Strategien zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung

1. Die Förderung pflanzenbasierter Ernährung sollte in politischen Strategien sowohl auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene zu Themen wie Ernährung, Nachhaltigkeit, Umwelt oder Gesundheit aufgenommen werden. Entsprechende Maßnahmen sollten zielgerichtet vorangebracht werden.
2. Auf allen politischen Ebenen liegen bereits Strategien vor, die als Vorbilder dienen können. Auch die Prozesse, die bei der Entstehung der Strategien eine Rolle gespielt haben, können lehrreich sein und als Blaupause dienen. Das Lernen von anderen Akteur*innen und die Umsetzung von bestehenden Vereinbarungen (z. B. "Milan Urban Food Policy Pact", "C40 Good Food Declaration") können insbesondere Kommunen dabei helfen, schnell und zielgerichtet erprobte Maßnahmen kennenzulernen und umzusetzen.

Empfehlungen für politische Instrumente zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung

Empfehlungen	Beispiele aus der Praxis
Datenerhebung und Monitoring sind wesentliche Grundlagen zur Entwicklung wirksamer Maßnahmen zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung. Relevante Daten betreffen u. a. Ernährungsstatus, Ernährungswissen,	Erhebungen zum Ernährungsverhalten wurden bislang vor allem in nord-, süd-, west- und mitteleuropäischen Ländern durchgeführt (s. Beispiele Finnland, Norwegen, Deutschland, Vereinigtes Königreich (Box 1). Einige südost- und osteuropäische Länder können keine nationalen Erhebungen vorweisen. Häufig beziehen sich die erhobenen Daten auf Ernährungsverhalten und Ernährungsweisen, seltener

<p>Ernährungsverhalten, Ernährungsumfelder, Ernährungsweisen und ernährungsmitbedingte Krankheiten sowie soziale Ungleichheit bzw. Ernährungsarmut. Sie können u. a. der Zielausrichtung, Evaluierung (z. B. von unerwünschten sozialen Effekten oder Substitutionseffekten) und Anpassung bzw. Abschaffung von Maßnahmen sowie der Transparenz dienen.</p>	<p>werden relevante Informationen in der Breite erhoben (s. Empfehlungen). Eine breite, ausgiebige Datenanalyse des Ernährungssystems wurde beispielhaft in England im Rahmen der Entwicklung der nationalen Ernährungsstrategie durchgeführt. Ein Beispiel aus Dänemark zeigt, dass Datenerhebungen auch die Akzeptanz von Maßnahmen in der Bevölkerung steigern können: Eine vorausgehende Kalkulation des ökonomischen Nutzens der Befolgung der Leitlinien und eine mediale Verbreitung der Ergebnisse steigerten die Akzeptanz der Leitlinien in der dänischen Bevölkerung (Box 2).</p>
<p>Informationskampagnen sind ein passendes Instrument, um die Akzeptanz von darauf folgenden härteren Maßnahmen zu vergrößern. Werden Informationskampagnen mit verhaltensökonomischen Instrumenten wie Nudging kombiniert, können sie stärker auf das Konsumverhalten einwirken.</p>	<p>In mehreren europäischen Ländern werden nationale Kampagnen für einen verstärkten Obst- und Gemüsekonsum, insbesondere bei Kindern, durchgeführt. Dazu gehören Dänemark, Deutschland, Ungarn, Spanien, Niederlande, Frankreich, Belgien und Irland (Box 5). Teilweise sind staatliche Akteur*innen beteiligt. In vielen Ländern sind die Kampagnen Teil eines größeren Förder- bzw. Bildungsprogramms, das weitere Aktivitäten im Bereich Ernährungsbildung umfasst. Einige Kampagnen-Beispiele gehen über die traditionelle 5-am-Tag-Botschaft hinaus und profitieren mit einem kreativen Werbekonzept von einer breiten zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Unterstützung, wie an dem Beispiel im Vereinigten Königreich zu sehen (Box 6).</p>
<p>Ernährungsleitlinien sollten empfehlen, mehr pflanzliche Lebensmittel zu essen, um sowohl unsere Gesundheit als auch die Umwelt besser zu schützen. Dies basiert auf den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen.</p>	<p>Laut einer Studie von Klapp et al. (2022) erwähnen weniger als die Hälfte der internationalen Ernährungsstandards pflanzliche Alternativen zu Fleisch oder tierischer Milch und noch weniger positionieren sich zu vegetarischen Ernährungsweisen. Nur wenige weisen auf die gesundheitlichen Vorteile einer vegetarischen Ernährung hin (u. a. die Niederlande, der Nordische Rat, Norwegen und Portugal. Lediglich acht Ernährungsstandards (u. a. aus Dänemark, Finnland, den Niederlanden, Schweden und vom Nordischen Rat) weisen auf die ökologischen Vorzüge der pflanzenbasierten Ernährung hin (Box 7). Die mangelnde Berücksichtigung umwelttechnischer Gesichtspunkte in Ernährungsleitlinien unterstreicht das erhebliche Defizit bei der Anpassung der Ernährungsstandards an den aktuellen Forschungsstand.</p>
<p>Die Förderung von Ernährungsbildung insbesondere in</p>	<p>Zur Förderung der Ernährungsbildung in jungen Jahren wird beispielsweise in Finnland <i>Ernährung</i> in der Schule unterrichtet (Box 8). Weitere Bildungsangebote in der</p>

<p>Kindertagesstätten und Schulen eine große Rolle. Das Lernen von Gleichaltrigen zeigt sich besonders förderlich. Ebenso sollte die Aus- und Weiterbildung zum Thema pflanzenbasierte Ernährung für Küchenpersonal und benachbarte relevante Berufsgruppen (Medizin, Pflege, Gastronomie, Pädagogik, Landwirtschaft) unterstützt werden.</p>	<p>Schule, wie Kochaktivitäten oder Gärtnern (Box 9), insbesondere in Kombination mit guter Schulverpflegung, erweisen sich als wirksam. Ein Schulungsprogramm für Köch*innen zur Menüplanung pflanzenbasierter Gerichte in Dänemark erzielte nicht nur eine Veränderung in der Verwendung von Lebensmitteln und neuen Arbeitsabläufen, sondern erhöhte auch das Wohlbefinden und die beruflichen Kompetenzen der Köch*innen (Box 10). Die Einführung des Themas pflanzenbasierter Ernährung in den Gesundheitsbereich zeigt ein Pionierbeispiel aus New York mithilfe von Ernährungsschulungen für Fachkräfte des Gesundheitswesens (Box 11). Beratungsdienstleistungen, die individuell an die Zielgruppen angepasst werden, runden das Bildungsangebot ab (Box 12).</p>
<p>Mittels Werbeverbote für klimaschädliche Produkte, ungesunde Produkte oder (Billig-)Fleisch sollte die Werbung für tierische Lebensmittel eingeschränkt werden. Um effektiv zu sein, sollten solche Verbote möglichst viele Medien einschließen (z. B. Fernseh-, Internet-, Print- und Außenwerbung, Werbung am Verkaufsort, Direktmarketing, Verpackungswerbung sowie Werbung in Kindergärten, Schulen, an Spielplätzen und in anderen von Kindern besuchten Sport- und Freizeiteinrichtungen).</p>	<p>Es sind Verbote und Pläne in europäischen Ländern bekannt, gemäß derer Werbung für ungesunde Lebensmittel an Kinder verboten sind, wie u. a. in Portugal, Norwegen, Schweden und Deutschland. Seltener sind jedoch Werbeverbote von tierischen Produkten zu finden: In der Stadt Haarlem in den Niederlanden wurde ein Werbeverbot für klimaschädliche Produkte, darin eingeschlossen Fleisch aus Massentierhaltung, beschlossen und soll ab 2024 in Kraft treten (Box 16). Eine rechtswissenschaftliche Bewertung ergibt, dass auch ein Werbeverbot, beschränkt auf Billigfleisch, europarechtlich zulässig ist. Ökonomisch-ökologische Effekte werden in dem Gutachten ausgiebig aufgeführt (vgl. Fischer et al., 2021). Freiwillige Selbstverpflichtungen der privatwirtschaftlichen Lebensmittel- und Gastronomiebranche können unterstützend wirken (z. B. EU Pledge), jedoch attestieren Studien den verpflichtenden Werbebeschränkungen weitaus größere Effekte.</p>
<p>Nudging sollte genutzt werden, um Ernährungsumgebungen so zu gestalten, dass pflanzenbasierte Ernährung in den Vordergrund rückt. Dies gilt nicht nur für die Gemeinschaftsverpflegung, sondern auch für Supermärkte, Krankenhäuser, Veranstaltungen und weitere Orte oder Anlässe.</p>	<p>In einer Umfrage nach einer Industriekampagne im Vereinigten Königreich gaben 80 % der Caterer an, weniger Fleisch und mehr pflanzliche Optionen anzubieten und teilweise Gebrauch von Nudges zu machen (Box 17). Beispiele für die Anwendung von Nudges in der Gemeinschaftsverpflegung sind die Erweiterung des pflanzlichen Angebots in Cafeterien in England, informative Nudges in den USA, die Standardisierung von vegetarischen Optionen in Schweden und Dänemark, das Mindestangebot an pflanzlichen Gerichten in Kopenhagen und Aalborg (Dänemark) sowie ansprechende Bezeichnungen der pflanzlichen Gerichte (Box 17). In Supermärkten im</p>

	<p>Vereinigten Königreich werden informative Nudges und die gezielte Platzierung von Fleischersatzprodukten eingesetzt (Box 18). Die Stadt Altena in den Niederlanden zeigt beispielhaft, wie auf kommunaler Ebene durch Nudging die Umgebung für eine vermehrt pflanzenbasierte Ernährung geschaffen werden kann (Box 19). Partizipative Ansätze, bei denen Nudging gemeinsam mit den Betroffenen entwickelt wird, erweisen sich oft als effektiver und besser akzeptiert als Top-Down-Ansätze.</p>
<p>Einen starken Hebel stellen finanzielle Anreize dar: pflanzliche Lebensmittel können durch Subventionen, Bonusprogramme und Investitionen/Förderungen gefördert werden. Landwirtschaftliche Subventionen sollten sich an Umweltschutzleistungen orientieren, und umweltschädliche Subventionen sollten beendet werden. Steuern sollten so angepasst werden, dass die Preise von Lebensmitteln die Auswirkungen auf Umwelt, Klima, Gesundheit und Tiere widerspiegeln. Wenn Steuern für tierische Lebensmittel erhöht werden, sollte sichergestellt werden, dass dies sozial gerecht geschieht und die Einnahmen konstruktiv verwendet werden, um die Akzeptanz in der Bevölkerung sicherzustellen.</p>	<p>Bonusprogramme im Vereinigten Königreich zeigen auf, wie Menschen mit niedrigem Einkommen oder aus benachteiligten Bezirken zum Konsum von Obst und Gemüse angeregt werden können (Box 22). Europaweit gibt es zudem verschiedene wegweisende produktionsseitige Subventionsmaßnahmen, darunter die Förderung der Umstellung von Futtermittelanbau auf die Produktion von pflanzlichen Nahrungsmitteln für den menschlichen Verzehr in Dänemark, die Unterstützung für die Umstellung von landwirtschaftlicher Flächennutzung in Belgien und die Förderung des Übergangs von intensiver Tierhaltung zu extensiver Tierhaltung in den Niederlanden (Box 21). Es gibt darüber hinaus eine Vielzahl von Förderungen für technische Innovationen, wie beispielsweise für zellkultiviertes Fleisch (Box 23). Molkereiprodukte fallen bislang noch viel zu häufig unter den reduzierten Mehrwertsteuersatz, während pflanzliche Alternativen wie Soja- oder Haferdrink mit einem höheren Mehrwertsteuersatz besteuert werden. Einige Länder, wie Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Irland, Portugal und die Niederlande besteuern sie gleich hoch (Box 24). Weitere steuerrechtliche Ansätze sind beispielsweise die angekündigte CO₂-Steuer in Dänemark (Box 25), die vorgeschlagene Tierwohlabgabe in Deutschland, die Fleischsteuer in den Niederlanden (Box 26) sowie die Steuern auf gesättigte Fette in Dänemark (Box 27).</p>
<p>Gebote und Verbote können genutzt werden, um die pflanzliche Ernährung u.a. in der Gemeinschaftsverpflegung zu fördern. Hierfür können verpflichtende und kontrollierte Qualitätsstandards oder Gesetze eingesetzt werden. Die Kriterien für die öffentliche Beschaffung können genutzt werden, um</p>	<p>In vielen europäischen Ländern gibt es verpflichtende Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegung, darunter Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Ungarn für Schulverpflegung (Box 29) sowie Nordirland für öffentliche Gesundheitseinrichtungen (Box 28). Diese Standards variieren von Land zu Land und umfassen Maßnahmen zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung wie Höchstgrenzen für tierische Lebensmittel, Mindestangebote für vegane und vegetarische Speisen, sowie spezielle Vorgaben für Obst- und Gemüseanteile, Portionsgrößen und Diversifizierung (Box 28).</p>

pflanzenbasierte Gerichte verpflichtend anzubieten.

Portugal hat ein Gesetz erlassen, das alle Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung zur Bereitstellung veganer Gerichte verpflichtet, während in Frankreich Schulen gesetzlich dazu verpflichtet sind, wöchentlich ein fleischloses Gericht anzubieten (Box 30).

Einige europäische Städte in Belgien, Österreich, Finnland und Deutschland haben fleisch- und fischfreie Tage in öffentlichen Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung eingeführt, wobei die Maßnahmen von einem wöchentlichen Veggie Day (Box 31) bis zur ausschließlichen Bereitstellung vegetarischer Speisen reichen (Box 32).

1 Einleitung

Die pflanzenbasierte Ernährung¹ stellt einen der größten Hebel für die Transformation des Ernährungssystems dar. Durch eine vermehrte pflanzliche Ernährung und zeitgleiche Reduzierung des Verzehrs von tierischen Produkten, wie es die Planetary Health Diet (vgl. Willett et al., 2019; EAT, o. J.) postuliert, können die planetaren Grenzen eingehalten werden.

Neben dem bedeutsamen Beitrag einer pflanzenbasierten Ernährung für den Umwelt- und Klimaschutz sind auch ihre gesundheitlichen Vorteile für den Menschen ausführlich wissenschaftlich belegt (vgl. Springmann et al. 2016: 4147; Bryant 2022: 5 ff.; Willett et al., 2019: 454 ff., Hallström et al. 2015; Dinu et al., 2017: 3643 ff.). Die Förderung der pflanzenbasierten Ernährung stellt ein wirksames Werkzeug dar, um mit einem Hebel gleich mehrere Ziele der *Sustainable Development Goals* (SDGs) zu erreichen.

Das vielfältige Potenzial einer pflanzenbasierten Ernährung auf Umwelt, Klima, Mensch und Tier sowie die Erreichung der SDGs wird vermehrt von der Politik aufgegriffen. Europaweit gibt es verschiedene Ansätze und Strategien zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung. In diesem Bericht werden verschiedene Entwicklungen und politische Strategien auf internationaler, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene aufgegriffen und ihr Bezug zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung wird dargestellt.

Weiterhin wird in diesem Bericht erläutert, welche verschiedenen politischen Instrumente derzeit in Europa für die Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung bereits genutzt werden und welche potenziell dazu geeignet sind. Neben der aktiven Zivilgesellschaft und Akteur*innen aus der Privatwirtschaft und Forschung braucht es vor allem die Förderung, Lenkung und konkrete Maßnahmenumsetzung vonseiten der Politik. Ein Regelwerk und eine ressortübergreifende Gestaltung von Ernährungsumgebungen sind hier nötig. Daher richtet sich dieser Bericht an politische Entscheidungsträger*innen in der EU, auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene. Dieser Bericht kann sie dabei unterstützen, ihrer Aufgabe nachzukommen, politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine zukunftsfähige Ernährungsweise aller Akteur*innen ermöglichen.

1.1 Aufbau

Der Bericht beleuchtet im ersten Teil die aktuellen Entwicklungen und politischen Strategien zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung auf internationaler Ebene (weltweit und in Europa) sowie auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene im europäischen Raum. Der zweite Teil umfasst ernährungspolitische Instrumente zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung. Diese unterteilen sich in Datenerhebung und Monitoring, Entscheidungsunterstützung, Entscheidungslenkung sowie Entscheidungsbeschränkung. Der Bericht endet mit einer Schlussfolgerung.

1.2 Methode

Politische Strategien auf internationaler, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene sowie politische Instrumente und deren Beispiele wurden per Desktop-Literaturrecherche recherchiert und diese hinsichtlich ihres Bezuges zur pflanzenbasierten Ernährung untersucht. Dafür wurden primär Online-Suchmaschinen (Google, Google Scholar, Google Books, Research Gate, Springer

¹ Bei einer pflanzenbasierten (oder auch pflanzenbetonten) Ernährungsweise werden überwiegend pflanzliche Lebensmittel wie Vollkornprodukte, Gemüse, Obst, Hülsenfrüchte, Nüsse und Samen verzehrt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass tierische Produkte wie Milch, Eier, Fleisch oder Fisch in kleinen Mengen verzehrt werden.

Link) und offizielle Websites der Europäischen Kommission sowie die von nationalen Ministerien oder öffentlichen Behörden genutzt. In die Recherche von politischen Instrumenten und ihrer beispielhaften Anwendung in Europa wurde zusätzlich punktuell bei Bedarf graue Literatur (Broschüren, Projektberichte und -websites, Leitfäden und Nachrichtenportale) eingeschlossen, die auf die Förderung pflanzenbasierter Ernährung abzielen oder weitere Informationen zum jeweiligen Beispiel boten. Google Translate wurde für Websites genutzt, die nicht auf Englisch oder Deutsch verfügbar waren.

2 Aktuelle Entwicklungen und bestehende politische Strategien zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung

Im Folgenden soll ein Überblick über die verschiedenen Möglichkeiten der Förderung pflanzenbasierter Ernährung im Rahmen politischer Strategien auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene gegeben werden. In der Regel werden die Förderung pflanzenbasierter Ernährung sowie die Reduktion tierischer Produkte im Rahmen von Strategien zur nachhaltigen Ernährung sowie zur Verbesserung der Gesundheit aufgegriffen. Punktuell wird die Förderung pflanzlicher Ernährung in weiteren Strategien direkt oder indirekt angesprochen. Es werden zunächst Entwicklungen weltweit und in Europa vorgestellt, gefolgt von nationalen, regionalen und kommunalen Entwicklungen.

2.1 Internationale Entwicklungen

Bei der Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung kommt der internationalen politischen Ebene eine besondere Bedeutung zu, da sie eine koordinierte und kohärente globale Antwort auf die Herausforderungen, die mit unseren Ernährungssystemen in Zusammenhang stehen, bieten kann. Durch die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene können die Länder gemeinsame Ziele und Maßnahmen festlegen, um die Verbreitung einer pflanzenbasierten Ernährung zeitnah zu fördern und den Weg zu einer nachhaltigeren Zukunft zu ebnen.

2.1.1 Entwicklungen weltweit

2.1.1.1 SDGs

Die 17 *Ziele für nachhaltige Entwicklung* (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen (UN) sind Zielsetzungen für eine nachhaltige Entwicklung, die bis zum Jahr 2030 umgesetzt werden sollen und die bereits 2015 von allen Mitgliedsländern der UN angenommen worden sind (vgl. United Nations, o. J.a). Die SDGs decken eine breite Palette von Themen ab wie Armut, Hunger, Gesundheit, Bildung, Geschlechtergleichstellung, sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen, erneuerbare Energien, nachhaltige Städte und Gemeinden sowie Klimaschutz. Die Förderung pflanzenbasierter Ernährung ist indirekt in zahlreichen SDGs enthalten, insbesondere SDG Nummer 2 „End hunger, achieve food security and improved nutrition and promote sustainable agriculture“, SDG Nummer 3 „Ensure healthy lives and promote well-being for all at all ages“ und SDG Nummer 12 „Ensure sustainable consumption and production patterns“. So kann die Förderung einer Umstellung auf eine stärker pflanzenbasierte Ernährung zu einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen und der Landnutzung führen und dadurch die globale Nahrungsmittelsicherheit (SDG Nummer 2 und SDG Nummer 12) erhöhen (vgl. Tilman & Clark, 2014; Springmann et al., 2018). Auch die Verbesserung der Bevölkerungsgesundheit spricht die Ernährungsumstellung hin zu einer stärker pflanzenbasierten Ernährung an, indem dadurch das Risiko von ernährungsbedingten

Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs und Typ-2-Diabetes verringert werden kann (vgl. Tilman & Clark, 2014).

2.1.1.2 UN Food System Summit

Der *UN Food System Summit* ist eine internationale Initiative der UN, deren Ziel darin besteht, die SDGs bis 2030 zu erreichen. Der Gipfel bringt Regierungsvertreter*innen, Expert*innen, Wissenschaftler*innen, Unternehmen und andere Stakeholder zusammen, um Strategien und Lösungen zu entwickeln. Ein Fokus des Gipfels lag 2021 auch auf der Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung, der eine besondere Relevanz bei der Erreichung der SDGs beigemessen wird (vgl. von Braun et al., 2021). In einem Diskussionspapier, das im Vorfeld des Gipfels veröffentlicht wurde, lautet ein Aufzählungspunkt zu den gewünschten Ergebnissen:

„At the global level, and particularly with respect to more affluent populations, a reduction of excessive consumption of animal-sourced foods, especially red meat, and an increase in consumption of plant-rich diets.“ (United Nations, 2020: 3)

2.1.1.3 The Coalition of Action on Healthy Diets from Sustainable Food Systems for Children and All

Die *Coalition of Action on Healthy Diets from Sustainable Food Systems for Children and All (HDSFS)* ist aus dem UN Food System Summit hervorgegangen. Sie bringt UN-Mitgliedstaaten und Agenturen, Organisationen der Zivilgesellschaft, akademische Institutionen sowie soziale Bewegungen zusammen. Als Koalition der Willigen setzt sie sich dafür ein, gesunde Ernährung und nachhaltige Ernährungssysteme für Kinder und Erwachsene weltweit zu fördern (vgl. World Health Organization, o. J.). Gemäß ihren Zielen steht die Koalition in engem Zusammenhang mit der Förderung pflanzenbasierter Ernährung, aufgrund ihres noch sehr jungen Alters sind konkrete Aussagen über ihre Ansatzpunkte und Maßnahmen jedoch schwierig. Nach eigener Aussage richtet sich die Koalition nach den *Sustainable healthy diets – Guiding principles* (vgl. FAO & WHO, 2019). Darin wird eine Ernährung empfohlen, die Vollkorngetreide, Hülsenfrüchte, Nüsse und eine Fülle und Vielfalt von Obst und Gemüse einschließt und nur eine geringe Menge an rotem Fleisch sowie moderate Mengen an Eiern, Milchprodukten, Geflügel und Fisch. Zudem wird die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen zu den Treibhausgasemissionen, zur Wasser- und Bodennutzung sowie zur Ausbringung von Stickstoff, Phosphor und chemischen Substanzen empfohlen.

2.1.1.4 CFS Voluntary Guidelines on Food Systems and Nutrition

Die *Voluntary Guidelines on Food Systems and Nutrition (VGFSyN)* verfolgen das Ziel, die Entwicklung koordinierter, multisektoraler nationaler Richtlinien, Gesetze, Programme und Investitionspläne zu unterstützen, um eine sichere und gesunde Ernährung durch nachhaltige Lebensmittelsysteme zu ermöglichen. Da sie sich direkt auf die Gesetzgebungsprozesse und politischen Strategien beziehen, finden sie an dieser Stelle eine Erwähnung. Die Leitlinien wurden im Jahr 2021 vom Committee on World Food Security (CFS) verabschiedet.

Sie empfehlen zur Förderung einer gesunden Ernährung die Reduktion von Fetten, insbesondere von gesättigten und Transfettsäuren (vgl. Committee on World Food Security, 2021: 4). Darüber hinaus wird die Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung nur indirekt angesprochen, indem sie Teil einer gesunden, umweltfreundlichen und nachhaltigen Ernährung ist, die mithilfe der Leitlinien von Regierungen und politischen Entscheidungsträger*innen implementiert werden soll.

2.1.1.5 Convention on Biological Diversity (CBD)

Die *Convention on Biological Diversity (CBD)* ist ein internationales Abkommen, das 1993 in Kraft getreten ist und inzwischen von 196 Ländern unterzeichnet wurde. Ziel der CBD ist es, die biologische Vielfalt zu erhalten und nachhaltig zu nutzen. Dabei geht es um den Schutz von Tier-

und Pflanzenarten sowie Lebensräumen, die Erhaltung genetischer Ressourcen und die Förderung der nachhaltigen Nutzung biologischer Ressourcen (vgl. United Nations Environment Programme, 1992). Gemäß Artikel 6 der CBD sind unzählige *National Biodiversity Strategies and Action Plans* (NBSAPs) entstanden. In zahlreichen dieser Strategien wird dabei der Zusammenhang zwischen dem Ernährungssystem und der biologischen Vielfalt beschrieben und anerkannt (vgl. u. a. Boletín Oficial del Estado, 2022; The Federal Council, 2012; National Assembly of the Republic of Slovenia, 2020). Inwiefern einzelne Strategien konkrete Aussagen zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung enthalten, kann im Rahmen dieser Analyse nicht ermittelt werden. Alle *National Biodiversity Strategies and Action Plans* sind auf der Website der *Convention on Biological Diversity* gelistet und hinterlegt (vgl. Secretariat of the Convention on Biological Diversity, 2023).

2.1.1.6 Global Strategy on Diet, Physical Activity and Health (WHO)

Seit 2004 liegt die *Global Strategy on Diet, Physical Activity and Health* der WHO vor. Sie empfiehlt, die Steigerung des Konsums von Obst, Gemüse, Hülsenfrüchten, Vollkornprodukten und Nüssen sowie die Reduktion insbesondere gesättigter Fettsäuren in Ernährungsempfehlungen für Bevölkerungen und Individuen aufzunehmen (vgl. World Health Organization, 2004: 4). Zudem sollen mehr Informationen zu einer gesunden Ernährung verbreitet werden, die einen verstärkten Konsum von Früchten und Gemüse beinhaltet (vgl. ebd.: 12).

2.1.2 Entwicklungen in Europa

2.1.2.1 Europäischer Grüner Deal

Der europäische *Grüne Deal* verfolgt die Ziele, bis 2050 keine Netto-Treibhausgase mehr auszustoßen, Wachstum und Ressourcennutzung voneinander zu entkoppeln sowie die Umweltverschmutzung zu reduzieren, um das menschliche Leben sowie die Tier- und Pflanzenwelt zu schützen (vgl. CEU. COMMU., 2019). Um diese Ziele zu erreichen, setzt die Kommission auch auf Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft (vgl. Europäische Union, o. J.b). Obgleich die Klima- und Umweltauswirkungen der (Intensiv-)Tierhaltung hinlänglich bekannt sind, findet die Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung in den Maßnahmen wie dem „Aktionsplan zur Förderung der Bioproduktion“, der Stärkung des Wohlergehens von Nutztieren, der Nährwertkennzeichnung und der Absatzförderungs politik kaum oder gar keinen Eingang. Als eine weitere Maßnahme des Grünen Deals wird die Berücksichtigung der Ziele in der *Gemeinsamen Agrarpolitik* (GAP) genannt. Die Vereinbarkeit unter bestimmten Bedingungen wurde in einer Analyse der Europäischen Kommission im Jahr 2020 bestätigt (vgl. European Commission, 2020a). Einzelne GAP-Hauptziele wie Umweltpflege, Erhaltung von Landschaften und biologischer Vielfalt sowie Klimaschutzmaßnahmen werden als Übereinstimmungen zwischen der neuen GAP (gültig seit 2021) und dem Grünen Deal genannt.

2.1.2.2 Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

Die individuelle Umsetzung der GAP mittels der GAP-Strategiepläne der einzelnen Mitgliedsländer kann aufgrund ihrer Quantität im Rahmen dieser Analyse nicht vorgenommen werden. Der Rechtsrahmen der neuen GAP vom 2. Dezember 2021 beinhaltet die Förderung der pflanzenbasierten Ernährung höchstens indirekt. Die Bedeutung und Förderung von Leguminosen/Eiweißpflanzen wird zwar aufgegriffen (vgl. Abs. 67, EU 2021/2115²), auf deren Nutzung, ob als Futtermittel oder nicht, wird jedoch nicht weiter eingegangen. In der Debatte um die Förderung von Pflanzeiweiß innerhalb der EU spielte lange Zeit die Nutzung als

² EU-Verordnung 2021/2115 vom 2.12.2021.

Futtermittel und die Unabhängigkeit von Soja-Importen aus Drittstaaten eine tragende Rolle (vgl. Denanot, 2018).

Eine mögliche Förderung pflanzenbasierter Ernährung kann ebenfalls nur indirekt im Rahmen der Reduzierung der Tierbestände durch die Umsetzung der entsprechenden Öko-Regelung (Eco-Scheme) in den nationalen Strategieplänen erreicht werden. Der Zusammenhang besteht nicht unmittelbar und der Rechtsrahmen sieht lediglich eine freiwillige Anwendung der Öko-Regelungen durch die Landwirt*innen vor. Zudem entscheiden die Mitgliedsstaaten selbst über die Ausgestaltung der Öko-Regelungen in ihren nationalen Strategieplänen. Somit können die Öko-Regelungen zwar die Treibhausgasemission potenziell spürbar senken (vgl. Scheffler & Wiegmann, 2020: 53) und zu dem Ziel „Klimaschutzmaßnahmen“ beitragen, der Hebel der Förderung pflanzenbasierter Ernährung wird hingegen im GAP-Rechtsrahmen nicht direkt aufgegriffen.

2.1.2.3 Farm-to-Fork-Strategie

Die *Farm-to-Fork-Strategie* der EU stellt ein weiteres Kernelement des Grünen Deals dar und soll laut Angaben der Europäischen Kommission das Lebensmittelsystem fair, gesund und umweltfreundlich gestalten (vgl. European Commission, o. J.c). Erreicht werden soll ein Ernährungssystem, das

- einen neutralen oder positiven Einfluss auf die Umwelt hat,
- zur Unterstützung der Eindämmung des Klimawandels beiträgt und sich an dessen Folgen anpasst,
- die Ernährungssicherheit und den Zugang zu gesunder, nachhaltiger und sicherer Ernährung gewährleistet und
- faire Rendite bei gleichzeitiger Sicherung erschwinglicher Preise sowie die Wettbewerbsfähigkeit der EU und den fairen Handel fördert.

Die GAP wird auch hier als ein Schlüsselement „to support a just transition“ (European Commission, o. J.c) genannt. Konkret wird auf die Förderung der pflanzenbasierten Ernährung im Rahmen der Förderung einer gesunden Ernährung eingegangen, die die Reduktion von rotem Fleisch und die Erhöhung des Anteils pflanzlicher Ernährung umfasst (vgl. European Commission, 2020b: 14). Zudem soll in Zusammenarbeit mit Lebensmittelunternehmen und Organisationen Werbung für Fleisch zu günstigen Preisen reduziert bzw. vermieden werden (vgl. European Commission, 2020b: 13). Im dazugehörigen Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Unternehmens- und Marketingpraktiken, der seit dem 5. Juli 2021 gilt, wird dieser Punkt jedoch nicht mehr explizit erwähnt (vgl. European Commission, 2021)³. Die Verpflichtung zur Anerkennung des Verhaltenskodex ist freiwillig.

Der Aktionsplan sieht zudem vor, das Steuersystem der EU anzupassen und dadurch den Kauf nachhaltiger und gesunder Lebensmittel zu begünstigen (vgl. European Commission, 2020b: 15). Mit dem Inkrafttreten der EU Richtlinie 2022/542 zum 06.04.2022 wurde die Steuerbefreiung und Besteuerung mit weniger als 5 % Mehrwertsteuer u. a. von Lebensmitteln ermöglicht (vgl. Art. 1, Abs. 6, EU 2022/542⁴). Damit wurden den einzelnen Staaten mehr steuerpolitische Möglichkeiten zur Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung eingeräumt.

Im Rahmen der Förderung von Forschung soll ein Schwerpunkt u. a. auf der Verbesserung der Verfügbarkeit von alternativen Proteinen wie pflanzlichen, mikrobiellen, marinen und insektenbasierten Proteinen sowie Fleischersatzprodukten liegen (vgl. European Commission, 2020b: 16).

Bezüglich zahlreicher Ziele der *Farm-to-Fork-Strategie* ist noch nicht klar, in welcher Form sie umgesetzt werden. Derzeit wird ein Rechtsrahmen erarbeitet, der bisher als Vorschlag vorliegt und bis Ende 2023 von der EU-Kommission angenommen werden soll (*Legislative Framework*

³ Der Wortlaut ist hier: „Anwendung von verantwortungsvollen Praktiken in der Lebensmittelvermarktung und Werbung“ (European Commission, 2021: 13).

⁴ EU-Richtlinie 2022/542 vom 5. April 2022.

for Sustainable Food Systems (FSFS))⁵. In der öffentlichen Konsultation diesbezüglich gaben 88 % der Befragten (2.351 Personen) an, dass sie die Förderung einer Ernährung befürworten, die stärker auf Vollkorngetreide, Gemüse, Obst, Hülsenfrüchte und Nüsse setzt als auf Fleisch und Nahrungsmittel mit hohem Gehalt an Fett, Zucker und gesättigten Fettsäuren (vgl. European Commission, 2022: 7).

2.1.2.4 Food 2030

Die *Farm-to-Fork-Strategie* sowie der Europäische *Grüne Deal* werden von der Forschungs- und Innovationspolitik der EU *Food 2030* unterstützt. Ihre Ziele bestehen in der Förderung einer nachhaltigen und gesunden Ernährung sowie der Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz, der Etablierung nachhaltiger Ernährungssysteme und der Unterstützung von Innovation und der Befähigung von Gemeinschaften (vgl. European Commission. Directorate General for Research and Innovation, 2020b). Handlungsfelder, die eng mit pflanzenbasierter Ernährung verknüpft sind, sind „Governance and systems change“, „Urban food system transformation“, „Alternative proteins and dietary shift“ sowie „Healthy, sustainable and personalised nutrition“.

2.1.2.5 Horizon Europe

Auch das Forschungs- und Innovationsprogramm *Horizon Europe* stellt Mittel zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung bereit. Das Programm umfasst insgesamt ein Budget von 95,5 Mrd. Euro. Für den Bereich „Lebensmittel, Bioökonomie, natürliche Ressourcen, Landwirtschaft und Umwelt“ stehen 8.952 Mio. Euro zur Verfügung (vgl. European Commission. Directorate General for Research and Innovation, 2021: 3). Der Aufruf „Fair, healthy and environmentally-friendly food systems from primary production to consumption“ beinhaltet u. a. die Themen „Cultured meat and cultured seafood – state of play and future prospects in the EU“, „Microbiome for flavour and texture in the organoleptic dietary shift“ sowie „Impact of the development of novel foods based on alternative sources of proteins“, die alle auf die Verbesserung der Bereitstellung pflanzenbasierter Lebensmittel, alternativer Proteinquellen und Fleischersatzprodukte abzielen (vgl. European Commission, o. J.a).

2.1.2.6 Biodiversitätsstrategie

Die *Biodiversitätsstrategie* der EU widmet sich der Erholung und dem Schutz der Biodiversität (vgl. European Commission, 2023). Sie beinhaltet Verpflichtungen und Maßnahmen, die bis 2030 umgesetzt werden sollen. Darin werden landwirtschaftliche Betriebe als entscheidender Faktor zur Herstellung und zum Erhalt der biologischen Vielfalt identifiziert (vgl. European Commission, Directorate-General for Environment, 2020a). Ziele wie die „Eindämmung des Flächenverbrauchs und [die] Wiederherstellung von Bodenökosystemen“ sowie die „Wiederherstellung der Natur auf landwirtschaftlich genutzte[n] Flächen“ (European Commission, 2020e) stehen in direktem Zusammenhang mit der Landwirtschaft. Die Förderung pflanzenbasierter Ernährung ist dabei allenfalls indirekt angesprochen, indem beispielsweise die Überdüngung der Böden durch stickstoffhaltigen Dünger reduziert werden soll, was wiederum in Zusammenhang mit den Tierbeständen steht.

Ebenfalls indirekt könnte sich die Einrichtung von Schutzgebieten auf die Reduktion des Fischkonsums auswirken. Dreißig Prozent der Meeresgebiete in der EU sollen zu Schutzgebieten erklärt werden, mindestens ein Drittel davon soll streng geschützt werden (vgl. ebd.).

⁵ Die öffentliche Konsultation ist abgeschlossen. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse liegt vor: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13174-Sustainable-EU-food-system-new-initiative/public-consultation_en.

Darüber hinaus sollen Bemühungen zur Reduktion des Handels und des Konsums wildlebender Tiere ergriffen werden. Die Förderung pflanzenbasierter Ernährung ist dabei kein vordergründiges Ziel.

2.1.2.7 Green Public Procurement (GPP)

Das *Green Public Procurement* (GPP) der EU zielt darauf ab, die öffentliche Beschaffung zu einem Instrument für eine nachhaltige Entwicklung zu machen. Durch den Einsatz der freiwilligen GPP-Kriterien soll die Nutzung von umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen durch die öffentliche Hand gefördert werden. Dadurch sollen Umweltschutz und Nachhaltigkeit verbessert werden. Zu den Kriterien zählen die Verwendung von Produkten und Dienstleistungen mit einem geringeren Energieverbrauch, der Einsatz erneuerbarer Energien, die Reduzierung des Abfalls und der Emissionen sowie die Förderung von umweltfreundlichen Transportmitteln.

Im Bereich der Verpflegung sind die *EU green public procurement criteria for food, catering services and vending machines* relevant (vgl. European Commission, 2019). Darin werden die Erhöhung des Angebots pflanzenbasierter Gerichte sowie die Förderung des Einsatzes von umweltfreundlichen pflanzlichen Fetten als Lösungsansätze beschrieben. Dementsprechend wird das folgende Kriterium, das bezüglich der Förderung pflanzenbasierter Ernährung wirksam ist, vorgeschlagen: „Menus offered must include choices to increase the consumption of pulses, vegetables, fruits, wholegrains and nuts while having the same recommended nutrient intake for the clients“ (vgl. ebd.: 20).

Die Ausgestaltung des Kriteriums bleibt dem/der Auftraggeber*in vorbehalten. Empfohlene Werte zur Erfüllung der Kernkriterien sind: ein vegetarischer oder pflanzenbasierter Tag in der Woche und die Ergänzung von Fleischgerichten mit Bohnen, Getreide oder Gemüse (40 %) (vgl. ebd.: 49). Zudem wird angeraten, dass die Hälfte der täglich angebotenen Gerichte vegetarisch oder pflanzlich sein sollte. Dabei wird erneut vermerkt, dass der genaue Prozentsatz von der Vergabebehörde selbst festgelegt wird. Für Behörden mit ambitionierteren ökologischen und innovativen Zielen wird vorgeschlagen, zwei vegetarische oder pflanzliche Gerichte pro Woche anzubieten. Gerichte, die Fleisch enthalten, sollten zu 60 % aus Bohnen, Getreide oder Gemüse bestehen. Zudem wird hier empfohlen, dass *mehr* als die Hälfte der angebotenen Gerichte und das Tagesgericht vegetarisch oder pflanzlich sein sollten (vgl. ebd.: 38).

Eine Auswahl aus den vorgeschlagenen Maßnahmen wird getroffen und eigene Werte können vom Auftraggeber eingesetzt werden. Darüber hinaus erlaubt die Formulierung „vegetarisch oder pflanzlich“ weiterhin die Wahl von tendenziell umwelt- und klimaschädlicheren tierischen Produkten. Gemeinsam mit der freiwilligen Anwendbarkeit kann das Potenzial zur Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung durch GPP derzeit als eher gering eingeschätzt werden.

Verschiedene politische Institutionen, die auf regionaler und lokaler Ebene agieren, NGOs und Non-Profit-Unternehmen haben sich für eine *Advocacy-Kampagne Buy Better Food* zusammengeschlossen und setzen sich für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung ein. Sie fordern von der Europäischen Kommission, eine nachhaltige, gesunde und faire Lebensmittelversorgung in der Europäischen Union zu fördern, indem sie u. a. Mindestanforderungen für die öffentliche Beschaffung festsetzen und festlegen, dass Ernährungsmaßnahmen sich an der Planetary Health diet orientieren (insb. mehr pflanzenbasiert und weniger Fleisch). Ziel der Kampagnenarbeit ist es, politische Entscheidungsträger*innen dazu zu bewegen, sich für nachhaltige öffentliche Lebensmittelbeschaffung zu engagieren (vgl. Buy Better Food, o. J.).

2.1.2.8 Weitere Strategien auf EU-Ebene

Weitere Strategien der EU sprechen die Förderung pflanzenbasierter Ernährung direkt oder indirekt an. Darunter der [Null-Schadstoff-Aktionsplan](#), das Paket [Fit für 55](#), die [Bioökonomie-Strategie](#), die [Strategy on nutrition, overweight and obesity-related health issues](#) sowie die [EU-Bodenstrategie für 2030](#) zur Wiederherstellung der Böden und Vermeidung der Bodendegradation.

Mit dem [EU school scheme](#) soll die Verteilung von Milch, Obst und Gemüse an Schulen in Europa verbessert werden. Im Rahmen der Farm-to-Fork-Strategie soll das Programm bewertet werden.

2.2 Nationale Entwicklungen

Auf der Ebene der Nationalstaaten sind Aspekte, die die Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung betreffen, häufig in Strategien eingebettet, die über die pflanzenbasierte Ernährung hinausgehen, da nationale Ernährungssysteme beispielsweise insgesamt gesünder oder nachhaltiger ausgerichtet werden sollen. So findet sich in Deutschland die pflanzenbasierte Ernährung beispielsweise im *Konzept zur Förderung einer nachhaltigen Ernährung*, dem *Nationalen Programm für nachhaltigen Konsum* sowie der *Nationalen Bioökonomiestrategie*. Dies trifft auch auf andere Nationalstaaten zu.

2.2.1 Nationale Ernährungsstrategien

Eine derzeit verbreitete Form der Einflussnahme auf die Transformation der Ernährungssysteme durch Nationalstaaten ist die Einführung von Ernährungsstrategien. Diese können unterschiedliche Formen annehmen. Die Förderung pflanzenbasierter Ernährung muss nicht zwangsläufig ein Bestandteil dieser Strategien sein.

Dänemark - Handlingsplan for plantebaserede fødevarer (Aktionsplan für pflanzenbasierte Ernährung)

In Dänemark ist im Oktober 2023 der weltweit erste nationale Aktionsplan zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung von der Regierung veröffentlicht worden (vgl. Ministeriet for Fødevarer, Landbrug og Fiskeri, 2023a). Ziel ist es, die Verbreitung von gesunden und klimafreundlichen Lebensmitteln in Dänemark zu fördern und die Produktion pflanzlicher Lebensmittel in Dänemark zu steigern. Im Rahmen der Erstellung des Aktionsplans wurden zwei Analysen durchgeführt; 30 Interessengruppen wirkten an der Ausarbeitung des Aktionsplans mit (vgl. ebd.).

Der Aktionsplan sieht die Stärkung der pflanzenbasierten Ernährung über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg vor (vgl. Ministeriet for Landbrug, Fødevarer og Fiskeri, 2023b). Zu denen im Aktionsplan aufgeführten Maßnahmen zählt beispielsweise die Einführung eines staatlichen Klima-Labels für Lebensmittel (vgl. ebd.:16), die Anpassung der Vorgaben für die öffentliche Beschaffung, die verstärkt auf ökologische und pflanzliche Lebensmittel ausgerichtet werden soll (vgl. ebd.: 18) sowie die Investition in die Entwicklung und Erforschung pflanzlicher Lebensmittel in Kooperation mit anderen Nationen (vgl. ebd. 24).

Der Aktionsplan soll aufgrund des großen internationalen Interesses daran nun ins Englische übersetzt werden (vgl. De Lorenzo, 2023). Der Vorstoß Dänemarks gilt als einzigartig (vgl. Berthold, 2023).

Schweden – En livsmedelsstrategi för Sverige – fler jobb och hållbar tillväxt i hela landet

Im Jahr 2017 legte die schwedische Regierung den Regierungsvorschlag *En livsmedelsstrategi för Sverige – fler jobb och hållbar tillväxt i hela landet (Eine Lebensmittelstrategie für Schweden – mehr Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum im ganzen Land)* vor, dessen Ziel in der Entwicklung eines nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Lebensmittelsystems besteht (vgl. Prop. 2016/17, 2017: 104). Darin wird der Anbau pflanzlicher Lebensmittel als wichtiger Bestandteil eines nachhaltigen Konsums angesehen (vgl. ebd.: 44). Der Tierhaltung wird eine starke Auswirkung auf das Klima zugesprochen. Die Reduzierung der Tierbestände ist jedoch nicht vorgesehen. Stattdessen soll u. a. durch die Steigerung der Produktivität die Umweltauswirkung der Tierproduktion reduziert werden (vgl. ebd.: 58). Das Wissen der Konsument*innen um eine nachhaltige und umweltfreundliche Ernährung soll gefördert werden, ebenso wie die Ernährungsbildung in Schulen (vgl. ebd.: 65 f.). Die Förderung

pflanzenbasierter Ernährung ist dadurch indirekt betroffen, wird jedoch nicht direkt angesprochen. Dies trifft auch auf das Vorhaben zu, ökologische Aspekte stärker bei der öffentlichen Beschaffung zu berücksichtigen (vgl. ebd.: 66). Dem Regierungsvorschlag wurde zugestimmt. Im Jahr 2023 soll die schwedische Regierung mit der Arbeit an einer Neuauflage der Ernährungsstrategie beginnen (vgl. Regeringskansliet, 2023).

Schweiz – Geniessen und gesund bleiben

Die aktuelle Schweizer Ernährungsstrategie 2017–2024 *Geniessen und gesund bleiben* liegt seit 2017 vor (vgl. Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV, 2017). Ihre Ziele bestehen insbesondere in der Vermeidung ernährungsbedingter Krankheiten sowie der Vermittlung von Ernährungsbildung und -kompetenz, um einen eigenverantwortlichen und gesundheitsförderlichen Lebensstil wählen zu können. Die vier Handlungsfelder „Information und Bildung“, „Rahmenbedingungen“, „Koordination und Kooperation“ sowie „Monitoring und Forschung“ werden genannt. In der Ernährungsstrategie sind konkrete Empfehlungen zur Reduktion des Konsums tierischer Fette, Milchprodukte, Fleisch und Fleischprodukte enthalten, ebenso wie Empfehlungen zur Erhöhung des Konsums von Gemüse, Obst, Getreideprodukten, Kartoffeln und Hülsenfrüchten (vgl. ebd.: 9). Der zur Ernährungsstrategie gehörende Aktionsplan sieht mehr oder weniger konkrete Maßnahmen innerhalb der vier in der Ernährungsstrategie genannten Handlungsfelder vor, darunter die Bereitstellung von ernährungsbezogenen Informationen sowie freiwillige Maßnahmen der Lebensmittelwirtschaft (vgl. Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV, o. J.).

Frankreich – Programme national pour l'alimentation 2019–2023 : territoires en action

Das französische Ernährungsprogramm *territoires en action (Regionen in Aktion)* setzt drei Schwerpunkte (vgl. Ministère de l'Agriculture et de la Souveraineté alimentaire, 2019): Die Herstellung sozialer Gerechtigkeit beim Zugang zu Nahrung und Informationen zu Lebensmitteln, die Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung sowie die Ernährungsbildung. Das Programm richtet sich eigenen Angaben zufolge nach den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (vgl. ebd.: 5). Konkrete Schritte, die mit der Förderung pflanzenbasierter Ernährung in Verbindung stehen, sind die Verbreitung des Schulobst-, Schulgemüse- und Schulmilchprogramms der EU (vgl. ebd.: 25) und die Förderung von Pflanzenproteinen in der Gemeinschaftsverpflegung (vgl. ebd.: 28 f.).

Deutschland - Gutes Essen für Deutschland

Die Ernährungsstrategie „Gutes Essen für Deutschland“ wurde im Januar 2024 von der deutschen Bundesregierung vorgelegt. Darin wird anerkannt, dass tierische Lebensmittel einen besonders großen ökologischen Fußabdruck haben und die Produktion tierischer Lebensmittel rund 80 % der globalen landwirtschaftlichen Fläche beansprucht (vgl. Bundesregierung 2024: 5f). Daraus wird konkludiert, dass eine „nachhaltigere und pflanzenbetonte Ernährung [...] ein wichtiger Aspekt für die Transformation zu einem ressourcen- und klimaschonenden sowie nachhaltigen Wirtschaften“ (ebd.: 6) ist.

Teil der Vision der Ernährungsstrategie ist eine „stärker pflanzenbetonte Ernährung“ (ebd. 9). Um diese zu erreichen, soll die Ernährung an den planetaren Grenzen sowie an den wissenschaftlichen Erkenntnissen zu einer gesunden Ernährung ausgerichtet werden.

Es werden sechs strategische Ziele formuliert, zu denen auch das Ziel „Mehr Gemüse, Obst und Hülsenfrüchte – pflanzenbetonte Ernährung stärken“ zählt (vgl. ebd.: 10). Menschen sollen dabei unterstützt werden, tierische Lebensmittel in einem gesunden und nachhaltigen Maß zu konsumieren. In der Gemeinschaftsverpflegung sollen die Standards der *Deutschen Gesellschaft für Ernährung* verbindlich umgesetzt werden. Pflanzliche Angebote sollten gefördert werden. Zudem wird durch das BMEL ein Vorhaben unterstützt, welches die Akzeptanz einer pflanzenbetonten Ernährung verbessern und Kitas, Schulen und Hochschulen bei der Umsetzung unterstützen soll (vgl. ebd.: 20).

Im Rahmen des Clusters „Pflanzliche Alternativen zu tierischen Lebensmitteln“ soll ein Forschungsschwerpunkt zu alternativen Proteinquellen entwickelt werden. Zudem soll die Innovation von pflanzlichen Alternativprodukten gefördert werden (vgl. ebd: 26).

Die Eckpunkte für die Ernährungsstrategie wurden partizipativ erstellt. Vertreter*innen aus Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, dem Gesundheitssektor, dem Umweltschutz und der Zivilgesellschaft waren ebenso beteiligt wie Verbraucher*innen. Der Beteiligungsprozess wurde vom BMEL über einen Zeitraum von neun Monaten in den Jahren 2022 und 2023 durchgeführt.

Nordic Food Policy Lab

Das *Nordic Food Policy Lab* als Projekt der *Nordic co-operation* und eines von sechs Projekten der *Nordic Solutions to Global Challenges* hat eine an den Klimawandel angepasste Ernährung als Fokusbereich für die Politik identifiziert (vgl. Halloran et al., 2017: 1). Nahrungsmittel mit langer Tradition wie Kohl, Meeresalgen, wildwachsende Pflanzen und Insekten werden dabei als besonders nachhaltig angesehen. Der Verzehr von Fleisch soll debattiert, der Zugang zu Fleischalternativen erleichtert werden.

2.2.2 Nationale Gesundheitsstrategien

Bisweilen wird die Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung im Rahmen von Strategien zur Verbesserung der Bevölkerungsgesundheit erwähnt, da eine fleischlastige bzw. unausgewogene Ernährung mit Übergewicht und Erkrankungen in Verbindung gebracht wird. Im Folgenden sind zwei Beispiele aufgeführt, die die pflanzenbasierte Ernährung in den Blick nehmen. In anderen europäischen Ländern lassen sich weitere Beispiele finden, darunter auch solche, die dies anstreben (zum Beispiel: IN FORM in Deutschland).

Nordic co-operation – Nordic Plan of Action on better health and quality of life through diet and physical activity

Ein Beispiel für eine solche Gesundheitsstrategie ist der *Nordic Plan of Action on better health and quality of life through diet and physical activity* aus dem Jahr 2006 vom *Nordic Council of Ministers* (vgl. Nordic Council of Ministers, 2007). Gestützt auf die *Nordic Nutrition Recommendations* wird die Erhöhung des Konsums von Obst und Gemüse sowie deren Verfügbarkeit in Schulen und Kindertagesstätten angestrebt, ebenso wie die Reduktion des Konsums von Fetten, gesättigten Fettsäuren und Trans-Fettsäuren (vgl. ebd.: 33, 39).

Frankreich – Programme national nutrition santé (PNNS)

Das aktuelle französische Ernährungs- und Gesundheitsprogramm 2019–2023 zielt auf die Verbesserung der Ernährungsqualität der Bevölkerung ab (vgl. Ministère de la Santé et de la Prévention, o. J.). Der Anteil von gesättigten Fettsäuren soll zugunsten der Erhöhung des Anteils von Obst, Gemüse und Hülsenfrüchten verringert werden (vgl. ebd.: 23). Pflanzliche Fette sollen mindestens einen Anteil von 50 % an den insgesamt zu sich genommenen Fetten haben (vgl. ebd.: 86).

2.2.3 Nationale Nachhaltigkeits- und Klimastrategien

Dänemark – Klimaabkommen für den Agrar- und Lebensmittelsektor

Im Jahr 2021 wurde in Dänemark ein Abkommen zur Umgestaltung der Landwirtschaft hin zu mehr Klima- und Umweltschutz unterschrieben (vgl. Ertmann, 2021). Darin enthalten sind Maßnahmen zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung, darunter die Verpflichtung zur Ausarbeitung eines Aktionsplans für pflanzliche Lebensmittel, die Gründung eines Fonds für pflanzenbasierte Lebensmittel, der die Entwicklung, den Anbau, die Exportförderung und die Wissensvermittlung untersuchen soll, die finanzielle Unterstützung von Landwirt*innen, die Pflanzen für den menschlichen Verzehr und nicht als Tierfutter anbauen, sowie die Investitionsförderung von Maschinen, z. B. zur Verarbeitung pflanzlicher Proteine (vgl. ebd.).

Deutschland – Nachhaltigkeit konkret im Verwaltungshandeln umsetzen

Im Rahmen der Weiterentwicklung des *Maßnahmenprogramms Nachhaltigkeit* beschloss die Bundesregierung in Deutschland für öffentliche Kantinen und weitere öffentliche Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, dass Speisepläne steigende Anteile pflanzlicher Lebensmittel aufweisen sollen und Hülsenfrüchte, Nüsse und Ölsaaten als alternative Proteinquellen genutzt werden können (vgl. Die Bundesregierung, 2021: 20). Zudem soll mindestens ein vollwertiges vegetarisches Gericht im Angebot sein, bei dem nach Möglichkeit tierische Komponenten getrennt angeboten werden sollen, damit eine vegane Alternative gewählt werden kann. Das Angebot an Mittagsgerichten mit Fleisch-/Wurstwaren soll entsprechend den DGE-Standards schrittweise reduziert werden (vgl. ebd.).

2.2.4 Sonstige Strategien

Finnland – Food Research and Innovation Strategy for Finland 2021–2035

Seit 2021 liegt die finnische *Food Research and Innovation Strategy* vor. Darin wird beschrieben, dass die finnische Bevölkerung zu wenig Obst und Gemüse und zu viel rotes und verarbeitetes Fleisch isst (vgl. Sözer et al., 2021: 8). Im selben Abschnitt wird auch auf die positiven Klimaeffekte eingegangen, die ein um ein Drittel reduzierter Fleischkonsum mit sich bringen würde. Es wird davon ausgegangen, dass sich der Konsum von Milchprodukten bis 2035 um 10 bis 15 % reduziert.

In der Strategie werden vier Unterziele beschrieben. Zu diesen zählt das Ziel, eine sichere gesunde und nachhaltige Ernährung für alle Bewohner*innen zugänglich zu machen (vgl. ebd.: 14 f.). In diesem Kontext sollen die gesundheitlichen Auswirkungen von Fleischersatzprodukten erforscht werden. Außerdem wird ein Forschungsbedarf in Bezug auf Aufklärung, Entscheidungsstrukturen und Kommunikationsmaßnahmen, die das Bewusstsein und die Zugänglichkeit zu ernährungsphysiologisch überlegenen und umweltfreundlichen Lebensmitteln und Ernährungsweisen stärken, diagnostiziert.

Ein weiteres Ziel besteht darin, das finnische Ernährungssystem nachhaltig, konkurrenzfähig und resilient zu gestalten (vgl. ebd.: 15 f.). In diesem Rahmen soll erforscht werden, was Pflanzen und Algen als Lebens- und Futtermittel widerstandsfähiger macht.

Schweden – Strategy for Sweden’s global development cooperation on sustainable economic development 2022–2026

In Schwedens Strategie zur internationalen Zusammenarbeit findet auch die Förderung nachhaltiger Ernährungssysteme Eingang (vgl. Ministry for Foreign Affairs, 2022: 5): Eine nachhaltige Landwirtschaft soll gefördert werden; Maßnahmen sollen die Stärkung einer nachhaltigen Nutzung von Ressourcen und den Schutz biologischer Vielfalt berücksichtigen. Eine direkte Erwähnung findet die Förderung pflanzenbasierter Ernährung jedoch nicht.

Deutschland – Eiweißpflanzenstrategie

Die deutsche Eiweißpflanzenstrategie zielt auf die Ausweitung des Anbaus und die gesteigerte Verwertung von Hülsenfrüchten sowie die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der in Deutschland erzeugten Leguminosen (vgl. BLE, o. J.). Neben dem Angebot soll auch die Nachfrage gestärkt werden (vgl. BMEL & BLE, 2020: 4)⁶.

2.3 Regionale Entwicklungen

Die regionale politische Ebene spielt ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung. Regionale Regierungen können ihre eigenen Ernährungspolitiken

⁶ Auch im Rahmen der Europa-Soja-Erklärung sollen Konsument*innen über die Bedeutung einer pflanzenbasierten proteinreichen Ernährung informiert werden (vgl. BMEL, 2020: 15).

und -strategien entwickeln, die auf die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen der regionalen Bevölkerung abzielen. Diese Strategien können Richtlinien und Empfehlungen zur Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung enthalten, beispielsweise die Förderung des Verzehrs von Obst, Gemüse, Vollkornprodukten und pflanzlichen Proteinquellen. Häufig liegt die Zuständigkeit für die Schulspeisung auf regionaler Ebene. Politische Entscheidungsträger*innen können Richtlinien einführen, um pflanzenbasierte Ernährung an den Schulen oder in Kinderbetreuungseinrichtungen zu fördern. Auch öffentliche Einrichtungen und Kantinen können über Strategien und Gesetze auf regionaler Ebene beeinflusst werden. Dies gilt auch für die finanzielle Unterstützung von Landwirt*innen.

2.3.1 Regionale Ernährungsstrategien

Neben den nationalen Ernährungsstrategien lassen sich Ernährungsstrategien auch auf regionaler Ebene verorten.

England – Government food strategy

Von der Regierung des Vereinigten Königreichs liegt seit Juni 2022 die *Government food strategy* als Policy Paper mit Gültigkeit für England⁷ vor, die bisweilen mit Blick auf das gesamte Vereinigte Königreich diskutiert wird (vgl. *Government Food Strategy*, 2022). Ihr voraus ging eine umfassende Analyse des Ernährungssystems über die gesamte Lebensmittelkette hinweg sowie daraus hervorgehende Empfehlungen für die Produktion gesunder, sicherer und bezahlbarer Lebensmittel. Diese wurden 2020 und 2021 als *The National Food Strategy. Part one* (vgl. Dumbleby, 2020) und *National Food Strategy. Independent Review. THE PLAN* (vgl. Dumbleby, 2021) veröffentlicht. Enthalten sind zahlreiche Ausführungen zur Klima- und Umweltwirkung von Tierhaltung und Fleischproduktion sowie konkrete Empfehlungen zur Reduktion fleischlicher Ernährung, zur Erhöhung des Konsums von Obst und Gemüse, zur Förderung pflanzenbasierter Proteinquellen sowie zur Verbesserung der Ernährungsbildung (vgl. ebd.). Die *Government food strategy* (vgl. Crown, 2022), die daraufhin veröffentlicht wurde, wurde von unterschiedlichen Seiten dafür kritisiert, die ambitionierten Ziele des Reports nicht aufzugreifen (vgl. Horton et al., 2022) und weder notwendige Schritte zur Bekämpfung des Klimawandels (vgl. Gayle, 2022) noch der Verbreitung von Adipositas vorzunehmen (vgl. Walker, 2022). So wird zwar betont, dass die Klima- und Umweltauswirkungen des Ernährungssystems reduziert werden sollen, um mit den Netto-Null-Verpflichtungen und Biodiversitätszielen im Einklang zu stehen (vgl. Crown, 2022: 14), im weiteren Verlauf werden jedoch kaum Maßnahmen genannt. In der angesprochenen *Net Zero Strategy* wiederum wird mit Blick auf die Ernährungsstrategie davon gesprochen, dass Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen der Lebensmittelproduktion ergründet werden, Innovationen im Lebensmittelsektor unterstützt werden und Anreize für eine veränderte Landnutzung zur Bindung von mehr Kohlenstoff geschaffen werden sollen (vgl. Crown, 2021: 177).

In der *Food Strategy* wird darüber hinaus ein Zusammenhang zwischen Übergewicht und Adipositas und einer Fehlernährung mit unzureichend viel Obst und Gemüse festgestellt, ein Problem, das es der Strategie zufolge zu beheben gilt (vgl. ebd.: 21 f.). Ebenso wird der Erfolg der „Eat Them To Defeat Them“-Kampagne anerkannt (vgl. ebd.: 6) (siehe 3.2.1.2 Informationskampagnen). Diese Erkenntnisse bleiben quasi folgenlos im Raum stehen, von einer Reduktion der Tierbestände oder der Reduzierung des Konsums tierischer Produkte ist nicht die Rede. Vielmehr werden im Vorwort technische Innovationen unter anderem zur Reduktion der Methanemissionen als Lösungen für ökologische Herausforderungen genannt (vgl. ebd.). Auch die Erforschung der Verwendung von Futtermittelzusatzstoffen und -materialien wird in der Strategie angesprochen, um die mit der Tierhaltung verbundenen Treibhausgasemissionen zu reduzieren (vgl. ebd.: 10).

⁷ England ist ein Landesteil des Vereinigten Königreichs und bedeckt circa zwei Drittel der Fläche Großbritanniens. Schottland, Wales und Nordirland gehören nicht zu England.

Deutschland – Ernährungsstrategien in Bundesländern

Mit Blick auf Deutschland wurden auf Ebene der Bundesländer vier Ernährungsstrategien (in Baden-Württemberg, Berlin, Hessen und Niedersachsen) in einem Bericht des Ecologic Institut vorgestellt (vgl. Wunder & Jägle, 2022: 26 ff.).

Die Förderung der pflanzenbasierten Ernährung ist insbesondere in Niedersachsen vorgesehen. Der Trend zur veganen und vegetarischen Ernährung in Deutschland wird anerkannt (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, 2021: 13), ebenso wie der Umstand, dass in Niedersachsen unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) „zu wenig pflanzliche Lebensmittel (v. a. Gemüse und Hülsenfrüchte) und demgegenüber zu viele tierische Lebensmittel (v. a. Fleisch und Wurstwaren)“ (ebd.: 16) konsumiert werden. Daher ist die Förderung einer pflanzenbetonten Ernährung entsprechend der DGE eines der Umsetzungsziele der niedersächsischen Ernährungsstrategie (vgl. ebd.: 24). Zu deren Erreichung soll u. a. der Anbau von pflanzlichen Eiweißlieferanten in Niedersachsen gesteigert werden (vgl. ebd.: 69).

Ziel der Berliner Ernährungsstrategie ist die Förderung von Regionalität, Nachhaltigkeit, Fairness und gesundheitsfördernder Ernährung (vgl. Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz, 2023). Zwar wird die pflanzenbasierte Ernährung indirekt unter anderem mit den Handlungsfeldern 1 „Gemeinschaftsverpflegung als Vorbild“, 3 „Zukunftsfähiges Ernährungssystem fördern“ und 7 „Öffentliche Verwaltung mit Vorbildfunktion“ angesprochen, die Förderung pflanzenbasierter Ernährung wird jedoch nicht explizit erwähnt.

2.3.2 Food Policy Councils/ Ernährungsräte

Ernährungsräte sind inzwischen international verbreitet. Als zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse zur Gestaltung einer nachhaltigen lokalen Ernährung haben sie sich seit den späten 1970er-Jahren zunächst in den USA verbreitet (vgl. Clancy et al., 2008: 122 f.). Inzwischen finden sich auch in Europa zahllose Ernährungsräte. Sie können auf kommunaler und regionaler Ebene tätig sein. Zu ihren Tätigkeiten zählen beispielsweise Politikberatung, Bildungsarbeit, Vermittlung zwischen den vielzähligen Akteur*innen der lokalen Ernährungssysteme, Beobachtung und Evaluation der Leistungsfähigkeit lokaler Ernährungssysteme sowie die Förderung der Forschung zu Lebensmittelthemen (vgl. ebd.: 126). Unter anderem spricht sich der Berliner Ernährungsrat für einen reduzierten Konsum von Fleisch und tierischen Lebensmitteln sowie für eine Verringerung des Umfangs der Tierhaltung im Sinne eines zukunftsfähigen Lebensmittelsystems aus (vgl. Ernährungsrat Berlin, 2021: 55). Ernährungsräte können Regionen und Kommunen z. B. bei der Erarbeitung von Ernährungsstrategien im Sinne eines partizipativen Prozesses unterstützen. Sie können eine Multi-Stakeholder-Perspektive einbringen.

2.4 Strategien auf kommunaler Ebene

Städte und Kommunen sind wichtige Akteur*innen bei der Förderung pflanzenbasierter Ernährung. Sie sind nicht nur Träger öffentlicher Einrichtungen wie Schulen und Kindertagesstätten, die Verpflegung für Kinder und Jugendliche bereitstellen, sondern tragen selbst in der Rolle der Konsument*innen zur Transformation bei. Dabei können sie eine Vorreiterrolle einnehmen und als Vorbild dienen.

„They can exploit their institutional power to drive innovation in food systems thanks to their direct competences, with municipal bodies and urban actors being involved in all stages of the food system“ (European Commission. Directorate General for Research and Innovation., 2019:

19)

2.4.1 Kommunale Ernährungsstrategien

Unter dem Begriff „Urbane Ernährungsstrategie“ bzw. „urban food strategy“ lassen sich eine Vielzahl unterschiedlicher Ansätze zusammenfassen, die beschreiben, wie Kommunen sich die Zukunft ihrer Ernährungssysteme vorstellen und welche Schritte sie ergreifen (wollen), um diese Visionen umzusetzen (vgl. Moragues et al., 2013: 6). Sie verfolgen mitunter die Ziele der Förderung von „Gesundheit und Wohlergehen“ und „Umweltschutz“ sowie weitere Ziele (vgl. ebd.: 7), die direkt oder indirekt mit der Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung in Verbindung stehen.

Malmö

Die Stadt Malmö arbeitet daran, die negativen Umwelteinflüsse der Ernährung zu minimieren und die Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Um diese Ziele zu erreichen, fokussiert sich die Kommune u. a. auf die Reduktion des Fleischkonsums und den Ersatz von Fleisch durch Hülsenfrüchte (vgl. City of Malmö, o. J.: 17).

Wien

Im Wiener Lebensmittelaktionsplan *Wien isst G.U.T.* wird die Förderung pflanzenbasierter Ernährung bzw. die Reduktion tierischer Produkte beispielsweise im Rahmen der Stärkung der Ernährungskompetenz sowie des nachhaltigen Beschaffungsprogramms *ÖkoKauf Wien* angesprochen (vgl. Stadt Wien – Umweltschutz, 2022: 4 f.). Deutliche Formulierungen finden sich auch im Zusammenhang mit dem Ziel der Förderung des Tierwohls: „Die beste Maßnahme für das Tierwohl ist eine vegane, vegetarische, bzw. eine deutlich fleischreduzierte Ernährung“ (vgl. ebd.: 7).

Kopenhagen

Die Stadt Kopenhagen arbeitet schon seit Jahrzehnten an der Verbesserung der Gemeinschaftsverpflegung. Nachdem bereits ein Anteil von 90 % biologischer Lebensmittel in der städtischen Verpflegung erreicht wurde, setzt die aktuelle *Food Strategy* der Stadt auf eine nachhaltige Ernährung, die Geschmack, Gesundheit und Klimafreundlichkeit miteinander vereinen soll (vgl. City of Copenhagen, o. J.). Zur Erreichung der Klimafreundlichkeit soll Fleisch vermehrt durch pflanzliche Proteinquellen ersetzt werden. Konsument*innen sollen motiviert werden, sich für vegetarische oder vegane Gerichte zu entscheiden.

London

Auch wenn es für England eine Ernährungsstrategie auf regionaler Ebene gibt, gibt es weitere Ernährungsstrategien auf kommunaler Ebene. Darunter die Ernährungsstrategie der Stadt London, deren Durchführungsplan sich auf die Jahre 2018 bis 2023 erstreckt (vgl. Greater London Authority, 2018a; Greater London Authority, 2018b). Die Förderung pflanzenbasierter Kost wird im Rahmen mehrerer Ziele der Strategie angesprochen. So sieht das Ziel 1 *Good Food at Home, and Reducing Food Insecurity* die Förderung einer gesunden Ernährung sowie die Stärkung der Ernährungsbildung vor. Ziel 2 *Good Food Economy, Shopping and Eating Out* beinhaltet die Deklaration Londons als *Veg City* und die Unterstützung der Kampagne *Peas Please* der Organisation *Food Foundation* (vgl. Greater London Authority, 2018a: 27). Die Verbreitung und Stärkung der Produktion, der Verfügbarkeit und des Konsums pflanzlicher Lebensmittel stehen im Fokus (vgl. Greater London Authority, 2018b: 7). Ziel 5: *Good Food Growing, Community Gardening and Urban Farming* umfasst die Motivation von Kindern, mehr Obst und Gemüse zu konsumieren, sowie die Erhöhung der ärztlichen Verschreibungen von Obst und Gemüse (vgl. Greater London Authority, 2018a: 44 ff.).

Brighton und Hove

Der Stadtkreis Brighton und Hove verfügt bereits seit 2006 über einen *Food Strategy Action Plan*, der 2018 zum letzten Mal erneuert wurde (vgl. Brighton and Hove. Food Strategy Action Plan 2018-2023, o. J.). Ziele, die die Stärkung pflanzenbasierter Ernährung indirekt ansprechen, sind

insbesondere die Förderung gesunder und nachhaltiger Lebensmittel, die Förderung einer nachhaltigen Lebensmittelwirtschaft sowie die Verankerung gesunder, nachhaltiger und fairer Lebensmittel in der Politik und Planung (vgl. ebd.: 15 ff.). Brighton und Hove bekennen sich ebenfalls zu den Zielen von *Peas Please* und *Veg City* und unterstützen die Bevölkerung darin, mehr Gemüse zu konsumieren. Zahlreiche Maßnahmen wurden diesbezüglich ergriffen (vgl. ebd.: 12).

Oxfordshire

Die Ernährungsstrategie von Oxfordshire entstand in Zusammenarbeit zahlreicher Akteur*innen wie Bezirks- und Kreisräte, Gemeindegruppen, lokale Erzeuger*innen und weitere Stakeholder. Ein lebendiges und nachhaltiges Lebensmittelsystem für die Stadt soll geschaffen werden, das Gesundheit, Wohlergehen, Klimawandel, Biodiversitätsverluste sowie faire Löhne und Arbeitsbedingungen adressiert (vgl. Good Food Oxfordshire, 2022: 3). Die Erhöhung des Konsums von Gemüse sowie die Reduktion des Fleischkonsums wird als wichtiger Bestandteil zur Reduktion von Emissionen, zur Förderung nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken sowie zur Verbesserung des Tierwohls angesehen (vgl. ebd.: 13).

Brüssel

Vom Minister für Umwelt, Lebensqualität und Landwirtschaft der Hauptstadtregion Brüssel wurde 2015 die *Good Food Strategy* vorgelegt, die die Verfügbarkeit gesunder, hochwertiger und lokal erzeugter Lebensmittel mit kurzen Lieferketten fördern soll (vgl. Ronsmans, o. J.: 3). Im Rahmen der Unterstützung von Familien bei der Ernährungsumstellung werden ein zu hoher Verzehr von Fleisch und ein zu geringer Konsum von Obst und Gemüse als abträglich für die Gesundheit beschrieben (vgl. ebd.: 26). Auch im Rahmen der Ernährungsbildung von Kindern spielt Gemüse z. B. in der Etablierung von Schulgärten eine Rolle (vgl. ebd.: 27).

Zürich

Die Stadt Zürich führt ihre Ernährungsstrategie als Teil der *Environmental Strategy* auf. Nachhaltige Ernährung umfasst darin Aspekte der Umwelt, Gesundheit, Wirtschaftlichkeit sowie der sozialen Gerechtigkeit (vgl. Stadt Zürich, 2019: 4). Als einen Schwerpunkt sieht die Stadt die Stärkung einer ausgewogenen Ernährung. In diesem Zusammenhang werden ein erhöhter Konsum von Obst, Gemüse, Nüssen und pflanzlichen Fetten sowie der moderate Konsum von Fleisch, ein reduzierter Konsum tierischer Fette und der Ersatz von Fleisch durch pflanzenbasierte Produkte klar benannt (vgl. ebd.: 12).

Groningen

Die Groninger Ernährungsstrategie *Gezond en duurzaam voedsel voor iedereen* sieht eine Förderung der pflanzlichen Ernährung durch Informationsarbeit vor, um die Gesundheit der Stadtbewohner*innen und die Nachhaltigkeit ihrer Ernährung zu verbessern (vgl. Gemeente Groningen, 2021: 26). Mit Hilfe der Anpassung der Cateringverträge soll in den Betriebsrestaurants der Gemeinde Groningen das derzeitige Angebot von 60 % tierischen und 40 % pflanzlichen Produkten auf 60 % pflanzliche und 40 % tierische Produkte umgekehrt werden (vgl. ebd.: 27). Zu den Maßnahmen zählt auch die Förderung von Informationsverbreitung in den Stadtvierteln und im Schulunterricht, um die Bewohner*innen und Schüler*innen bei der Entwicklung einer nachhaltigeren und gesünderen Ernährung mit weniger tierischen und mehr pflanzlichen Proteinen zu unterstützen (vgl. ebd.: 28).

Wageningen

Auch die Wageningen Ernährungsstrategie *Wageningen Eet Duurzaam, Gezond En Samen* formuliert als eines der Ziele, dass die Bewohner*innen mehr pflanzliche Lebensmittel essen (vgl. Sibbing et al., 2021: 20 f.). Drei Maßnahmenpakete zur Zielerreichung sind geplant: Die Sensibilisierung und der Dialog über die Bedeutung einer pflanzlichen Ernährung, die Stärkung der Sichtbarkeit von Initiativen für pflanzliche Lebensmittel sowie die regionale

Zusammenarbeit zur Förderung des Proteinwandels. Die einzelnen Maßnahmen sind mit kurzen (weniger als drei Jahre) und mittleren (drei bis fünf Jahre) Fristen versehen.

Mailand

Die Stadt Mailand hat 2014 eine Vereinbarung zur Lebensmittelpolitik, die *Food Policy di Milano*, unterzeichnet. In enger Zusammenarbeit mit einem der Hauptakteur*innen der Gemeinschaftsverpflegung und mit Unterstützung vom *Cool Food Pledge*⁸ wurde die Schulverpflegung nachhaltiger ausgerichtet. Die *Food Policy di Milano* sieht vor, rotes Fleisch zu reduzieren und dafür den Einsatz von pflanzlichen Zutaten zu erhöhen sowie Fleischsorten mit einem geringeren ökologischen Fußabdruck zu wählen. Damit konnte die Stadt in fünf Jahren 20 % der Emissionen beim Schulessen einsparen (*Food Policy di Milano*, o. J.).

Weitere Ernährungsstrategien, die sich mitunter mit der Förderung pflanzenbasierter Ernährung befassen, oder Empfehlungen für Ernährungsstrategien aus der Zivilgesellschaft liegen für weitere Städte wie z. B. für [Lyon](#), [Gent](#), [Köln](#) und [Turin](#) vor.

2.4.2 Ernährung als Aspekt weiterer kommunaler Strategien

Weitere Strategien auf kommunaler Ebene können Aspekte der Förderung pflanzenbasierter Ernährung enthalten.

Amsterdam: Circular Strategy 2020–2025

Amsterdam beschäftigt sich im Rahmen der *Circular Strategy 2020–2025*, die sich mit der Förderung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft befasst, ebenfalls mit dem Thema Ernährung (vgl. City of Amsterdam, 2020: 34 ff.). Die in der Strategie genannten Ziele sind kurze Lebensmittelketten, ein gesunder und nachhaltiger Lebensmittelkonsum sowie die hochwertige Verarbeitung von organischen Abfällen. In diesem Rahmen möchte die Stadt den Umstieg vom Konsum tierischer Proteine zu pflanzlichen Proteinen initiieren. Der Konsum regionaler und pflanzenbasierter Lebensmittel soll gestärkt werden. Auch um Treibhausgase, Bodendegradation und Biodiversitätsverluste zu minimieren, soll der Konsum tierischer Produkte reduziert werden. Mittels Informationen, Beratung und Aufklärungsarbeit möchte die Stadt Einfluss auf die Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung nehmen (vgl. ebd.: 41).

Bristol: One City Plan

Im *One City Plan 2021* der Stadt Bristol, dessen Hauptziel darin besteht, Bristol bis 2050 in eine faire, gesunde und nachhaltige Stadt zu transformieren, ist eine hohe Beliebtheit veganer und vegetarischer Gerichte eines von zahlreichen Zielen im Bereich Umwelt (vgl. Bristol City Council, o. J.: 36 ff.⁹): „Local, regional, sustainable and fair trade food is available citywide and affordable vegetarian, vegan and locally sourced meals are a popular choice“ (ebd.). Weitere Ausführungen zu diesem Punkt sind nicht enthalten.

Niederlande: City Deal Voedsel op de Stedelijke Agenda

In den Niederlanden haben einige Städte¹⁰ den *City Deal Voedsel op de Stedelijke Agenda* (*Ernährung auf die urbane Agenda setzen*) als Teil der Niederländischen Strategie zur Entwicklung der Städte unterzeichnet. Ziele sind die Förderung von Innovationen in der Verwaltung, die Stärkung von ökologischen und ökonomisch nachhaltigen Städten sowie

⁸ Die Initiative des *World Resources Institute* unterstützt Organisationen dabei, die Klimawirkung der Gerichte zu verfolgen und zu reduzieren. Zur Initiative gehören außerdem weitere Städte, Restaurants, Krankenhäuser, Betriebskantinen und Universitäten (vgl. *Coolfood*, o. J.)

⁹ Seitenzahl nicht angegeben, zwischen den Seiten 36 und 38.

¹⁰ Den Haag, Ede, Groningen, Leeuwarden, Den Bosch, Venlo, Helmond, Utrecht, Oss, Rotterdam, Amsterdam, Almere (vgl. Ministerie van Economische Zaken, 2017).

regionalen Ernährungssystemen und fairen, kurzen Lieferketten rund um die Städte sowie eine Verbesserung der Ernährungsbildung, Gesundheit und sozialen Eingliederung (vgl. Ministerie van Economische Zaken, 2017). Zur Erreichung dieser Ziele wird auch die Einschränkung des Fleischkonsums in Verbindung mit dem regionalen Anbau und der Vermarktung von Eiweißpflanzen genannt. Indirekt wird die Förderung pflanzenbasierter Ernährung mit dem Ziel der Verbesserung der Ernährungskompetenz und der Stärkung der Bevölkerungsgesundheit angesprochen.

Niederlande: City Deal Gezonde en Duurzame Voedselomgeving

Auch der *City Deal Gezonde en Duurzame Voedselomgeving (Gesunde und nachhaltige Ernährungsumgebung)*, der auf den beschriebenen *City Deal Ernährung auf die urbane Agenda* setzen zurückgeht, spricht die Bereitstellung und Verbreitung pflanzlicher Lebensmittel indirekt an (vgl. Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties, o. J.). Zur Bekämpfung von ernährungsbedingten Krankheiten wie z. B. Übergewicht möchte die Stadt Amsterdam im Rahmen dieses *City Deals* den Anteil der pflanzlichen Lebensmittel an der Ernährung der Bewohner*innen von derzeit 39 % auf 60 % im Jahr 2040 anheben (vgl. Hielkema & Obdeijn, 2021). Der *City Deal* befindet sich derzeit noch in der Ausarbeitung.

2.4.3 Politische Instrumente für Städte und Kommunen

Neben den beschriebenen Strategien gibt es vielfältige Ansätze und Initiativen, die politischen Entscheidungsträger*innen einen Rahmen für Gesetzgebungen für mehr Nachhaltigkeit, Umwelt- oder Klimaschutz vorgeben. Darunter befinden sich Vereinbarungen, die von Städten und Kommunen selbstverpflichtend unterzeichnet werden können.

Milan Urban Food Policy Pact

Der *Milan Urban Food Policy Pact* wurde 2015 von der Stadt Mailand ins Leben gerufen. Ziel ist die Entwicklung von nachhaltigen, resilienten, sicheren, inklusiven und vielfältigen Ernährungssystemen in Kommunen zur Versorgung der Menschen mit gesunden und erschwinglichen Lebensmitteln (vgl. MUFPP Secretariat, 2023). Der Austausch zwischen den Städten und die Orientierung und Verbreitung von Best-Practice-Beispielen soll befördert werden. 2023 hatten bereits 260 Städte mit insgesamt 450 Millionen Einwohner*innen den Pakt unterzeichnet. Er umfasst 37 Handlungsempfehlungen, die sechs Kategorien zugeordnet werden.

Ein direkter Bezug zur pflanzenbasierten Ernährung findet sich in der Maßnahme 8: „Thematisieren Sie nichtübertragbare Krankheiten, die mit unausgewogener Ernährung und Übergewichtigkeit in Verbindung stehen, wo angebracht unter besonderer Berücksichtigung der Reduktion der Aufnahme von Zucker, Salz, Transfettsäuren, Fleisch- und Milchprodukten und der Steigerung des Konsums von Obst, Gemüse und nicht verarbeiteten Lebensmitteln“ (Mailänder Abkommen über städtische Ernährungspolitik, 2015: 4). Da die Förderung nachhaltiger Ernährung in zahlreichen weiteren Maßnahmen enthalten ist, spielt auch die Steigerung pflanzenbasierter Ernährung an weiteren Stellen des Pakts eine Rolle. Einige Städte wie beispielsweise Zürich verweisen im Rahmen ihrer Ernährungsstrategien und deren theoretischen Grundlagen auf den *Milan Urban Food Policy Pact*.

C40 Good Food Declaration

Die *C40 Good Food Declaration* ist eine Vereinbarung, die von der *C40 Cities Climate Leadership Group* ins Leben gerufen wurde. *C40 Cities* ist ein Netzwerk von großen Städten weltweit, die sich gemeinsam für die Bekämpfung des Klimawandels und die Förderung nachhaltiger Entwicklung einsetzen. Die *C40 Good Food Declaration* konzentriert sich speziell auf den Bereich der Ernährungssysteme und setzt sich für eine nachhaltigere, gesündere und gerechtere Lebensmittelproduktion und -konsumtion in den Städten ein. Bis 2030 erklären sich die unterzeichnenden Städte dazu bereit, die Lebensmittelbeschaffung an der *Planetary Health Diet*

(vgl. Willett et al., 2019; EAT, o. J.) auszurichten und die Steigerung des Verzehrs von gesunden und pflanzlichen Lebensmitteln in den Städten zu unterstützen (vgl. C40 Cities Climate Leadership Group, o. J.a). Zu den Städten, die die Deklaration bisher unterzeichnet haben, gehören Barcelona, Kopenhagen, London, Milan, Oslo, Paris und Stockholm (vgl. ebd.). Mit dem *C40 Knowledge Hub* bietet das Netzwerk Ressourcen, um die Städte bei der praktischen Umsetzung und Einhaltung ihrer Ziele zu unterstützen (vgl. C40 Cities Climate Leadership Group, o. J.b).

The Barcelona Challenge for Good Food and Climate

Die *Barcelona Challenge for Good Food and Climate* ist eine Initiative, die sich ebenfalls auf die Förderung nachhaltiger Ernährungssysteme konzentriert. Sie wurde von der Stadt Barcelona ins Leben gerufen und ist Teil der globalen Bemühungen, die Auswirkungen der Ernährung auf das Klima zu verringern und eine resilientere, klimafreundlichere und gesündere Ernährung zu fördern. Sie basiert auf der *C40 Good Food Declaration* und dem *Milan Urban Food Policy Pact* (vgl. *The Barcelona Challenge for Good Food and Climate*, o. J.a). Zu den unterzeichnenden Städten gehören neben Barcelona selbst weitere Städte in Spanien, Frankreich und Italien sowie außerhalb von Europa (vgl. *The Barcelona Challenge for Good Food and Climate*, o. J.b). Auf der Website werden innovative Food Policies vorgestellt, die Vorbild und Unterstützung für politische Entscheidungsträger*innen sein können (vgl. *The Barcelona Challenge for Good Food and Climate*, 2022).

Essbare Städte

Das Essbare-Städte-Netzwerk wird von der EU im Rahmen von *Horizon 2020* gefördert und verbindet weltweit Städte, um sie mit nachhaltiger städtischer Lebensmittelproduktion, -verteilung und -verwendung, Nachbarschaftsgärten etc. lebenswerter zu machen. Das Projekt setzt Innovationen im Bereich Stadtplanung und der städtischen Ernährung um (vgl. *Edible City Network*, 2019). Pflanzenbasierte Ernährung ist in diesem Kontext ebenfalls von Bedeutung, da Maßnahmen wie der Anbau von Obst und Gemüse auf öffentlich zugänglichen Flächen und zur freien Nutzung durch die Bewohner*innen eingesetzt werden. Dadurch soll mitunter der Zugang zu nachhaltigen Lebensmitteln verbessert werden.

Vereinte Nationen – Neue urbane Agenda

„Habitat 3“ bezieht sich auf die dritte Konferenz der Vereinten Nationen über Wohnungswesen und nachhaltige Stadtentwicklung, die im Jahr 2016 stattfand. Der offizielle Name der Konferenz lautet „United Nations Conference on Housing and Sustainable Urban Development“ (UN-Konferenz für Wohnungswesen und nachhaltige Stadtentwicklung). Das Treffen fand in Quito statt und brachte Regierungsvertreter*innen, Expert*innen und Akteur*innen aus der ganzen Welt zusammen, um zu Fragen der urbanen Entwicklung, Wohnungsproblemen und nachhaltigen Stadtplanung zu diskutieren. In der daraus hervorgegangenen *Neuen Urbanen Agenda* wird eine ökologisch nachhaltige und gesunde Lebensweise im Einklang mit der Natur als einer der Grundsätze genannt (vgl. *United Nations*, o. J.b: 11). Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sowie die städtische Resilienz sollen gefördert werden (vgl. ebd.). Die städtische Ernährungssicherheit und Ernährung sollen verbessert werden (vgl. ebd.: 24). Eine direkte Erwähnung findet die pflanzenbasierte Ernährung jedoch nicht.

2.5 Fazit zu politischen Strategien

Die pflanzenbasierte Ernährung findet Einzug in zahllose politische Strategien auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Dabei muss nicht zwangsläufig die Ernährung im Vordergrund stehen, sondern es können ebenso die Förderung der Gesundheit, die Verbesserung der Nachhaltigkeit, der Schutz der Böden oder weitere Aspekte im Fokus stehen.

Auf EU-Ebene ist beachtlich, dass die gezielte Förderung pflanzenbasierter Ernährung trotz der wiederholten Bekenntnisse zum Klima-, Arten- und Umweltschutz kaum direkt angesprochen wird. Diese Zurückhaltung überrascht angesichts der Tatsache, dass die umwelt- und naturschutzbezogenen Vorzüge einer pflanzenbasierten Ernährung hinlänglich bekannt und anerkannt sind. Unklar ist, inwiefern durch die Farm-to-Fork-Strategie Maßnahmen zur direkten Förderung einer pflanzenbasierten Ernährung entstehen werden.

Auch auf regionaler und nationaler Ebene findet sich die direkte und umfassende Förderung pflanzenbasierter Ernährung nur vereinzelt in den Strategien wieder. Eine besondere Rolle spielt die regionale Ernährungsstrategie von England: Die aufwändigen Prozesse der Analyse des Ernährungssystems des gesamten Vereinigten Königreichs und der Erarbeitung der Empfehlungen durch ein vielköpfiges Expert*innenteam selbst können als Leuchtturm und Blaupause für andere Nationen gelten. Bemerkenswert im Fall Englands ist jedoch, dass die empfohlenen Maßnahmen zur Reduktion des Konsums tierischer Lebensmittel und zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung kaum Einzug in die Ernährungsstrategie der Regierung finden konnten. Dieser bisherige Fehlversuch seitens des Expert*innenteams, die Förderung der pflanzenbasierten Ernährung in der Ernährungsstrategie zu verwurzeln, kann eine wichtige Lektion für andere Akteur*innen sein. Empfehlungen zur Prozessgestaltung einer Ernährungsstrategie auf nationaler Ebene liegen vom Ecologic Institut vor (vgl. Wunder & Jägle, 2022: 55 ff.).

Es zeigt sich, dass die Strategien auf kommunaler Ebene zu einer regionalen Versorgung von Städten mit nachhaltigen, umweltfreundlichen und gesunden Lebensmitteln häufig einen holistischen Ansatz verfolgen und bisweilen vergleichsweise ambitionierte Ziele hinsichtlich der Förderung pflanzenbasierter Ernährung aufweisen. Insbesondere dadurch, dass nachhaltige Ernährungssysteme lokale und regionale Strukturen benötigen, kommt politischen Entscheidungsträger*innen auf kommunaler und regionaler Ebene eine besondere Rolle zu. Hilfreich können in diesem Zusammenhang die umfangreichen Ressourcen, Instrumente und Frameworks wie beispielsweise der *Milan Urban Food Policy Pact* sein, die Entscheidungsträger*innen bei der Bildung von Strategien und der Umsetzung von Maßnahmen unterstützen können.

3 Ernährungspolitische Instrumente zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung mit Beispielen aus Europa

Nachdem im vorigen Kapitel aktuelle Entwicklungen und politische Strategien auf internationaler, nationaler und subnationaler Ebene vorgestellt und analysiert wurden, beleuchtet dieses Kapitel die konkreten politischen Instrumente zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung genauer. Die Vorstellung der Instrumente erfolgt über die Einteilung in die verschiedenen Kategorien *Datenerhebung und Monitoring*, *Entscheidungsunterstützung*, *Entscheidungslenkung* und *Entscheidungsbeschränkung*.

Die Förderung der pflanzenbasierten Ernährung kann durch einen gut abgestimmten Instrumentenmix erreicht werden. Im Folgenden wird ein ausgiebiges ernährungspolitisches Instrumentarium vorgestellt, aus dem politische Entscheidungsträger*innen die für ihren Kontext geeigneten Instrumente wählen können.

Es gibt unterschiedliche Ansätze der Kategorisierung politischer Instrumente. Für die Darstellung innerhalb dieses Berichts wird die „Leiter ernährungspolitischer Eingriffe“ gewählt (vgl. Spiller et al., 2017c, 270 ff.; Jebb et al., 2013: 45; Nuffield Council on Bioethics, 2007: 41 f.). Sie stellt eine Stufenordnung nach zunehmender Einflussstärke auf das persönliche Wahlverhalten der Bürger*innen her (vgl. Jebb, Aveyard, und Hawkes, 2013).

Die Leiter ernährungspolitischer Eingriffe, ursprünglich „intervention ladder“ (vgl. Nuffield Council on Bioethics 2007: 41 f.) genannt, wurde anfänglich für die Einstufung politischer Instrumente für den öffentlichen Gesundheitssektor entwickelt. Seither wurde sie auch mehrfach auf den Ernährungssektor angewendet (vgl. Spiller et al., 2017a: 148; WBAE 2020: 385 f.). Die Logik der Leiter in diesem Bericht ist folgende: die Interventionen auf der obersten Stufe der Leiter haben einen geringen bis keinen Einfluss auf die persönliche Konsumententscheidung, somit ist ihre Interventionsstärke gering. Von *Datenerhebung und Monitoring*, von *Entscheidungsunterstützung* über *Entscheidungslenkung* bis hin zu *Entscheidungsbeschränkung* nimmt die Interventionsstärke zu. Das heißt, dass mit jeder tieferen Stufe der Leiter (oder mit jeder dunkleren Farbstufe in den Empfehlungen auf Seite 5) die die Konsumauswahl zunehmend limitiert oder eine Verhaltensänderung bei dem/der Bürger*in erzwungen wird (vgl. Spiller et al., 2017a: 148). Da politische Entscheidungsträger*innen mit Instrumenten, welche sich weiter unten auf der Leiter befinden, auch zunehmend in die Freiheit der Bevölkerung eingreifen, muss die Rechtfertigung auch umso stärker sein und es ist generell mit einer geringeren Akzeptanz zu rechnen (vgl. Diepeveen et al., 2013: 2 f.). Eine politische Initiative, die stärker in die Privatsphäre eingreift, wird wahrscheinlich nur dann von der Öffentlichkeit akzeptiert werden, wenn klar ist, dass sie die gewünschte Wirkung erzielt und dass diese gegen den daraus resultierenden Freiheitsverlust abgewogen werden kann (vgl. Nuffield Council on Bioethics 2007: 41 f.). Diese Kategorisierung bietet eine relative Rangliste. Sie sollte nicht genutzt werden, um absolute Urteile zu ermöglichen.

Grundsätzlich empfiehlt es sich, Instrumente mit stärkerer Einflussnahme wie Steuererhöhungen (weiter oben auf der Leiter) durch vorgelagerte Maßnahmen bzw. Instrumente wie Informationskampagnen (weiter unten auf der Leiter) vorzubereiten. Dadurch können eine Informationsbasis und ein Verständnis für größere Eingriffe in die Wahlentscheidung von Konsument*innen geschaffen werden, sodass die Akzeptanz dieser Eingriffe größer ausfallen kann. Zudem wurde die Kategorie *Datenerhebung und Monitoring* hinzugefügt. Spiller et al. (2017c: 270) ordneten sie der Kategorie der *Entscheidungsunterstützung* zu. Im Rahmen dieses Berichts wurde sie als eigene Kategorie aufgenommen, da sie sich als Instrument nicht direkt auf die Entscheidung der

Konsument*innen auswirkt. Sie wird eher als vorbereitende Maßnahme für die Auswahl und das Monitoring von Instrumenten und Maßnahmen gesehen.

Zu jeder Kategorie wird zunächst ein theoretischer Einblick gegeben. Daraufhin werden die zugeordneten Instrumente zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung im Einzelnen vorgestellt. Zu jedem Instrument werden punktuell Beispiele der Umsetzung aus dem geographischen europäischen Raum¹¹ aufgeführt. Hierbei werden Informationen wie der Instrumententyp, Akteur*in, Ort, Zeit und je nach Möglichkeit Erfahrungswerte in Form von Evaluationen bzw. Studien vorgestellt.

3.1 Datenerhebung und Monitoring

Ein Instrument mit geringer Interventionsstärke stellen *Datenerhebung und Monitoring* dar (vgl. Spiller et al., 2017c: 270). Hierbei wird in keiner Weise in die Auswahl der Konsument*innen eingegriffen. Es können dennoch wichtige Entwicklungen und Differenzierungen durch die Datenerhebung und das Monitoring von relevanten Kennzahlen beobachtet und ausgewertet werden.

Im Rahmen der Analysen zum Food Environment Policy Index (Food-EPI) empfehlen Philipsborn et al. (2021: 4,18) sowie Pineda et al. (2022: 17), dass Bund und Länder mithilfe von Monitoring a) Daten zum Ernährungsstatus (inklusive des Körpergewichts, des Einkaufs- und Zubereitungsverhaltens, der Esskultur und der Ernährungskompetenz), b) Daten zu Ernährungswissen, c) zu Ernährungsverhalten sowie d) zu Ernährungsumfeldern (Monitorings zur Nährwertzusammensetzung verarbeiteter Lebensmittel, zum Ausmaß an Lebensmittelwerbung, zu Lebensmittelpreisen und dem Lebensmittelangebot in ausgewählten Settings – u. a. Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Betriebskantinen, Krankenhäusern, Rehabilitationskliniken, Seniorenheimen, Essen auf Rädern, Tafeln) erheben und mit wissenschaftlich soliden Methoden auswerten.

Hierbei sollten auch gezielt Daten zur sozialen Ungleichheit bzw. Ernährungsarmut gesammelt und ausgewertet werden (vgl. Philipsborn et al. 2021: 18; WBAE 2020: xv). Weiterhin sollte der Zusammenhang zu Gesundheitsaspekten aufgegriffen werden, indem Daten zu Ernährungsweisen und ernährungsmitbedingten Erkrankungen erfasst werden (vgl. Philipsborn et al., 2021: 18; Spiller et al., 2017c, 270). Um diese regelmäßigen, umfassenden, repräsentativen Umfragen durchführen zu können, bedarf es ausreichend eingeplanter finanzieller Mittel (vgl. Philipsborn et al. 2021: 18). Weitere Datenerhebungen zur differenzierten Verbrauchernachfrage durch unterschiedliche Konsumentengruppen, zu Verhaltensänderungen, Nachhaltigkeitsaspekten, Lebensmittelabfällen und zu den Anteilen pflanzenbasierter sowie regional erzeugter Lebensmittelprodukte in der Ernährung können zusätzlich von Nutzen sein.

Box 1

National FinDiet2017 und National FINRISK Study, Nationales Monitoring, Finland

In Finnland werden seit 1982 Befragungen zu Ernährungsgewohnheiten und Nährstoffaufnahmen vom Nationalen Institut für Gesundheit und Wohlfahrt (THL), welches dem Ministerium für Soziales und Gesundheit untersteht, durchgeführt – zuletzt im Jahr

¹¹ Es gibt Ausnahmen. Vereinzelt werden Beispiele aus dem außereuropäischen Raum vorgestellt, wenn sie als vorteilhaft für diese Instrumentensammlung und Anwendungsbeispiele eingeschätzt wurden. Es wird kein Anspruch erhoben, alle Anwendungsbeispiele aus dem außereuropäischen Raum aufzuführen.

2017. Es gab keinen speziellen Fokus auf eine pflanzenbasierte Ernährungsweise, aber es wurde festgestellt, dass die Aufnahme von Gemüse, Früchten, rotem und verarbeitetem Fleisch bei Frauen näher an den Ernährungsleitlinien lag als bei Männern (vgl. Valsta et al., 2018: 9). Zudem werden seit 1972 alle 5 Jahre Erhebungen zu Risikofaktoren für chronische Krankheiten durchgeführt. Im Rahmen der FinRisk2012-Erhebung im Jahr 2012 wurden neben Fragen zum Gesundheitsstatus zusätzlich Fragen zu speziellen Ernährungsweisen (u. a. laktosefreie Diät oder vegetarische Diät) gestellt (vgl. Finnish Institute for Health and Welfare, o. J.).

Seit 1954 überwacht in Finnland ein Nationaler Ernährungsrat die Ernährung der finnischen Bevölkerung. Er ist ein vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft ernanntes Expertengremium. Deren Mitglieder werden von staatlichen Behörden, Universitäten, Forschungszentren und unabhängigen Interessenvertreter*innen nominiert (vgl. Finnish Food Authority, 2021).

Norkost 4, Nationales Monitoring, Norwegen

Zum bereits vierten Mal wurden 2021/2022 ca. 6300 Erwachsene aus Norwegen im Rahmen einer nationalen Ernährungsumfrage zu ihrem Ernährungsverhalten befragt. Sie wurde vom Norwegischen Institut für öffentliche Gesundheit, einer Regierungsbehörde, die dem Ministerium für Gesundheit und Pflegedienste untersteht, und der Universität Oslo mit dem Ziel durchgeführt, mehr über die Essgewohnheiten und die Zusammenhänge zwischen Ernährung und Gesundheit zu erfahren. Vorherige Erhebungen wurden 2010/11, 1997 und 1993/94 durchgeführt (vgl. University of Oslo, 2023).

Eine spezielle Erhebung zu einer pflanzenbasierten Ernährungsweise wurde nicht von staatlicher Ebene durchgeführt, jedoch von der Metropoluniversität in Oslo im Jahr 2022. In dieser Studie wurden 800 Menschen, die sich vegan, vegetarisch oder pescetarisch¹² ernähren, zu ihren Ernährungsgewohnheiten befragt (vgl. Groufh-Jacobsen et al., 2022).

Koordinierungsgruppe, Norwegen

In Norwegen wurde 2016 zwischen der Norwegischen Gesundheitsbehörde und der Lebensmittelindustrie eine Vereinbarung zur Förderung einer gesünderen Ernährung getroffen. In dieser sind u. a. Ziele zur Steigerung des Verzehrs von Obst, Gemüse und Vollkornprodukten sowie Fisch enthalten. Mit der Partnerschaft soll erreicht werden, dass sich mehr Menschen ausgewogen und entsprechend den Ernährungsleitlinien ernähren. Im Rahmen der Partnerschaft wurde u. a. eine Koordinierungsgruppe geschaffen, zu der neben Vertreter*innen von Industrieverbänden auch Vertreter*innen der Gesundheitsbehörde gehören (vgl. Norwegian Directorate of Health, 2022).

Nationales Ernährungsmonitoring, Deutschland

In Deutschland wurden im Rahmen eines nationalen Ernährungsmonitorings jeweils in den Jahren 2005 bis 2007 (namens NVS II) und 2008 bis 2014 (namens NEMONIT) vom Max Rubner-Institut, einer Forschungs- und Beratungseinrichtung, die dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft unterstellt ist, Verzehrerhebungen durchgeführt. Bei den Erhebungen wurden repräsentative Daten zu Lebensmittelverzehr, Nährstoffzufuhr und Ernährungsverhalten erfasst. Die Nationale Verzehrsstudie III, die bis 2025 durchgeführt werden sollte, wurde wegen der Corona-Pandemie verschoben. Anhand von Empfehlungen wie die der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) wurden die Ergebnisse der

¹² Bei einer pescetarischen Ernährungsweise werden neben Milch und Eiern auch Fisch und Meeresfrüchte verzehrt.

Erhebungen bewertet. Weitere Aspekte, wie vegetarische oder vegane Ernährungsweisen der Teilnehmenden, wurden ebenfalls untersucht (vgl. Max Rubner-Institut, o. J.).

Ab 2023 soll mit der COPLANT-Studie die bislang größte Kohortenstudie zu pflanzenbasierter Ernährung im deutschsprachigen Raum durchgeführt werden. Das Max Rubner-Institut und das Bundesinstitut für Risikobewertung sowie weitere universitäre Einrichtungen wollen neue Erkenntnisse zu den Vor- und Nachteilen sowie den ökologischen, sozialen und ökonomischen Auswirkungen pflanzenbasierter Ernährungsweisen gewinnen und evidenzbasierte Ernährungsempfehlungen ermöglichen (vgl. Bundesinstitut für Risikobewertung, o. J.).

National Diet and Nutrition Survey, Vereinigtes Königreich

Im Vereinigten Königreich wird im Rahmen der Nationalen Umfrage zur Ernährung der Ernährungszustand der britischen Bevölkerung erfasst und bewertet, um detaillierte Informationen über den Lebensmittelverzehr, die Nährstoffaufnahme und daraus folgende Ernährungsprobleme wie Nährstoffmängel zu erhalten. Die kontinuierlich laufende Erhebung wurde von Public Health England (PHE)¹³, einer Regierungsbehörde, die dem Gesundheitsministerium untersteht, und der Food Standards Agency, einer nicht-ministeriellen Regierungsabteilung, finanziert.

Die Daten der Nationalen Umfrage zur Ernährung und des Ernährungszustands ermöglichten 2021 erstmals eine Studie, in der die pflanzenbasierte Ernährungsweise und der Verzehr pflanzenbasierter Alternativprodukte analysiert werden konnten. Die Studie ergab, dass sich der Verzehr dieser Produkte zwischen 2008–2011 und 2017–2019 von 6,7 % auf 13,1 % verdoppelt hat (vgl. Public Health England, 2021).

Weitere Erhebungen zum Ernährungsverhalten wurden vor allem in nord-, süd-, west- und mitteleuropäischen Ländern durchgeführt. Einige südost- und osteuropäische Länder können keine nationalen Erhebungen vorweisen.¹⁴

Mithilfe von staatlichem Monitoring können zudem längerfristig Maßnahmen begleitet und ihre Effekte beobachtet werden. Genauer kann beispielsweise kontrolliert werden, ob die Reduzierung tierischer Produkte zu unerwünschten Substitutionseffekten führt, um frühzeitig Gegenmaßnahmen zu ergreifen (vgl. Grethe et al., 2020: 25; WBAE, 2020: xiii). Durch die bereits angesprochene Beobachtung von Daten zu Personen mit niedrigem Einkommen kann auch evaluiert werden, wie sich die Maßnahmen speziell auf diese Bevölkerungsgruppen auswirken (vgl. WBAE 2020: xv), sodass die soziale Abfederung solcher Maßnahmen gesichert wird. Sollte festgestellt werden, dass sich keine Wirkungen entfalten, sollten die Maßnahmen abgeschafft oder grundlegend überarbeitet werden (vgl. Wunder & Jägle, 2022: 32).

Eine regelmäßige Berichterstattung zu diesen Entwicklungen sowie die Veröffentlichung von Monitoringdaten öffentlicher Forschungseinrichtungen sorgen für Transparenz (vgl. WBAE 2020: xxi). Eine breite, solide Datenerhebung kann auch im Rahmen einer nationalen Präventionspolitik genutzt werden, um konkrete, messbare Ziele für Präventionsmaßnahmen

¹³ 2021 wurde PHE Teil der UK Health Security Agency.

¹⁴ Länder, die nach dem Jahr 2000 repräsentative Untersuchungen zu Energie- und Nährstoffzufuhr vorweisen können, sind: Andorra, Österreich, Belgien, Bulgarien, Zypern, Tschechien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Israel, Italien, Kasachstan, Lettland, Litauen, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz, Mazedonien, Türkei und UK. Ob die Erhebungen auch eine pflanzenbasierte Ernährungsweise untersuchen, ist nicht bekannt. Länder, die keine nationalen Erhebungen vorweisen können, sind: Aserbaidzhan, Belarus, Kroatien, Georgien, Kirgistan, Luxemburg, Malta, Monaco, Montenegro, Moldawien, San Marino, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan (vgl. Rippin et al., 2018).

für einen gesunden Lebensmittelkonsum und weniger ernährungsmittelbedingte Krankheiten zu entwickeln (vgl. Pineda et al. 2022: 17). Eine Oxford-Studie von 2016 kommt bezüglich des Zusammenhangs mit Gesundheitsfaktoren zu dem Ergebnis, dass bei einer Ernährungsweise mit weniger Fleisch und mehr pflanzlichen Lebensmitteln die globale Sterblichkeit um 6–10 % gesenkt werden kann (vgl. Springmann et al. 2016: 4147). Der wirtschaftliche Gewinn läge zudem bei 1–31 Billionen US-Dollar (vgl. ebd.: 4148). Der Gewinn steige mit zunehmender pflanzenbasierter Ernährungsweise (vgl. ebd.).

Box 2

Kalkulation zu ökonomischem Nutzen bei gesunder Ernährung, Dänemark

Die dänische Regierung hat eine Kalkulation durchgeführt, um zu erfahren, welchen ökonomischen Nutzen die Befolgung der dänischen Ernährungsleitlinien durch die Bevölkerung hätte. Es wurde berechnet, dass der wirtschaftliche Nutzen über 20 Mrd. Euro pro Jahr betragen würde. Dies wurde insbesondere auf den geringeren Verzehr von Fleisch, gesättigten Fettsäuren und Salz zurückgeführt (vgl. Jensen, 2020: 36). Das Ergebnis wurde medial verbreitet und von politischen Akteur*innen für die Förderung einer pflanzenbasierten Ernährungsweise verwendet (vgl. Dänischer Vegetarierverband, o. J.a: 2).

Pineda et al. (2022:18) schlagen die Entwicklung eines Instruments vor, welches der Berichterstattung über die Verfügbarkeit von Lebensmitteln in Supermärkten, Geschäften, Schnellrestaurants und Gastronomie dient. Hierdurch soll der Anteil gesunder Lebensmittel am gesamten Lebensmittelsortiment ausgewiesen werden. Das Monitoring und die Berichterstattung sollen in verbindlicher Vereinbarung mit den weiteren beteiligten Parteien (Kommunalverwaltungen, Schulen, Krankenhäusern, Lebensmittelherstellern, etc.) erfolgen. Beispiele aus der Praxis sind hierfür noch nicht bekannt. Es wäre denkbar, ebenso den Anteil pflanzlicher Lebensmittel sowie regional erzeugter Lebensmittel zu erfassen.

Insbesondere mit Blick auf die Erstellung einer nationalen Ernährungsstrategie empfiehlt die Food Foundation auf Basis der Erfahrungen mit der Ernährungsstrategie in England eine breite, umfassende Datenanalyse des Ernährungssystems, seiner wirtschaftlichen Profitströme sowie Differenzierung und Klassifizierung der Bevölkerung nach ähnlichen Ernährungsweisen (vgl. The Food Foundation 2022: 6). In England wurde für diesen Prozess der Datensammlung und -auswertung mehr als ein Jahr Zeit genutzt (vgl. ebd.).

3.2 Entscheidungsunterstützung

Instrumente dieser Kategorie wirken „unterstützend“ auf die Wahlentscheidung der Konsument*innen. Sie zielen darauf ab, durch Informationen, Wissen, Instrumente sowie Schutz vor Fehlinformationen für eine informierte, erleichterte Auswahl von Produkten auf Seiten der Konsument*innen zu sorgen, ohne die Auswahlmöglichkeiten an sich zu beeinflussen. Die Instrumente der Entscheidungsunterstützung werden unterteilt in Ernährungsinformation, Ernährungsbildung, Markttransparenz sowie Werbeeinschränkungen und -verbote. Da Werbeeinschränkungen und -verbote auch lediglich die Informationen einschränken, nicht aber die Kaufentscheidung von Konsument*innen direkt einschränken, zählen sie auch zu den entscheidungsunterstützenden Instrumenten.

3.2.1 Ernährungsinformation

Ernährungsinformationen in Form einer Bereitstellung von Informationen können zur Änderung, Vermehrung und Festigung von Ernährungswissen beitragen, auf dessen Basis

Entscheidungen getroffen werden können. Der Eingriff in die Konsumententscheidungen selbst ist daher nur gering. Es werden allgemeine Informationsangebote, Informationskampagnen sowie Ernährungsleitlinien zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung vorgestellt.

3.2.1.1 Informationsangebot

Es gibt ein breites Spektrum an Informationsangeboten für Ernährung. Häufig besitzen Staaten ein durch öffentliche Mittel gefördertes Zentrum oder eine Gesellschaft, das oder die zentral allgemeine Ernährungsinformationen durch unterschiedliche Medien bereitstellt.

Box 3

Nationales Ernährungszentrum, Informationsangebot, Niederlande

Auf der Website der vom niederländischen Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für öffentliche Gesundheit, Wohlfahrt und Sport finanzierten Organisation *Voedingscentrum* (Ernährungszentrum) werden Informationen rund um das Thema Ernährung geboten. Die Institution wurde 1998 gegründet. Sie soll die Verbraucher*innen dazu ermutigen, gesunde und nachhaltigere Essgewohnheiten zu entwickeln. Unter „Nachhaltige Ernährung“ finden sich ausführliche Tipps, wie der eigene Fleischkonsum reduziert werden kann. Auf der Website finden sich dazu passende vegetarische und vegane Rezepte. Die rein pflanzliche Ernährungsweise wird ebenso erläutert und ein 26-seitiges Dokument mit Hintergrundinformationen zur pflanzlichen Ernährungsweise zum freien Download bereitgestellt. Die Online-Plattform hat 17 Millionen Besucher pro Jahr (Voedingscentrum, o. J.a).

„Eating and learning together – recommendations for school meals“, Informationsangebot, Finnland

Vom Finnischen Nationalen Ernährungsrat, der Finnischen Nationalen Agentur für Bildung¹⁵ und dem Nationalen Institut für Gesundheit und Wohlfahrt wurde im Jahr 2017 eine Broschüre herausgegeben, die zahlreiche Empfehlungen für das gemeinsame Essen in Schulen enthält. Die Broschüre richtet sich an Schulen und Verantwortliche der Schulverpflegung, aber auch an Eltern und Schüler*innen. Es werden u. a. auch konkrete Beispiele für die Zusammenstellung von vegetarischen und veganen Gerichten aufgeführt (vgl. National Nutrition Council, 2017).

In Dänemark wurde 2020 ein Wissenszentrum mit speziellem Fokus auf pflanzenbasierter Ernährung gegründet, welches aus einem zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss erwachsen ist, der öffentliche Mittel bezieht.

Box 4

Wissenszentrum für pflanzenbasierte Ernährung, Dänemark

Das Wissenszentrum für pflanzenbasierte Ernährung wurde 2020 von der dänischen Vegetarischen Gesellschaft und dem nationalen Bio-Verband gegründet. Es hat zum Ziel, Wissen zu vermitteln, Forschungsprojekte und Studien zu präsentieren und die Zusammenarbeit mit anderen Akteur*innen, die sich mit pflanzenbasierter Ernährung und ökologisch erzeugten Lebensmitteln beschäftigen, zu stärken, um den Wandel zu einem nachhaltigen Ernährungssystem voranzutreiben (vgl. Plantebaseret Videnscenter, o. J.) Nach der Gründung des Wissenszentrums wurde 2021 ein Fördertopf über 5,1 Mio. Euro

¹⁵ Die Gremien unterstehen dem Bildungs- und Kulturministerium, bzw. dem Gesundheitsministerium.

erschaffen, von dem neben dem Wissenszentrum auch weitere Akteur*innen profitieren können (vgl. Dänischer Vegetarierverband, o. J.b: 7).

Von privatwirtschaftlichen Unternehmen wurden in Dänemark 2022 zwei Institutionen für eine enge Zusammenarbeit von verschiedenen Akteur*innen auf dem Gebiet der pflanzenbasierten Ernährung geschaffen¹⁶.

3.2.1.2 Informationskampagnen

Informationskampagnen werden von Rice und Atkin (2013: 3) als zielgerichtete Versuche definiert, große Zielgruppen innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu informieren bzw. deren Verhaltensweisen zu beeinflussen. Hierbei werden eine Reihe von Kommunikationsaktivitäten und Botschaften eingesetzt, um einen nichtkommerziellen Nutzen für den Einzelnen und die Gesellschaft zu erzielen (vgl. ebd.).

Wenn man die Ziele von Informationskampagnen in drei Unterziele teilt – Wissensvermehrung, Einstellungsänderungen und Verhaltensänderung –, so kommen Rice und Atkin (2013: 13 f.) zu dem Schluss, dass das Potenzial von Informationskampagnen zur Wissensvermehrung beizutragen hoch ist. Dagegen wird ihr Potenzial, Einstellungsänderungen zu bewirken, als gering und ihr Potenzial, zu einer Verhaltensänderung beizutragen, als sehr gering eingeschätzt (vgl. Hirschnitz-Garbers & Langsdorf 2015: 26; Spiller et al., 2017c: 270). Verschiedene Reviews stellen fest, dass Informationskampagnen mit dem Ziel eines erhöhten Obst- und Gemüsekonsums nur temporäre bzw. bescheidene Verbesserungen erwirkten (vgl. Afshin et al. 2015: 3; Aloia et al. 2016: 3; Capacci & Mazzocchi 2011). In einer Studie aus dem Vereinigten Königreich wurden allerdings nach zehn Jahren nach Start einer „5 am Tag“-Informationskampagne noch gleichbleibend positive Effekte auf den Lebensmittelverzehr von Obst und Gemüse sowie eine Reduzierung des Fleischkonsums festgestellt (vgl. Castiglione & Mazzocchi 2019: 185 ff.).

Eine Ergänzung von Informationskampagnen durch weitere, insbesondere verhaltensökonomische Instrumente wie Nudging, sind zielführend (vgl. Hirschnitz-Garbers & Langsdorf 2015: 2699). Verschiedene Studien weisen auch auf Vorteile in der Verhaltensbeeinflussung durch die Kombination mit verschiedenen Strategien hin – dazu gehören bspw. Bildungskomponenten (vgl. Aloia et al. 2016: 3), tägliche Textnachrichten (vgl. Carfora et al. 2019: 1) oder ein umfassender Instrumenten-Mix mit didaktischen Einheiten wie Nutzung von Apps und Verkostungen sowie der Fokus auf Kinder (vgl. Struempfer et al. 2014: 286; Rekhy & McConchi 2014: 113). Kampagnen können auch über soziale Normen Menschen zu einem bestimmten Verhalten anregen, indem sie beispielsweise aufzeigen, dass sich Gleichaltrige, Influencer, Prominente, Athlet*innen, Köch*innen etc. pflanzenbasiert ernähren (vgl. Mozaffarian et al., 2018: 3; Wunder & Jägle, 2022: 53). Nach Rekhy und McConchi (2014: 113) sei der Erfolg der Maßnahme größer, wenn Industrie, Regierung und regierungsnahe Organisationen bei der Durchführung zusammenarbeiten.

¹⁶ IFF (International Flavors & Fragrances) hat 2022 ein *Culinary Design Center* in Dänemark eröffnet, das sich auf pflanzliche Lebensmittel spezialisiert hat und es Küchenchefs weltweit ermöglicht, zusammen mit Unternehmen neue Produkte zu entwickeln, um der steigenden Nachfrage nach pflanzlichen Alternativen gerecht zu werden. Das Zentrum verfügt über eine High-End-Pilotproduktionsanlage, die die schnelle Entwicklung und Markteinführung neuer Produkte unterstützt, sowie ein Studio für Livestreaming und die Durchführung von sensorischen Bewertungen (vgl. Innovationsfood, 2022). Auf der neuen *Plant2Food*-Plattform arbeiten seit 2022 Forscher*innen und Unternehmen zusammen und teilen ihr Wissen, um die Entwicklung von pflanzenbasierten Lebensmitteln zu beschleunigen. Die Novo Nordisk Foundation unterstützt die Plattform für fünf Jahre mit bis zu 200 Mio. DKK (vgl. Kerr-Jespersen, 2022).

In mehreren europäischen Ländern werden nationale Kampagnen für einen verstärkten Obst- und Gemüsekonsum, insbesondere bei Kindern, durchgeführt. Dazu gehören Dänemark, Deutschland, Ungarn, Spanien, Niederlande, Frankreich, Belgien und Irland (siehe Box 5). Teilweise sind staatliche Akteur*innen beteiligt. In vielen Ländern sind die Kampagnen Teil eines größeren Förder- bzw. Bildungsprogramms, das weitere Aktivitäten im Bereich Ernährungsbildung umfasst.

Box 5

Kampagne „6 am Tag“, Dänemark

„6 am Tag“ ist eine Kampagne von dänischen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sowie der Obst- und Gemüseindustrie seit 1999. Sie motiviert die Bevölkerung, mindestens sechsmal am Tag oder 600 Gramm Obst und Gemüse zu verzehren. Eine Untersuchung im Jahr 2002 hat gezeigt, dass in den teilnehmenden Schulen und Betriebskantinen der Obst- und Gemüseverzehr signifikant anstieg (vgl. Pederson & Flyger, 2016: 2).

Weitere nationale Initiativen und Kampagnen, die den Obst- und Gemüseverzehr fördern sollten, waren z. B. „SchoolGruiten“ (Niederlande)¹⁷, „5 am Tag“ (Deutschland)¹⁸, „3x3“ (Ungarn)¹⁹, „5 al dia“ (Spanien)²⁰, „Un fruit pour la récré“ (Frankreich)²¹, „Fruit 4 U“ (Italien)²² und „Food Dudes“ (Irland)²³. Sie richteten sich an die breite Bevölkerung, aber auch an spezielle Bevölkerungsgruppen wie Kinder (vgl. EUFIC, 2012; Fulponi, 2009).

Einige Kampagnen-Beispiele gehen auch über die traditionelle 5-am-Tag-Botschaft hinaus und profitieren von einer breiten zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Unterstützung.

Box 6

Kampagne „Eat them to defeat them“, Vereinigtes Königreich

Im Jahr 2018 wurde eine Kampagne für Schüler*innen ins Leben gerufen, um den Verzehr pflanzlicher Lebensmittel zu erhöhen. Die Kampagne nutzt ein auf Kinder zugeschnittenes kreatives Werbekonzept, das diese lustig und motivierend finden und das weg von der traditionellen 5-am-Tag-Botschaft führt. Die Organisation *VegPower* ging mit *ITV*, einem britischen TV-Sender, eine Partnerschaft ein. Die Kampagne wurde von Prominenten, der Regierung, Cateringunternehmen und weiteren Medienkanälen unterstützt. Akteur*innen des Einzelhandels wie *TESCO*, *ALDI* und *LIDL* zählen zu den Sponsor*innen. Insgesamt 3.850 Schulen machten am Schulprogramm im Jahr 2022 mit. Über die Hälfte der Eltern, deren Kinder an der Kampagne teilnahmen, sagen, dass diese mehr Gemüse verzehrten. Die Website stellt Evaluationsberichte der letzten Jahre bereit (vgl. *VegPower*, o. J.).

¹⁷ schoolgruiten.kennisnet.nl/.

¹⁸ <http://www.5amtag.de/>.

¹⁹ www.3x3.hu/.

²⁰ <https://www.5aldia.org/es>.

²¹ <https://agriculture.gouv.fr/le-programme-europeen-fruits-et-legumes-lecole-et-lait-et-produits-laitiers-lecole>.

²² <https://www.eesc.europa.eu/sites/default/files/resources/docs/the-food-4u-project-2011.pdf>

²³ <https://www.fooddudes.ie/>.

Kampagne „Nationale Woche ohne Fleisch und Milchprodukte“ (*Nationale Week Zonder Vlees & Zuivel*), Niederlande

Seit 2018 wird im Rahmen der Kampagne „*Nationale Week Zonder Vlees & Zuivel*“ in einer Woche im März die Bevölkerung dazu motiviert, sich ohne Fleisch zu ernähren, seit 2022 zusätzlich ohne Molkereiprodukte. Interessierte können sich als Teilnehmende auf der Website registrieren und erhalten Informationen und Rezeptinspirationen zu pflanzenbasierten Gerichten. Laut der Website weekzondervlees.nl beteiligten sich im Jahr 2022 unter anderem fast 20 % der niederländischen Bevölkerung, sechs Gemeinden, sieben Ministerien, fünf Gesundheitseinrichtungen, 52 Schulen und 14 Gastronomien an der nationalen Woche ohne Fleisch. Insgesamt 80 Partner*innen aus der Lebensmittelindustrie unterstützten die Aktion. Der Absatz von Fleischersatzprodukten stieg in der Aktionswoche um 108 % verglichen mit einer durchschnittlichen Woche. Fleischprodukte wurden 8 % weniger verkauft (vgl. Week Zonder Vlees, o. J.).

Dank einer Förderung der Europäischen Union (siehe 2.1.2.5 Horizon Europe) kann die „Nationale Woche ohne Fleisch und Milchprodukte“ nun auch in weiteren europäischen Ländern eingeführt werden. Belgien führt 2023 als erstes weiteres Land die Kampagne durch. Weitere sollen folgen (vgl. Week Zonder Vlees, 2022). Die Kampagne hat einen zivilgesellschaftlichen Ursprung, kann aber von kommunaler oder nationaler Ebene ebenfalls ausgerichtet werden.

Kampagne „Es gibt mehr als Fleisch“, Niederlande

Eine Kampagne des Nationalen Ernährungszentrums in den Niederlanden (siehe 3.2.1.1 Informationsangebot) hatte 2018 zum Ziel, die Bevölkerung zu motivieren, Fleisch öfter zu ersetzen und sich häufiger für Alternativen wie Hülsenfrüchte, Nüsse und Eier zu entscheiden. Die Kampagne wurde u. a. durch Plakate an Bahnhöfen und Beiträge in den sozialen Medien verbreitet. Das Ernährungszentrum verkaufte und verlost außerdem T-Shirts mit Slogans wie „Never Bean so Happy“ und „It’s PeaNuts“. Insbesondere Männer sollten damit für das Thema sensibilisiert werden. Influencer*innen unterstützten die Kampagne auf ihren eigenen Kanälen. Auf der Kampagnenseite²⁴ wurden Rezepte zur Inspiration bereitgestellt und wichtige Fragen rund um den pflanzenbasierten Ernährungsstil beleuchtet (vgl. Voedingscentrum, 2018).

Kampagne „Eat A Whole Lot More Plants“, New York City (nicht Europa)

Die Stadtverwaltung von New York City und das Gesundheitsministerium haben 2023 eine umfangreiche Kampagne zur Förderung pflanzlicher Ernährung gestartet. Sie nutzt verschiedene Medien wie Fernsehen, Radio, U-Bahn und digitale Kanäle sowie Außenwerbung in Stadtvierteln mit sozioökonomischen Ungleichheiten und betont die gesundheitlichen Vorteile einer pflanzenreichen Ernährung. Ihr Ziel ist es, die Bewohner von New York City dazu zu ermutigen, sich pflanzlich zu ernähren und eine gesunde, ausgewogene Ernährung anzustreben. Die Stadt stellt praktische Tipps und Informationen bereit, um den Verzehr von rein pflanzlichen Produkten zu steigern. Darüber hinaus werden kulturell vielfältige Rezepte mit Fokus auf pflanzliche Produkte vorgestellt. Die Stadt will damit aktiv ihre Rolle bei der Aufklärung und Förderung einer gesunden Ernährung übernehmen und als Vorbild für andere Städte dienen (vgl. NYC Health, 2023).

Thematische Schwerpunkte von Informationskampagnen können sehr vielfältig sein und auch vielfältig aufbereitet werden. Von Informationen über Hintergründe und Vorteile einer gesunden,

²⁴ <https://www.voedingscentrum.nl/nl/thema/meer-dan-vlees.aspx>.

pflanzenbasierten Ernährung für Mensch, Tier, Klima und Umwelt bis hin zu praktischen Anregungen für und Beispielen von einer pflanzenbasierten Ernährung (in Form von Rezepten) ist die Palette groß. Wichtig ist ein zielgruppenspezifischer Ansatz und entsprechend gewählte Medien, insbesondere mit Blick auf soziale Milieus, Gendergerechtigkeit und unterschiedliche Lebenskulturen.

3.2.1.3 Ernährungsleitlinien

Ernährungsleitlinien (im Englischen Food-based Dietary Guidelines, abgekürzt: FBDG) werden von wissenschaftlichen Institutionen oder Fachgesellschaften teilweise mit Beteiligung staatlicher Akteur*innen verfasst und von diesen bereitgestellt. Die Leitlinien bieten den Bürger*innen und auch Gesundheits- und Ernährungsexpert*innen Orientierung im Bereich der Ernährung. Sie dienen zur Sensibilisierung und zur Versorgung der Öffentlichkeit mit Ernährungs- und teilweise auch Lebensstilinformationen sowie konkreten Ernährungsempfehlungen in einfach verständlichem Vokabular (vgl. Erve et al., 2017: 2; Wijesinha-Bettoni et al., 2021). Die FBDG einiger Länder enthalten auch Empfehlungen zu Gerichten, Essgewohnheiten, Lebensmittelsicherheit, Hygiene und körperlicher Bewegung (vgl. Wijesinha-Bettoni et al., 2021). Inwiefern die Empfehlungen schließlich das Essverhalten beeinflussen, wurde bisher noch wenig untersucht (vgl. Erve et al., 2017: 2, Keller & Lang 2008: 868 ff.). Die gesundheitlichen Potenziale durch die Risikoreduzierung für eine Vielzahl chronischer Krankheiten bei einer Befolgung von Ernährungsleitlinien sind hingegen durch Studien bestätigt (vgl. Schwingshackl et al. 2015: 1293 ff.; Liese et al. 2015: 395 ff.; Chiuve et al., 2012: 1014 ff.; Hosseini-Esfahani et al., 2010; McCullough et al. 2012: 1265 ff.). Sie bilden auch die Basis für die Entwicklung nationaler Gesundheits- und Agrarpolitik (vgl. Fischer und Garnett, 2016: v).

Ernährungsleitlinien sollten auf einer umfassenden wissenschaftlichen Literaturlauswertung basieren und regelmäßig aktualisiert werden. Jüngste Arbeiten konkludieren, dass diese Prozesse systematischer und transparenter werden müssen, um sicherzustellen, dass sie auf aktuellen Erkenntnissen und einschlägigen Kontextfaktoren beruhen, Interessenkonflikte besser bewältigt werden und die Beteiligung der Interessengruppen verbessert wird (vgl. Wijesinha-Bettoni et al. 2021; Zeraatkar et al., 2019). Zudem können sie an die nationalen gesundheits- und ernährungsmitbedingten dominanten Krankheiten, Ernährungsgewohnheiten und Lebensmittelpräferenzen angepasst werden (vgl. Erve et al., 2017: 2). Die FAO und WHO empfehlen, die Ernährungsumstellung hin zu einer erhöhten pflanzenbasierten Ernährung aus gesundheitlichen und umwelttechnischen Gründen unter anderem auch mithilfe der Ernährungsleitlinien zu fördern (vgl. FAO & WHO, 2019: 18 f.). Die FAO bietet eine Übersicht über die Ernährungsstandards einzelner Länder (vgl. FAO, 2023).

In einer Vergleichsstudie zu nationalen Ernährungsleitlinien von Klapp et al. (2022: 7) wurde festgestellt, dass 45 % von 95 internationalen Ernährungsstandards pflanzliche Alternativen zu Fleisch oder tierischer Milch erwähnen und dass sich 40 % zu vegetarischen Ernährungsweisen positionieren. Die meisten Länder, die keine Stellungnahme diesbezüglich haben, befinden sich in Lateinamerika und in der Karibik.

Von den insgesamt 38 nationalen Leitlinien, die eine Position zur vegetarischen Ernährung einnahmen, enthielten die meisten neutrale Empfehlungen zur Deckung bestimmter Nährstoffe durch pflanzliche Quellen. Einige Leitlinien, bspw. der europäischen Länder Vereinigtes Königreich, Belgien (Flandern) und Malta, wiesen darauf hin, dass eine vegetarische Ernährung und auch eine vegane Ernährung mit Kombination unterschiedlicher Lebensmittel und einer ausreichenden Kalorienzufuhr alle Nährstoffe abdecken können. Unter anderem wiesen die Niederlande, der Nordische Rat (the Nordic Council, siehe Box 7), Norwegen und Portugal auf die gesundheitlichen Vorteile einer vegetarischen Ernährungsweise hin, sie sei gesund und ernährungsphysiologisch angemessen (vgl. ebd.: 7 ff.).

„Eine gut durchdachte vegetarische Ernährung ist gesund, angemessen und kann sich positiv auf die Gesundheit auswirken, insbesondere bei der Vorbeugung und Behandlung einiger Krankheiten.“ (A roda dos alimentos, 2003, übersetzt aus dem Portugiesischen)

Acht Ernährungsstandards (u. a. aus Dänemark, Finnland, den Niederlanden, Schweden und von dem Nordischen Rat) weisen darauf hin, dass die pflanzenbasierte Ernährung im Vergleich zu Ernährungsweisen mit einem hohen tierischen Lebensmittelanteil ökologisch nachhaltiger ist und dass Nachhaltigkeit ein wichtiger Aspekt von Ernährung ist (vgl. Klapp et al., 2022: 8 f.).

„Vegane Ernährung bringt im Allgemeinen die größte Reduktion des Klima-Fußabdrucks, gefolgt von vegetarischer Ernährung und pflanzenreicher Ernährung mit weniger Fleisch und Milchprodukten.“ (Altomkost, 2021, übersetzt aus dem Dänischen)

„Was Sie essen, ist nicht nur für Ihre eigene Gesundheit wichtig, sondern auch für die Umwelt. Die Produktion und der Konsum von Lebensmitteln sind für einen großen Teil der norwegischen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Weniger Lebensmittelverschwendung und eine pflanzlichere Ernährung tragen dazu bei, die Auswirkungen auf die Umwelt zu verringern.“ (Helsedirektoratet, 2014: 26; übersetzt aus dem Englischen)

Box 7

Nordic Nutrition Recommendations

Die Nordic Nutrition Recommendations 2012 wurden von den Ländern Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden, den Färöer-Inseln, Grönland und Åland im Rahmen der Nordic co-operation entwickelt. Um eine gesunde Ernährung zu fördern und Krankheiten wie Typ-2-Diabetes vorzubeugen, wird ein verstärkter Verzehr von pflanzenbasierten Produkten bei gleichzeitiger Reduktion von verarbeitetem und rotem Fleisch empfohlen (vgl. Nordic Council of Ministers, 2014: 20 ff.). Nach einer langen Überarbeitungszeit wurden die Nordic Nutrition Recommendations im Juni 2023 veröffentlicht (Norden, o.J.).

Der Nordic Council ist die offizielle Institution für die Zusammenarbeit der nordischen Länder. In der ersten Version Nordic Nutrition Recommendations wurde vom Nordic Council herausgestellt, dass eine pflanzliche Ernährung zu einer Halbierung der Klimawirkung unserer Ernährungsweise führen kann und keine andere Lebensmittelgruppe die Umwelt so stark beeinflusst wie Fleisch- und Milchprodukte (vgl. ebd.; Helsedirektoratet, 2023).

Neue Ernährungsleitlinien, Dänemark

Die Dänische Veterinär- und Lebensmittelbehörde veröffentlichte 2021 die offiziellen Ernährungsleitlinien. Neben den Empfehlungen für eine gesündere Ernährung wird darin erstmals auch erläutert, wie eine klimafreundlichere Ernährung aussieht, nämlich mit reichlich pflanzlichen Zutaten, mehr Gemüse und Obst und weniger Fleisch, dafür Hülsenfrüchte und Fisch. Die Erarbeitung der Leitlinien basierte auf den Nordic Nutrition Recommendations (NNR) und Evidenz-Berichten des DTU Fødevareinstituttet²⁵, dem nationalen Institut für Ernährung der Technischen Universität in Dänemark. Der Prozess zu den neuen Leitlinien umfasste unter anderem Kommunikationsinitiativen mit Ausstellungen, einem neuen Ernährungskreis und Leitlinien für besondere Bevölkerungsgruppen (darunter Vegetarier*innen, Schwangere und Stillende sowie Menschen über 65 Jahre), neuen Labeln, Bildungsmaterial und Leitlinien für Bildungseinrichtungen sowie Minimalkriterien für die

²⁵Zu finden unter <https://altomkost.dk/raad-og-anbefalinger/de-officielle-kostraad>.

nachhaltige öffentliche Beschaffung. Lebensmittel mit ausgewogenem Nährwert sind mit einem Schlüssel-Symbol gekennzeichnet. Das soll den Konsument*innen die Entscheidung für gesündere Lebensmittel erleichtern (vgl. Altomkost, 2023). Um die neuen Ernährungsempfehlungen in Dänemark und die SDGs in der öffentlichen Beschaffung umzusetzen, wurde mit Hilfe der Universität Kopenhagen eine Größe „Climate weight“ (übersetzt: Klimagewicht) von Lebensmitteln definiert. Damit werden die Klimawirkung und Nachhaltigkeit von Lebensmitteln in der Beschaffung berücksichtigt und indirekt pflanzliche Lebensmittel stärker gefördert, da sie weniger klimaschädlich im Vergleich zu tierischen Produkten wie Fleisch sind (vgl. Bergmann Madsen, 2022).

Neue Ernährungsleitlinien, Niederlande

Der Gesundheitsrat der Niederlande (Health Council of the Netherlands, HCNL), ein unabhängiges Beratungsgremium, das die Minister und das Parlament auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheit berät, hat 2015 neue Ernährungsleitlinien entwickelt, die sowohl auf eine gesunde, aber explizit auch auf eine ökologisch nachhaltige Ernährungsweise abzielen. Auf Basis eines Optimierungsmodells, von Informationen über Ernährungsgewohnheiten und Expertenwissen wurden neue Leitlinien für verschiedene Zielgruppen erarbeitet. Die Auswirkungen von Lebensmitteln auf die Umwelt (insbesondere Treibhausgasemissionen) wurden entsprechend den Empfehlungen der Planetary Health Diet (vgl. Willett et al., 2019; EAT, o. J.) in die Berechnung inkludiert und Maximalwerte für bestimmte Lebensmittelgruppen wie Fleisch- oder Milchprodukte wurden festgelegt. Der Entwicklungsprozess der Leitlinien wurde transparent in einem Bericht beschrieben. Mit dem Rad der Fünf (Wheel of Five) wurden die Leitlinien leicht erfassbar grafisch aufbereitet. Mit diesen Leitlinien sollen Verbraucher*innen dazu angeregt werden, häufiger Obst und Gemüse zu verzehren, Fleisch zu reduzieren und mehr pflanzenbasierte Gerichte zu verzehren. Für vegetarisch lebende Menschen wurden zusätzlich Empfehlungen erarbeitet (vgl. Brink, 2019; Health Council of the Netherlands, o. J.).

Nach der Studie von Klapp et al. betonten einige Länder (u. a. Deutschland, Italien, Luxemburg, Slowenien und Türkei) die Risiken einer pflanzenbasierten Ernährung in ihren Ernährungsleitlinien, insbesondere in Bezug auf einen Vitamin-B12-Mangel. Nur vier Länder weltweit sprachen sich gegen die Empfehlung einer veganen Ernährung aus, darunter Frankreich, Deutschland, Italien und die Schweiz. Als Hauptgrund wurde hier eine vielfältige Ernährungsweise genannt, die immer tierische Produkte enthalten sollte (vgl. Klapp et al., 2022: 10).

Zudem kam die Studie zu dem Schluss, dass Empfehlungen für eine pflanzenbasierte Ernährung positiv mit den nationalen ökologischen Bemühungen korreliert, während sie mit der nationalen wirtschaftlichen Bedeutung von tierischen Produkten negativ korreliert (vgl. ebd.: 16). Die Studie unterstreicht das erhebliche Informationsdefizit in den derzeitigen Ernährungsstandards weltweit (vgl. ebd.).

Sie sollten durch geeignete Maßnahmen zur Aufklärung der Öffentlichkeit flankiert werden, insbesondere für marginalisierte Untergruppen, für die sie kleinere Effekte zeigen (vgl. Mozaffarian et al., 2018: 3).

3.2.2 Ernährungsbildung

Neben der Ernährungsinformation ist auch das Instrument der Ernährungsbildung von geringer Eingriffstiefe. Es geht allerdings einen Schritt weiter und zielt auf den Aufbau von Wissen und Kompetenzen der Verbraucher*innen für verantwortliche Konsumententscheidungen, sowohl für die eigene Gesundheit als auch aus sozial-ökologischer Perspektive (vgl. Spiller et al., 2017c: 271).

Laut dem Review von Vaitkeviciute et al. (2015: 649) gibt es eine leicht positive Tendenz zwischen Ernährungsbildung und gesundheitsorientiertem Verhalten. Besonders erfolgversprechend seien Kombinationen von handlungsorientierter Bildung (z. B. in Schulküchen) (vgl. Contento, 2008: 178) und guter Schulverpflegung (vgl. Spiller et al. 2017a: 149). Das Lernen von gleichaltrigen Peers zeigt sich laut einem Review als besonders förderlich (vgl. Yip et al., 2015: 92).

Zu den formalen Bildungsangeboten zählen Ernährungs- und Verbraucherbildung in Schulen, Kindertagesstätten, Hochschulen (vgl. Wunder et al., 2022: 52 f.). Zu den non-formalen Bildungsangeboten zählen Erwachsenenbildung sowie Ernährungsbildung in Betrieben, Jugendzentren und Sportvereinen, etc. (vgl. Bender, 2020: 22; Wunder et al., 2022: 52 f.).

Sie können unterschiedliche Formate einnehmen, z. B. Integration von Ernährung in den Lehrplan, Kochkurse, Seminare, Workshops, Anlegen eines Schulgartens, Info-Abende, Aktionsgerichte, Schulwettbewerbe sowie Schul- und Betriebsausflüge auf regionale Bio-Höfe (vgl. Philipsborn et al., 2021: 15; Wunder et al., 2022: 52 f.). Wie oben bereits angesprochen, wirken positive Rollenmodelle unterstützend – hierfür können soziale Medien genutzt werden und Influencer*innen und Blogger*innen eine Rolle spielen.

Generell spielen Kindertagesstätten und Schulen eine große Rolle bei der Ernährungsbildung, da so verschiedene Milieus erreicht werden können, Kinder die Informationen potenziell an ihre Familie weitergeben und schon früh eine Etablierung von langfristigen Kenntnissen erhalten (vgl. Brombach & Duensing, 2021: 47 f.; Quendt et al., 2020: 21). So kann der Schulverpflegung eine wichtige Rolle zukommen: als Lernort und für die Möglichkeit zur Integration und sozialen Teilhabe und als Angebot von gesundheitsförderlichen Speisen (vgl. Brombach & Duensing, 2021: 47 f.).

Box 8

Ernährungsbildung in Schulen für Schüler*innen, Finnland

In Finnland wird seit Jahrzehnten Ernährung in der Schule unterrichtet. Im Fach Hauswirtschaft werden Themen wie Ernährungsempfehlungen, gesunde Lebensmittel, Lebensmittelsicherheit und -qualität sowie Zubereitungsmethoden und Mahlzeitenplanung behandelt. Darüber hinaus werden Inhalte zu Ernährungskulturen und -traditionen besprochen. Seit 2001 wird außerdem Gesundheitsaufklärung in den Schulen durchgeführt, bei der die Kinder Schlüsselfaktoren für die Förderung der Gesundheit und die Ursachen von Krankheiten lernen. Sie reflektieren damit ihre persönlichen Entscheidungen in Bezug auf ihre Gesundheit. Dazu gehören Themen wie Nährstoffbedarf, Nahrungsmittelallergien und spezielle Ernährungsweisen sowie ausgewogener Lebensmittelverzehr im Alltag. Gleichzeitig werden an den Schulen Mahlzeiten angeboten, die den Ernährungsempfehlungen entsprechen, wie sie auch im Unterricht vermittelt werden (vgl. Sarlio-Lähteenkorva & Manninen, 2010: 173).

Zudem ist die Ernährungsbildung an Schulen auch nicht immer nur eine Frage des Lehrplans, sondern auch die Schule, Schulleitung und Lehrkräfte können hier mitgestalten (vgl. Quendt et al., 2020: 21). Es können auch die Erziehungsberechtigten mit eingebunden werden.

Damit verbunden sind die möglichen gemeinsamen Koch-, Essens- oder Gärtneraktivitäten in Schulen. Ein Review, der zwölf Studien über die Auswirkung von Schulgärten auf den Verzehr von Obst und Gemüse analysierte, legt dar, dass die Schulgärten eine erfolgreiche Maßnahme sind und die Schüler*innen mehr Obst und Gemüse verzehren (vgl. Berezowitz, 2015: 508). Chan et al. (2022: 30) kommen in einem anderen Review zu dem Schluss, dass Schulgartenprogramme, welche auch Schulgartenaktivitäten, Kochunterricht und

Ernährungsbildung umfassten, positive Effekte auf das Ernährungswissen der Kinder, deren Akzeptanz gegenüber Obst und Gemüse und deren Ernährungsgewohnheiten zeigten.

Box 9

Schulgarten, Berkeley, Kalifornien (nicht Europa)

Das *Edible Schoolyard Project* (Essbarer Schulgarten) wurde 1995 von Köchin und Autorin Waters an der Dr. Martin Luther King Jr. Middle School gegründet und dient inzwischen als Demonstrationsstätte für den Bereich der *essbaren Bildung*.

Gemeinsam mit Schüler*innen, Lehrer*innen, Familien, Landwirt*innen, Köch*innen und Künstler*innen wurde ein Schulgarten mit Küche geschaffen.

Mit dem Lehrplan sollen Koch- und Gartenfähigkeiten gefördert werden, die Kinder dazu befähigen, das Ernährungssystem kritisch zu betrachten und Ideen für Veränderungen im eigenen Leben und dem Lebensumfeld zu entwickeln (vgl. *The Edible Schoolyard Project*, 2020). Die Website bietet umfangreiches Informationsmaterial für die Wissensvermittlung rund um das Gärtnern sowie das Kochen an. Zudem wird eine Weltkarte mit Schulgärten in anderen Ländern bereitgestellt, die sich dem Netzwerk des *Edible Schoolyards* angeschlossen haben²⁶.

In europäischen Ländern gibt es zahlreiche Beispiele für Schulgärten, die u. a. auf Basis der Grundsätze des *Edible Schoolyard Project* gegründet wurden.

Ein ähnliches Programm *l'école comestible* (die essbare Schule) wurde in Frankreich 2019 gegründet und vermittelt Kindern praktisches und theoretisches Wissen zum Thema Gärtnern (vgl. *L'école comestible*, o. J.).

Eine Meta-Studie von 2019 kam zu dem Schluss, dass Kochkurse nicht nur mit verbesserten Einstellungen, Selbstwirksamkeit und gesunder Nahrungsaufnahme in Verbindung gebracht werden, sondern dass sie in Kombination mit zusätzlichen Komponenten wie körperliche Aktivität oder Gartenarbeit besonders wirksam waren (vgl. Hasan et al., 2019: 1).

Die Interventionen sollten zielgruppenspezifisch entsprechend den sozialen Milieus gestaltet werden. Mitgedacht werden sollten u. a. Sprachbarrieren, Zugänglichkeit, Gendergerechtigkeit sowie sozio-ökonomische Gruppen mit geringem Einkommen.

3.2.2.1 Aus- und Weiterbildung

Küchenverantwortliche, Speiseplaner*innen und Ernährungsfachkräfte können mit Hinblick auf die pflanzenbasierte Ernährung nachgeschult werden bzw. von einer Weiterbildung profitieren. Es ist nicht immer davon auszugehen, dass sie die Ausbildung bzw. Schulung genossen haben, um pflanzenbasierte Speisen ansprechend vorzubereiten. Die Gerichte können komplexer sein, mehr Zutaten enthalten und möglicherweise neue und ungewöhnliche Kochtechniken erfordern. Zudem ist es wichtig, dass die Speisen visuell und geschmacklich (und auch, was die Namensgebung betrifft) attraktiv aufbereitet sind.

Box 10

Schulungsprogramm für Köch*innen, Dänemark

Im Rahmen des Dänischen Bio-Aktionsplans 2020 wurde 2013 ein Schulungsprogramm mit Küchenpersonal öffentlicher Kantinen durchgeführt. Das Training umfasste die Menüplanung

²⁶ <https://edibleschoolyard.org/network>.

pflanzenbasierter Gerichte mit regionalen und saisonalen Produkten aus ökologischem Anbau, mehr Hülsenfrüchten statt Fleisch sowie die Zubereitung mit frischen Zutaten anstatt Convenience-Produkten. Ziel war es, das Küchenpersonal so zu schulen, dass eine öffentliche Beschaffung von Bio-Lebensmitteln mit demselben Budget möglich ist, auch wenn dies einen höheren Arbeitsaufwand für das Küchenpersonal bedeutet (vgl. Sørensen et al., 2016: 323). Eine Befragung nach der Schulung des dänischen Küchenpersonals ergab, dass trotz der Herausforderungen durch neue Arbeitsabläufe das Personal nach dem Schulungsprogramm zufriedener und motivierter war. Das Training von praktischen Fähigkeiten schien die beruflichen Kompetenzen und das Wohlbefinden zu erhöhen. Durch die Schulung erhöhte sich der Anteil der verwendeten Bio-Lebensmittel und frisch zubereiteten Speisen (vgl. ebd.: 326 f.).

Das Thema pflanzenbasierte Ernährung könnte auch in der Ausbildung benachbarter relevanter Berufsgruppen eine größere Rolle spielen. Hierzu gehören u. a. Medizin, Pflege, Gastronomie, Pädagogik, Landwirtschaft (vgl. Philipsborn et al., 2021: 18; Wunder & Jägle, 2022: 53). In unterschiedlichen Formaten wie Zusatzausbildungen, Wahlfächern, Vorlesungen, Unterricht an der Berufsschule, Praktika, Abschlussarbeiten sowie Kursen über den Anbau von Eiweißpflanzen in Landwirtschaftsschulen können diese Ausbildungsinhalte gefördert werden (vgl. ebd.).

Box 11

Ernährungsbildung für Beschäftigte des Gesundheitswesens, New York City, USA (nicht Europa)

Ärzt*innen und andere Fachkräfte des Gesundheitswesens in New York City erhalten seit 2023 eine kostenlose Einführungsschulung zu pflanzenbasierter Ernährung. Dies ist möglich dank einer Partnerschaft zwischen dem Bürgermeister und dem American College of Lifestyle Medicine. Mit einer Investition von 44 Mio. Dollar werden insgesamt bis zu 200.000 Personen weitergebildet. Es ist weltweit die größte Ernährungsschulung mit dem Fokus auf pflanzenbasierte Ernährung dieser Art. Das Training besteht aus 5,5 Stunden Online-Schulung und hat zum Ziel, dass Beschäftigte des Gesundheitswesens evidenzbasierte Inhalte in ihre tägliche Arbeit integrieren (vgl. Office of the mayor, 2022).

3.2.2.2 Beratung

Die Ernährungsberatung ist im Vergleich zur Ernährungsbildung stärker individuell an die Ratsuchenden angepasst (vgl. Wunder & Jägle, 2022: 54). Zielgruppen reichen von Konsument*innen und Patient*innen über Küchenverantwortliche, Speiseplaner*innen und Ernährungsfachkräfte bis hin zu Institutionen wie Schulen, Krankenhäuser sowie Betriebe.

Eine Ernährungsberatung oder medizinische Beratung kann beispielsweise für Konsument*innen oder Patient*innen in Form von persönlichen Handlungsplänen oder Ernährungsempfehlungen für Alltagsroutinen angeboten werden (vgl. Wunder et al. 2022: 53). Sie können die Bereiche Fähigkeiten (Wissen, praktische Kompetenz, Selbstregulation), Motivation (Absicht, Routinen) und Möglichkeiten (Einflussfaktor Zeit) adressieren.

Hier können Stellen für Ernährungsberater*innen und Diätassistent*innen im Bereich der öffentlichen Gesundheit geschaffen werden (vgl. Pineda et al., 2022:18).

Für Fachkräfte in Kantinen und Küchen von Institutionen wie Schulen, Krankenhäusern etc. gibt es eine breite Palette an Möglichkeiten der professionellen Beratung und Begleitung zur Erhöhung des pflanzenbasierten Anteils in dem Verpflegungsangebot. Auch landwirtschaftliche

Betriebe können von Beratungsangeboten (Wissen, Kompetenzen, Zugang zu verbesserten Praktiken/Technologien, neue Marktchancen etc.) profitieren (vgl. Gerber et al., 2013: 83 f.).

Box 12

Beratung für Schulen, Niederlande

In den Niederlanden bietet das nationale Institut für Ernährung mit *Die gesunde Schulkantine* seit 2003 den Schulen verschiedene Unterstützungsleistungen an, u. a. Entscheidungshilfen, eine Checkliste für eine nachhaltigere Gestaltung der Kantinenprozesse, individuelle Beratung für die Speiseplangestaltung, Videos, wie mehr Gemüse in den Speiseplan integriert werden kann, aber auch Bildungsmaterial für Schüler*innen über gesunde Ernährung. Außerdem werden Beispiele anderer Schulen präsentiert (vgl. Voedingscentrum, o. J.b).

Beratung, Kopenhagen, Dänemark

Mit dem *House of Food* wurde 2017 von der Stadt Kopenhagen eine Institution geschaffen, die den Umstellungsprozess auf mehr Bio-Lebensmittel in den öffentlichen Kantinen mit Schulungen und Know-how unterstützt und begleitet (vgl. The Copenhagen House of Food, o. J.).²⁷

Eine Institution wie das *House of Food* würde sich auch eignen, um Beratungsdienstleistungen bei der Umstellung auf vermehrt pflanzenbasierte Kost anzubieten.

3.2.3 Markttransparenz

Indem die Markttransparenz erhöht wird, werden den Konsument*innen mehr relevante Informationen bereitgestellt und ihnen wird damit eine informierte Auswahl erleichtert, durch die eine nachhaltige Konsumententscheidung entsprechend ihren Präferenzen erst möglich wird (vgl. Spiller et al. 2017c: 271).

Eine wichtige Grundlage für Markttransparenz bilden Produktbezeichnungen, bei denen es im Bereich der pflanzenbasierten Ernährung zuletzt zu regulativen Beschränkungen für Fleischersatzprodukte kam, was entsprechend kritisiert wurde²⁸.

Verschiedene Methoden, um die Markttransparenz zu erhöhen, sind u. a.

²⁷ Beratungen für einen verstärkten Einsatz von biologisch erzeugten Lebensmittel haben einen indirekten Nutzen für die Förderung der pflanzenbasierten Ernährung. Das Nachhaltigkeitskonzept, zu dem auch der verstärkte Einsatz von Bio-Lebensmitteln gehört, zielt auf eine Reduktion des Fleischkonsums ab. Indem mehr Bio-Lebensmittel eingeführt werden, wird gleichzeitig die Grundlage für eine Ernährung geschaffen, die vermehrt auf pflanzliche Produkte setzt.

²⁸ Menschen sollten durch Produktbezeichnungen oder Abbildungen nicht in die Irre geführt werden. Milch und Milcherzeugnisse sind geschützte Begriffe. Laut einem Beschluss der EU-Kommission dürfen die Bezeichnungen Milch und Milcherzeugnisse nur für bestimmte Produkte, die von den Ländern festgelegt werden, verwendet werden, wie zum Beispiel Erdnussbutter oder Kokosmilch (vgl. Europäische Kommission, 2010: 1 f.; Pabel et al., 2017). Für Fleischprodukte gibt es keinen Bezeichnungsschutz und keine europaweit einheitliche Regelung. Einige Länder haben inzwischen Beschränkungen bei der Bezeichnung von Fleischersatzprodukten geplant, wie zum Beispiel in Belgien oder Frankreich. Vegetarische Produkte dürften danach nicht mehr als „Steak“ oder „Wurst“ bezeichnet werden (vgl. Légifrance, 2022). Während die fleischerzeugende Industrie diesen Schritt begrüßt und auf Informationstransparenz hinweist, kritisieren mehrere Nichtregierungsorganisationen diesen Weg, da er den europäischen Nachhaltigkeitsbemühungen widerspricht und die Umstellung auf nachhaltige und pflanzliche Produkte erschwert (vgl. ProVeg International, 2022a und 2022b). Eine Umfrage in den Niederlanden ergab, dass 96 % der Teilnehmenden wussten, dass in vegetarischer Wurst kein Fleisch enthalten ist (vgl. Radar Avotros, 2020). Die Umsetzung des Dekrets in Frankreich wurde 2022 aufgrund rechtlicher Bedenken ausgesetzt (vgl. Vegconomist, 2022).

Lebensmittelkennzeichnungen in Form von Labels sowie Apps und weitere digitale Anwendungen, die darüber hinaus bei den Kaufentscheidungen von Konsument*innen von Lebensmittelprodukten informierend zur Seite stehen.

3.2.3.1 Labels

Lebensmittelkennzeichnungen wie Labels haben grundsätzlich den Anspruch, eine informierte Auswahl bei Kaufentscheidungen zu unterstützen und irreführende Angaben zu vermeiden (vgl. Philipsborn et al., 2020: 13). Es gibt mittlerweile eine Vielzahl unterschiedlicher Labels. Sie reicht von verpflichtenden Labels (Beispiele: Zutatenlisten und Nährwertdeklarationen – die allerdings eine gewisse Vorbildung erfordern) über freiwillige Labels (Beispiel: Bio) bis hin zu Labels auf staatlicher Basis (Beispiel: GVO-frei) sowie Labels auf privatwirtschaftlicher Basis (Beispiel: Fair Trade) (vgl. Spiller et al., 2017a: 150 f.).

Meist sind sie auf der Verpackung industriell verarbeiteter Lebensmittel zu finden. Es gibt sie aber auch an Supermarktregalen und auf Speisekarten (vgl. Philipsborn et al., 2021: 16). Sie können sowohl eine Beschreibungsfunktion (Beispiel: Salzgehalt) als auch Bewertungsfunktion bezüglich Gesundheit und Nachhaltigkeit (Beispiel: Keyhole-Zeichen) besitzen (vgl. ebd.). Sie können in Form eines einfachen Siegels, mehrstufig (Beispiel: Tierschutz), metrisch (Beispiel: CO₂-Fußabdruck), als verbale Aussagen, Signets oder Bilder dargestellt werden (vgl. ebd.).

Während Afshin et al. (2015) zu einer skeptischen Schlussfolgerung gelangen, konkludieren Cecchini & Warin (2016: 201) in einer Metaanalyse, dass Labels die Anzahl der Personen, die sich für eine gesündere Lebensmitteloption entscheiden, um 18 % erhöhen (vgl. Spiller et al., 2017a: 150 f.). Auch kommen Potter et al. (2022: 14 f.) bei einer systematischen Überprüfung von 76 Maßnahmen zur Umweltkennzeichnung aus dem Jahr 2021 zu dem Schluss, dass Umweltzeichen bei einem breiten Spektrum von Formaten und Inhalten die Auswahl, den Kauf und den Verzehr von Lebensmitteln wirksam fördern. Allerdings ist aufgrund der Fülle an (Werbe-)Informationen auf dem Markt eher mit kleineren Veränderungen zu rechnen, welche sich stärker bei interessierten Konsument*innen zeigen (vgl. Spiller et al., 2017a: 151 basierend auf Alston et al., 2016). Darüber hinaus benötigen Labels eine gewisse Zeit, um aus der Nische herauszuwachsen, wie die Beispiele *Fair Trade* und *Bio* zeigen.

Es gibt unterschiedliche Ansätze, wie die pflanzenbasierte Ernährung durch Labels gefördert werden kann. Eine davon ist die Kennzeichnung über die mit den tierischen Produkten verbundenen CO₂-Emissionen (vgl. Gerber et al., 2013: 85) bzw. Klimalabels (vgl. WBAE, 2020: xiii) oder Warnlabel für besonders klimabelastende Produkte (vgl. Spiller et al., 2017c: 271). Zudem gibt es verschiedene Ansätze zur Verbesserung und Weiterentwicklung der Labels rund um das Tierwohl, etwa eine verpflichtende Kennzeichnung auf EU-Ebene (vgl. WBAE, 2020: 27 f.).

Box 13

Freiwillige Klima-Kennzeichnung für Lebensmittel, Dänemark

Das dänische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei hat 2022 angekündigt, die Entwicklung eines staatlich kontrollierten Klima-Labels für Ernährung zu finanzieren. Das freiwillige Label gibt den CO₂-Fußabdruck an und soll die Transparenz erhöhen. Damit soll außerdem eine klimafreundliche Lebensmittelproduktion gefördert und die Konsument*innen sollen beim Kauf von nachhaltigen Lebensmitteln unterstützt werden. Unter der Leitung der dänischen Veterinär- und Lebensmittelbehörde und unter Mithilfe der *Danish Plant-Based Association* wird ein Kennzeichnungsvorschlag erstellt (vgl. Kjølberg, 2022).

Entwicklung und Test von Label mit Umweltbewertung, Frankreich

Als Ergebnis verschiedener Experimente in Frankreich wurden 2021 zwei Umweltbewertungssysteme erstellt, der Ecoscore und der Planet-Score. Der Ecoscore wurde von einer Initiative von Wirtschaftsverbänden, Unternehmen der industriellen Lebensmittelwirtschaft und der französischen Agentur für Umweltschutz und Energie (ADEME) entwickelt. Grundlage ist eine Datenbank mit Lebenszyklusanalysen (Life Cycle Assessment, LCA) mit über 2800 typischen Lebensmitteln (Agribalyse-Datenbank). Produkte werden mit den Buchstaben A (gute Bewertung, in grüner Farbe) bis E (schlechte Bewertung, in roter Farbe) gekennzeichnet. Der Planet-Score wurde von französischen Verbraucherschutz- und Umweltverbänden erarbeitet. In der Bewertung kommen neben dem Gesamtscore die weiteren Kategorien Pestizide, Biodiversität und Klima dazu. Frankreich will die Umweltlabels auf häufig konsumierten Lebensmitteln im Jahr 2023 implementieren und weiterhin an Verbesserungen wie der Erweiterung der LCA-Datenbank arbeiten. Da pflanzliche Produkte im Vergleich zu tierischen meist eine geringere Umweltbelastung aufweisen, wird mit solchen Labeln eine pflanzenbasierte Ernährungsweise unterstützt (vgl. Institut du Commerce, 2022: 2 f.).

Untersuchungen in Frankreich geben Hinweise darauf, dass das Ecoscore-Label das Verbraucherverhalten beeinflusst. Ein Onlinehändler, der den Ecoscore auf seinen Produkten einführte, berichtete, dass der Marktanteil von Produkten mit „A“-Kennzeichnung leicht anstieg (vgl. Héraud: 2022). Eine Analyse von Studien zu verschiedenen CO₂-Labeln und Fußabdrücken legt nahe, dass solche Kennzeichnungen Konsumententscheidungen verändern können und insbesondere eine farbliche Ampelkennzeichnung effektiver ist als rein quantitative Angaben (vgl. Soler et al., 2021: 87 ff.).

Box 14

Vegan²⁹-Label, verschiedene Länder

Bisher gibt es in Europa keine Verpflichtung, rein pflanzliche Produkte mit einem *Vegan-Label* zu kennzeichnen. In vielen Ländern sind inzwischen Label etabliert, die vegane oder vegetarische Produkte kennzeichnen. Am bekanntesten im europäischen Raum ist das *V-Label*, das zuerst von *SwissVeg* genutzt und nun von der *Europäischen Vegetarier Union* unterstützt wird. Es ist international geschützt und wird von Interessenverbänden bzw. lokalen Ansprechpartner*innen im jeweiligen Land vergeben (vgl. V-label, o. J.).

Weitere Vegan-Label werden von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen oder Produzent*innen entwickelt, z. B. von der *Veganen Gesellschaft Deutschland*, *The Vegan Society* im Vereinigten Königreich, *VEGANOK Association* in Italien und *Viva!* in Polen (vgl. vegan-labels, o. J.). Für Produkte aus biovegane Landwirtschaft wurde das Label *Stockfree Organic* im Vereinigten Königreich geschaffen (vgl. Stockfree Organic, o. J.). In Deutschland wurde das Label *Biocyclic Vegan Agriculture* entwickelt, das europaweit Anwendung findet (vgl. *biocyclic-vegan*, o. J.).

²⁹ Während der Begriff „Vegan“ eindeutig von Akteur*innen (Produktion und Konsument*innen) zu verstehen und bekannt ist, ergab eine Analyse von Studien, dass die Bezeichnung „pflanzenbasiert“ von einigen Verbrauchergruppen präferiert wird, da „vegan“ teils negativ konnotiert ist. Gleichzeitig wird „pflanzenbasiert“ unterschiedlich verstanden, da nicht definiert ist, ob ein Produkt Inhaltsstoffe tierischen Ursprungs enthält (The Vegan Society, 2022: 8 ff.).

3.2.3.2 Apps und digitale Anwendungen

Apps und weitere digitale Anwendungen können eine nützliche Unterstützung bei Kaufentscheidungen von Konsument*innen sein. Sie können detaillierte Informationen über Produkte einschließlich Inhaltsstoffe, Nährwertangaben, Herkunft und Nachhaltigkeitsaspekte, beispielsweise ethische Herstellungsverfahren und Klima- und Umweltbelastungen, bieten. Sie ermöglichen den Konsument*innen, fundierte Entscheidungen zu treffen, die ihren Nachhaltigkeitswerten entsprechen und ihre Bedürfnisse und Präferenzen berücksichtigen.

Die Recherche hat zum Stand Juni 2023 keine Apps zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung ergeben, die von staatlichen Institutionen in Europa entwickelt wurden. Allerdings werden staatlich entwickelte Apps für die Informationsbereitstellung zu einer gesunden Ernährung angeboten, wie zum Beispiel im Vereinigten Königreich (siehe Box 15). Dagegen gibt es eine Vielzahl von Apps aus der Zivil- und Privatwirtschaft, die die pflanzenbasierte Ernährung fördern³⁰.

Box 15

Change4life App, Vereinigtes Königreich

Vom Nationalen Gesundheitsdienst wurde eine App für einen gesunden Lebensstil, insbesondere für Familien entwickelt. Neben Tipps für Aktivitäten für Kinder und Erwachsene finden sich viele ausgewogene Rezepte für das Abendessen, Snacks oder die Lunchbox von Kindern, darunter viele vegane und vegetarische Rezepte (vgl. National Health Service, 2021).

Eine zweiwöchige Studie mit italienischen Studierenden aus dem Jahr 2017 zeigte, dass eine tägliche Kurznachricht per SMS mit der Aufforderung, den eigenen Fleischverzehr zu überwachen und auf die empfohlene Maximalmenge zu achten, dazu führt, dass sich der Konsum von Fleisch und Fleischprodukten reduziert. Dies weist darauf hin, dass bereits kleine tägliche Textbotschaften über das Smartphone eine wirksame Strategie sein können, um Menschen zu ermutigen, den Verzehr von verarbeitetem Fleisch zu reduzieren (vgl. Carfora, 2017).

„Wenn-dann Pläne“ sind eine vielversprechende Strategie, die zur langfristigen Veränderung von Gewohnheiten beitragen kann, indem sie bei der Überbrückung von Intention-Behavior Gaps (der Kluft zwischen Motivation zur Verhaltensänderung und tatsächlichem Verhalten) ansetzen (vgl. Sheeran, 2002). Sie sind an Menschen gerichtet, die bereits die Absicht haben, ihren Fleischkonsum zu reduzieren und sollen ihnen dabei helfen, neue Gewohnheiten zu etablieren. Durch die „Wenn-dann“-Pläne werden potenzielle Hindernisse im Vorhinein berücksichtigt, indem vorab festgelegt wird, wo, wann und wie die beabsichtigte Veränderung umgesetzt werden soll³¹. In ihrer Studie aus dem Jahr 2016 stellten Loy et al. (2016: 5 f.) fest, dass dieser Ansatz erfolgreich dazu beiträgt, den Fleischkonsum bei Menschen zu reduzieren. Sie können sowohl in Form von papierbasierten und digitalen Ernährungstagebüchern als auch in Form von Apps und weiteren digitalen Anwendungen eingesetzt werden.

3.2.4 Werbeeinschränkungen und -verbote

Die Instrumente der Werbeeinschränkungen und -verbote knüpfen an die vorige Instrumentenkategorie der Markttransparenz an, gehen aber einen Schritt weiter. Hierbei wird

³⁰ Eine Liste mit Apps, die über den veganen oder vegetarischen Lebensstil informieren bzw. diesen unterstützen, findet sich zum Beispiel auf den Websites <https://cleangreensimple.com/article/best-vegan-apps/> oder <https://www.veggly.net/top-9-free-vegan-apps-plant-based-lifestyle/>.

³¹ „Wenn ich eine Situation X erlebe, werde ich das Verhalten Y ausführen“ (Loy, 2016: 2).

zwischen zwei Unterkategorien unterschieden. Zum einen geht es um das räumliche oder zeitliche Verbot von Werbung tierischer Produkte. Zum anderen geht es um die Einschränkung unlauterer Werbung, welche dem/der Kund*in nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben macht, ohne dass diese wissenschaftlich belegt wurden.

Die Lebensmittelwerbung hat einen nachgewiesenen hohen Einfluss auf das Konsum- und Essverhalten, insbesondere bei Kindern (vgl. Norman et al. 2018: 5 ff.; Halford et al. 2008: 900 ff.; Halford et al. 2004). Würde diese Werbung den Empfehlungen für eine gesunde, pflanzenbetonte Ernährung entsprechen, so wäre dies insbesondere für Mensch und Klima nicht problematisch. Bei genauerem Blick ist jedoch zu erkennen, dass der Großteil des Marketingbudgets in die Werbung für ungesunde Lebensmittel fließt: Im Jahr 2017 wurden in Deutschland 870 Millionen Euro für Werbung von Süßwaren investiert, während nur 17 Millionen Euro für die Werbung von Obst und Gemüse aufgewendet wurden. Die Werbung für Fleisch- und Fischwaren erhielt im selben Jahr einen Betrag von 81,9 Millionen Euro (vgl. Philipsborn et al., 2020; Wunder & Jägle: 2022: 52; Statista 2020). Generell gehören Unternehmen der Süßwaren-, Softdrink- und Fast-Food-Industrie zu den werbestärksten Branchen der Wirtschaft (vgl. Spiller et al., 2017a: 151). Die Folge davon sind ungesunde Ernährungsweisen und ernährungsmitbedingte Krankheiten in der Bevölkerung (vgl. Norman et al. 2018: 5 ff.). Hier sind staatliche Eingriffe nötig, um das gesundheitsschädliche, gewinnorientierte Marktverhalten von privatwirtschaftlichen Akteur*innen zu regulieren.

Menschen zeigen mehr Akzeptanz für staatliche regulative Eingriffe, wenn es um den Schutz bestimmter Personengruppen geht, zum Beispiel Kinder (vgl. Spiller et al. 2017c: 269). Da Kinder visuelle Bilder intensiver wahrnehmen und die Folgen ihrer Ernährungsweise weniger gut einordnen können, sind sie hier besonders schutzbedürftig. Die Werbung über den Fernseher hat hier eine große Bedeutung (vgl. Halford et al. 2008). Zunehmend spielt auch die Werbung über das Internet oder soziale Medien eine Rolle, welche in Kombination mit dem Fernseher diese Effekte noch einmal verstärken (vgl. Norman et al. 2018: 7).

Diese großen ungünstigen Effekte des Marketings ungesunder Lebensmittel wirken den Bestrebungen durch Eltern, Erzieher*innen, Lehrer*innen entgegen und machen sie teilweise zunichte. Zudem beeinflussen sie insbesondere prekäre soziale Gruppen, welche häufig einen geringen Zugang zu anderen staatlichen Instrumenten, z. B. die Ernährungsinformation und Ernährungsbildung, haben. Die Regulierung des Marketingmarkts stellt einen großen Hebel für den Schutz von Kindern, der Gesamtbevölkerung und des Klimas dar.

3.2.4.1 Verbot von Werbung gesundheits- oder umweltschädlicher Produkte

Die privatwirtschaftliche Lebensmittel- und Gastronomiebranche kann ihren Einfluss auch nachhaltig ausrichten, beispielsweise durch Selbstverpflichtungen für mehr Werbung für pflanzliche und weniger Werbung für ungesunde Produkte. Ein Beispiel hierfür ist der EU-Pledge. Das ist eine freiwillige Initiative, die von großen Lebensmittel- und Getränkeherstellern in Europa 2012 ins Leben gerufen wurde, um Fettleibigkeit bei Kindern zu bekämpfen und verantwortungsvolle Marketingpraktiken zu fördern. Die teilnehmenden Unternehmen verpflichten sich, keine Werbung für ungesunde Lebensmittel und Getränke an Kinder unter 12 Jahren zu richten (vgl. Philipsborn et al., 2020: 18). Dazu zählt Werbung in Rundfunkmedien, im Internet, in sozialen Medien, in sonstigen Medien und an Versammlungsorten von Kindern und Jugendlichen.

Staatliche Institutionen auf regionaler und lokaler Ebene (wie z.B. Landesregierungen) sollten hier ihrer Fürsorgepflicht u. a. mit Präventionsmaßnahmen nachkommen. Eine Möglichkeit ist es, Werbeeinschränkungen oder Werbeverbote für klimaschädliche Produkte auszusprechen, wie in dem Beispiel aus Haarlem in den Niederlanden.

Werbeverbot für Fleisch, Haarlem, Niederlande

In der Stadt Haarlem, Niederlande, soll zukünftig keine Werbung mehr für klimaschädliche Produkte im öffentlichen Raum zu sehen sein. Der Antrag für das Verbot wurde von der *GroenLinks* Partei 2022 eingereicht. Das Werbeverbot, das 2024 in Kraft treten soll, bezieht sich auf Autos mit Verbrennungsmotoren und Urlaubsflüge, aber auch auf Fleisch aus Massentierhaltung, da diese mit hohen Treibhausgasemissionen verbunden sind. Argumentiert wurde damit, dass die Stadt nicht einerseits auf die Klimakrise hinweisen kann, dann aber Geld mit Werbung verdient, die zu klimaschädlichem Verhalten verleitet (vgl. *GroenLinks Haarlem, 2022; Hanneke, 2022*).

Eine rechtswissenschaftliche Bewertung ergibt, dass auch ein Werbeverbot beschränkt auf Billigfleisch europarechtlich zulässig ist (vgl. Fischer et al., 2021: 157).³² Um bei der Umsetzung des Werbeverbots „Billigfleisch“ abgrenzen zu können, bräuchte es die administrative Festsetzung staatlicher Tierhaltungsetiketten und die entsprechende Kennzeichnungspflicht auf Fleischprodukten (vgl. ebd.: 159). Somit könnte es mehr Transparenz und Qualitätssicherung geben und Lockvogelangebote (Ware, die zu Preisen unter dem Einstandspreis angeboten wird, um Kund*innen in den Laden zu locken und in anderen Preissegmenten mehr Gewinne zu erreichen) unterbunden werden (vgl. ebd.: 160). Laut Gawel (vgl. 2021: 18) wäre jedoch zu erwarten, dass der Handel mit Maßnahmen der Verkaufsförderung, wie Aktionspreisen oder Verweisen auf weitere attraktive Angebote, reagiert, um ein Werbeverbot (für Billigfleisch) auszugleichen. Zudem würde ein Werbeverbot nichts am Verkaufspreis ändern. Letzterer ist jedoch das ökonomisch stärkste Signal an die Konsument*innen. Daher werden von Gawel die Chancen, dass Konsument*innen zu höherwertigen Fleischwaren aufgrund eines Werbeverbots für Billigfleisch greifen, zurückhaltend eingeschätzt. Gleichzeitig bietet es aber einen Symbolwert (vgl. Gawel, 2021: 18, 60).

Es sind andere Verbote oder Pläne in Europa bekannt, bei denen Werbung für ungesunde Lebensmittel an Kinder verboten ist, wie u. a. in Portugal, Norwegen, Schweden und Deutschland (vgl. Spiller et al., 2017a: 152). Da die Auswirkungen des Marketings auf die Lebensmittelpräferenzen und die Ernährung nachgewiesen sind, sollten solche Verbote möglichst viele Medien einschließen, um effektiv zu sein (vgl. Mozaffarian et al., 2018: 4). Dies kann Fernseh-, Internet-, Print- und Außenwerbung, Werbung am Verkaufsort, Direktmarketing, Verpackungswerbung sowie Werbung in Kindergärten, Schulen, Spielplätzen und anderen von Kindern besuchten Sport- und Freizeiteinrichtungen einschließen (vgl. Philipsborn et al., 2021: 14).

3.2.4.2 Einschränkung unlauterer Werbung / Transparenz bei Produktangaben in der Werbung

Die Einschränkung unlauterer Werbung dient dem Verbraucherschutz und hat zum Ziel, dass Konsument*innen korrekte und verlässliche Informationen erhalten, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Irreführende, ungenaue oder unethische Werbepraktiken sollen eingeschränkt oder verhindert werden.

³² Vereinfacht gesagt, wird „Billigfleisch“ hier als Fleisch und Fleischprodukte definiert, welche unter dem Einstandswert zuzüglich eines angemessenen Gewinns veräußert werden und bei dem nicht mindestens eine bestimmte Haltungsform eingehalten wurde (vgl. Fischer et al., 2021: 155 f.).

Um unlautere Werbung einzuschränken, stehen verschiedene rechtliche und regulatorische Maßnahmen zur Verfügung. Diese umfassen die Durchsetzung von Gesetzen und Vorschriften durch Regierungen und Behörden, die Entwicklung von Verhaltenskodizes und Richtlinien für Werbetreibende sowie die Überwachung und Bestrafung von Verstößen gegen die geltenden Werbebestimmungen.

Auf EU-Ebene zielt die EU-Health-Claims-Verordnung (Verordnung [EU] Nr. 1169/2011) seit 2006 darauf ab, Konsument*innen vor irreführender Werbung zu schützen und sicherzustellen, dass die angegebenen gesundheitsbezogenen Vorteile von Lebensmitteln auf fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren (vgl. Kenning et al., 2021: 220 f.).

Die EU-Health-Claims-Verordnung kann der pflanzenbasierten Ernährung auf verschiedene Weisen zugutekommen. Zunächst kann so die Wahrscheinlichkeit verringert werden, dass auf tierischen Produkten gesundheitliche Vorteile angegeben werden, ohne dass diese dem aktuellen wissenschaftlichen Stand entsprechen. Schließlich kann durch die Verordnung das Vertrauen der Konsument*innen in die gesundheitsbezogenen Produktangaben gestärkt werden und so können auch gesundheitsfördernde Konsumententscheidungen getroffen werden, die auch pflanzenbasierte Produkte einschließen. Durch die Verordnung können ebenso Anreize für Unternehmen geschaffen werden, Forschung und Entwicklung zu betreiben, um pflanzenbasierte Optionen zu entwickeln und zu vertreiben, die nachweislich gesundheitlichen Vorteile erbringen.

Durch die Einführung der Health-Claims-Verordnung durften viele vorher genutzte Claims nicht mehr verwendet werden (vgl. Spiller et al., 2017a: 152). Eine Evaluierung der Verordnung kam zu dem Schluss, dass nicht alle Ziele erreicht wurden (vgl. European Commission, 2020d; de Boer, 2021: 10).

Bei der Informationswahrnehmung und Produktbeurteilung von Konsument*innen von beispielsweise Nachhaltigkeitseigenschaften spielen auch bildliche Darstellungen (z. B. Kühe auf der Weide bei Milchprodukten) eine Rolle (vgl. Underwood & Klein, 2002: 58). Diese sind bislang noch wenig untersucht (vgl. Spiller et al. 2017a: 152 f.).

Generell können darüber hinaus freiwillige Selbstverpflichtungen der Lebensmittel- und Gastronomiebranche, auf irreführende Werbung zu verzichten, unterstützend wirken (wie in den Beispielen EU Pledge und Verhaltensregeln des deutschen Werberats ZAW). Jedoch attestiert ihnen u. a. der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) „unzureichende Effektivität freiwilliger Selbstkontrollen beim kinderbezogenen Marketing“ (WBAE, 2020: 552). Laut einer Studie über die Wirkung von verschiedenen Formen der Werbebeschränkungen von Junkfood über den Zeitraum von 2002 bis 2006, zeigte sich in Ländern mit verpflichtenden Werbebeschränkungen ein Konsumrückgang von 8,9%, während in Ländern, wo Beschränkungen nur in Form von Selbstverpflichtungen auftraten, im gleichen Zeitraum einen Zuwachs von 1,7% (vgl. Kovic et al., 2018: 24; WBAE, 2020: 548).

3.3 Entscheidungslenkung

Nach Instrumenten der Datenerhebung und Monitoring sowie der Entscheidungsunterstützung werden nun Instrumente vorgestellt, die der Entscheidungslenkung zuzuordnen sind. Verglichen mit den vorigen Instrumentenkategorien greifen diese Instrumente grundsätzlich stärker in die Konsumwahl der Bevölkerung oder auch Möglichkeiten von landwirtschaftlichen Erzeuger*innen und Unternehmen ein. Es könnte aufgrund der Lenkung der individuellen Entscheidungen eine geringere Akzeptanz seitens der Bevölkerung auftreten. Die Effekte, die erzielt werden können, sind dafür höher (vgl. Diepeveen et al., 2013).

Es sollen nun nicht mehr nur Informationen und Unterstützungsangebote bereitgestellt werden, sondern aufgrund von Nudging und finanziellen Anreizen die Konsumwahl und das Handeln konkret hin zu gesünderen und nachhaltigeren Konsum- und betriebswirtschaftlichen Entscheidungen „gelenkt“ werden.

3.3.1 Nudging

Nudging bedeutet so viel wie „anstupsen“. Im Bereich Ernährung und Verpflegung sind darunter verschiedene Maßnahmen zu verstehen, die die Menschen sanft zu einem gewünschten Verhalten in Bezug auf ihre Ernährung bewegen, ohne die Entscheidungsfreiheit einzuschränken. Dabei handelt es sich nicht um Verbote von weniger nachhaltigen Optionen und es werden auch keine ökonomischen Anreize verwendet (vgl. Graaf et al., 2021: 221). In Entscheidungssituationen, in denen der Mensch häufig nicht-rational handelt, da er automatisierten Denkprozessen unterliegt, wird das Umfeld bewusst so gestaltet, dass die nachhaltigere und gesündere Option die attraktivere ist (vgl. Hansen et al., (2021: 392 f.). Nudges sind als subtile Entscheidungshilfen zu verstehen, die nur teilweise bewusst von den Menschen wahrgenommen werden³³ (vgl. Kompetenzzentrum für Ernährung, o. J.). Einfach ausgedrückt sollen sie dem Ziel „Make the healthiest choice the easiest choice“ dienen und den Menschen in seinen Entscheidungen unterstützen.

Nudging als politische Maßnahme für gesündere Verhaltensweisen wird kritisiert, Menschen in ihrem Verhalten gezielt zu manipulieren. Gleichzeitig sind Menschen im Alltag auch ohne gezielte bzw. intendierte Nudges vielen Reizen und Einflüssen ausgeliefert (vgl. Nys et al., 2017: 207). Für das Nudging als politische Maßnahme für gesündere Verhaltensweisen spricht wiederum, dass diese Nudges die Wahl unterstützen, Dinge zu tun, die für den Menschen selbst und die Gesellschaft von Interesse sind, wie eine bessere (öffentliche) Gesundheit (vgl. ebd., 200 ff.).

Da die klassischen Instrumente wie Verbraucherinformation und -bildung im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte aufgrund einer reizüberfluteten Informationsgesellschaft an ihre Grenzen gekommen sind (vgl. Boos et al., 2019: 253 f.), spielt Nudging eine wichtige Rolle bei der Ergänzung weicherer und härterer Maßnahmen, indem es die Effekte steigern kann (vgl. ebd.: 254).

Im Folgenden werden typische Beispiele für Nudges aufgezählt (vgl. Spiller et al., 2017c: 271 f.; Wunder & Jäggle, 2022: 51; Graaf et al. 2021: 221; Vinnari & Vinnari, 2014: 389).

Im Bereich Gemeinschaftsverpflegung:

- Vergrößerung der Auswahl an pflanzlichen Speisen,
- pflanzliche Speisen als Standardoption,
- Wahrnehmungslenkung auf pflanzliche Speisen,
- kleinerer Anteil an Fleisch und größerer Anteil an Gemüse,
- ansprechende Namensgebung für vegetarische Speisen,
- Vermittlung von Ernährungsbildung (z. B. Darstellung von Informationen zu vegetarischer Ernährung auf der Speisekarte),
- Platzierung einer fleischlosen Alternative zuoberst auf der Speisekarte oder an prominenter Stelle auf dem Buffet

³³ Die Theorie zu Nudging wurde 2008 von Thaler und Sunstein in ihrem Buch „Nudge: Improving Decisions About Health, Wealth, and Happiness“ (deutsch: „Nudge. Wie man kluge Entscheidungen anstößt“) erläutert (vgl. Thaler & Sunstein, 2008).

Im Bereich Supermarkt:

- Platzierung einer fleischlosen Alternative (z. B. neben Wurst im Supermarkt; auf Blick-/Griffhöhe) oder prominente Platzierung von Obst und Gemüse im Supermarkt
- Vergrößerung der Auswahl an pflanzlichen Produkten durch Sortimentserweiterung
- Wahrnehmungslenkung auf pflanzliche Produkte
- pflanzliche bzw. gesunde Produkte im Kassenbereich
- Einkaufswageneinleger

Dabei sind die Orte für Nudges nicht begrenzt. Es können auch Metzgereien, Bäckereien, Restaurants, Cafés etc. Nudging-Maßnahmen einführen.

Eine systematische Auswertung von Studien, die die Wirksamkeit von Veränderungen der Mikroumgebung untersuchten, um die Nachfrage nach Fleisch zu reduzieren, fand, dass kleinere Fleischportionen und die Bereitstellung von Fleischalternativen mit unterstützendem Aufklärungsmaterial effektive Interventionen waren (vgl. Bianchi et al., 2018: 387 ff.). Eine Positionierung der fleischhaltigen Gerichte nach den vegetarischen Speisen auf Speisekarten oder auf Online-Buchungssystemen führte zu einer verringerten Fleischnachfrage (vgl. ebd.). Es wurden Hinweise gefunden, dass das Hervorheben des mit der Fleischproduktion verbundenen Tierleids, etwa durch Zeigen eines Bildes von einem Schweinebraten samt Schweinekopf, im Studiensetting zu einer größeren Nachfrage nach pflanzlichen Alternativen führte (vgl. ebd.). Werden ansprechende vegetarische Elemente auf der Speisekarte gezeigt, führt dies ebenfalls zu einer geringeren Nachfrage nach Fleisch. Die Positionierung von Fleischprodukten bei einem Buffet im hinteren Bereich wurden mit einer Verringerung der Nachfrage in Verbindung gebracht (vgl. ebd.).

Die Gemeinschaftsverpflegung bietet sich ideal für Nudging-Maßnahmen an, da in Kantinen und Mensen von Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäusern, Hochschulen etc. regelmäßig viele Verzehrsituationen auftreten, bei denen Menschen durch einfache und effektive Nudges in einem gewünschten Verhalten unterstützt werden können (vgl. Freitag-Ziegler, 2019; Kenning et al. 2021: 222)³⁴. Nachfolgend sind einige Beispiele für Nudges in der Gemeinschaftsverpflegung aufgeführt, die aufgrund von Entscheidungen auf kommunaler Ebene umgesetzt oder im Rahmen von wissenschaftlichen Experimenten zum Thema Nudging durchgeführt wurden.

Box 17

Verschiedene Nudges, Vereinigtes Königreich

In einer Umfrage mit fast 90 Caterern im Jahr 2021, die über 5.000 Einrichtungen von Schulen, Universitäten und Gesundheitseinrichtungen beliefern, gaben 80 % an, die Fleischmenge zu reduzieren. Dies wurde durch kleinere Fleischportionen, weniger Fleischgerichte in der Menüauswahl und fleischfreie Tage erreicht. Gleichzeitig gaben über 83 % der Caterer an, dass sie die Menge an Hülsenfrüchten bis zu 20 % erhöht haben, und 60 % berichteten, mehr Fleischersatzprodukte zu nutzen. Über die Hälfte der Teilnehmenden haben zudem das Menü so umgestaltet, dass das fleischfreie Gericht prominenter platziert ist. Dem vorausgegangen war eine an Industrie und Unternehmen gerichtete Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne für eine Reduktion von Fleisch und Erhöhung von pflanzenbasierten Produkten (vgl. Eating Better, 2021: 2 ff.).

³⁴ In Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung können Gäste nicht aus einem beliebigen Pool an Mahlzeiten wählen, da es nur eine beschränkte Auswahl gibt. Daher ist es wichtig, überhaupt Auswahlmöglichkeiten anzubieten und diese so zu gestalten, dass Menschen sich für nachhaltige und gesunde Mahlzeiten entscheiden können.

Im Rahmen der *Green Challenge* an der Universität Cambridge hat der Catering-Service 2016 eine Reihe von Maßnahmen für mehr Nachhaltigkeit im Verpflegungsbereich eingeführt, darunter die Reduktion des Verbrauchs von Milchprodukten, den Verzicht auf Fleisch von Wiederkäuern, die Reduktion von anderen Fleischsorten und die Förderung des Verzehrs pflanzenbasierter Gerichte, sodass diese den Großteil des Angebots ausmachen (vgl. Badshah, 2023).

Erhöhung der Anzahl vegetarischer Gerichte im Menü, England

Eine Untersuchung von 2017 in drei englischen Cafeterien zeigte einen signifikanten Anstieg von verkauften vegetarischen Gerichten, wenn die Auswahlmöglichkeit verdoppelt wurde (von einem vegetarischen in vier Gerichten auf zwei vegetarische) (vgl. Garnett et al., 2019).

Informative Nudges, USA

Untersuchungen von Sparkman et al. 2017 und 2018 haben gezeigt, dass informative Botschaften an den Speisekarten zu vegetarischen Gerichten das Verhalten der Kantinengäste einer Universitätscafeteria hin zu weniger Fleisch ändern kann. In der Zeit, als die Botschaft („Our meatless burgers are on the rise“) an der Speisekarte zu sehen war, nahmen die Bestellungen vegetarischer Gerichte zu (vgl. Sparkman et al., 2020: 5).

Vegetarische Option als Standard, Schweden

Ein vierwöchiges Experiment in einem schwedischen Restaurant im Jahr 2016, bei dem auf der Speisekarte eine vegetarische statt einer fleischhaltigen Option als Standard-Mittagsgericht und die fleischhaltige Option nur auf Anfrage angeboten wurde, hatte eine deutlich größere Nachfrage nach dem vegetarischen Gericht zum Ergebnis (vgl. Gravert & Kurz, 2021: 9).

Vegetarische Option als Standard, Dänemark

Im Rahmen von drei Konferenzen zwischen 2017 und 2019 in Dänemark wurde untersucht, welche Wirkung die Standardoption (vegetarisch oder nicht-vegetarisch) eines Buffets hatte, wenn jeweils die andere Option aktiv gewählt werden musste. Es zeigte sich, dass der Großteil der Gäste sich für vegetarische Buffets entschied, wenn dies das Standard-Buffer war (vgl. Hansen et al., 2021: 395).

Pflanzliches Gericht als Standard, Nudging in der Gemeinschaftsverpflegung, Kopenhagen und Aalborg, Dänemark

Im Jahr 2022 wurde vom Stadtrat der Gemeinde Aalborg sowie der Bürgervertretung der Stadt Kopenhagen ein Vorschlag angenommen, der es Bürger*innen ermöglichen soll, in kommunalen Kantinen und Verpflegungseinrichtungen ein pflanzliches Gericht zu wählen. Damit diese Wahlmöglichkeit für die Kantinengäste umgesetzt werden kann, sollen Leitlinien für die Gemeinschaftsverpflegung erstellt werden (vgl. Overgaard, 2022; Københavns Kommune, 2022).

Ansprechende Bezeichnung pflanzenbasierter Gerichte, verschiedene Städte

Eine Untersuchung von verschiedenen Bezeichnungen pflanzenbasierter Gerichte in Cafeterias am Arbeitsplatz in Chicago, Sydney, Sao Paulo und Singapur ergab, dass ansprechende Namen die Nahrungsmenge der Gerichte (in englischsprachigen Ländern) erhöhte und dies eine kostengünstige und leicht skalierbare Strategie für die Gastronomie sei,

um den Verzehr pflanzenbasierter und nachhaltiger Gerichte zu erhöhen (vgl. Gavrieli et al., 2022: 8).

Ansprechende Bezeichnung pflanzenbasierter Gerichte, USA

In einer Universitätscafeteria wurden 2017 verschiedene Bezeichnungen für pflanzliche Gerichte untersucht. Genussvoll und aufregend bezeichnete Gemüsekomponenten („Sweet sizzlin’ green beans and crispy shallots“) wurden im Vergleich häufiger gewählt als jene mit normaler („Green beans“) oder gesundheitsbezogener Bezeichnung („Light ,n’ low-carb green beans and shallots“), obwohl die Komponenten auf gleiche Weise hergestellt wurden (vgl. Turnwald et al., 2017: 1217). Dies zeigt, dass kreative Bezeichnungen die Menge nachgefragter pflanzlicher Produkte erhöhen können.

Ansprechende Bezeichnung, Vereinigtes Königreich

In einer englischen Café-Kette wurden 2019 der Verzehr vegetarischer Gerichte mit genussvoller („Field-grown“, „Cumberland-spiced“), allgemeiner („Meat-free“) oder positiver Bezeichnung („Feel Good“) untersucht. Das Feldexperiment zeigte einen signifikant höheren Verkauf, wenn die Gerichte ansprechend – mit Hervorhebung des Geschmacks oder der Herkunft – in der Speisekarte bezeichnet wurden (vgl. Bacon et al. 2019:10 f.).

Neben der Gemeinschaftsverpflegung sind insbesondere Supermärkte ein geeigneter Ort für Nudging-Maßnahmen. Im Folgenden werden zwei Beispiele vorgestellt. Eins führt mit Inhalten der Ernährungsbildung und eins mit Positionierung von Fleischersatzprodukten zum gesetzten Ziel der Erhöhung des pflanzenbasierten Konsums.

Box 18

Fleisch durch Alternativen ersetzen, Informative Nudges, Oxford, Vereinigtes Königreich

Eine Untersuchung über vier Wochen in Oxford aus dem Jahr 2018 ergab einen deutlich reduzierten Fleischverzehr und eine positivere Einstellung gegenüber einer fleischärmeren Ernährung, nachdem die Teilnehmenden Informationen zu den Vorteilen eines geringeren Fleischkonsums, passende Rezepte und Fleischersatzprodukte aus dem Supermarkt erhielten (vgl. Bianchi et al., 2022: 1359 f.).

Positionierung von Fleischersatzprodukten, Vereinigtes Königreich

In einer Untersuchung in Supermärkten im Jahr 2019 wurde getestet, welchen Effekt die Verlagerung von Fleischersatzprodukten aus der Abteilung für Vegetarisches hin zur Fleischabteilung hatte. Der Verkauf von Fleischersatzprodukten stieg dabei um über 30 % an, verglichen mit Kontroll-Supermärkten, in denen die Fleischersatzprodukte in der vegetarischen Abteilung verblieben (vgl. Piernas et al., 2021: 10 f.).

Eine Absatzsteigerung pflanzlicher Ersatzprodukte wurde auch in einem anderen Experiment in Supermärkten erzielt, in denen Fleischersatzprodukte für einen Zeitraum besser sichtbar, verfügbar und erschwinglicher waren (vgl. Trewern et al., 2022: 3211 f.). Bei beiden Untersuchungen gab es keine Veränderungen bei Fleischverkäufen.

Auch auf kommunaler Ebene können Initiativen gemeinsam mit anderen Akteur*innen von der Lokalregierung ausgerichtet werden.

Verschiedene Nudges, Altena, Niederlande

Die Stadt Altena hat Anfang 2023 eine Initiative gestartet, die die Bewohner*innen dazu ermutigt, mehr pflanzenbasierte Proteine zu verzehren. Die Initiative „Plant-based together“ wird in Kooperation mit der *Green Protein Alliance* (GPA) und deren Mitgliedern, der Stadtverwaltung von Altena, der Provinz von Noord-Brabant und der Wageningen Universität durchgeführt. Ein Produzent von pflanzlichen Fleischersatzprodukten ist ebenfalls stark eingebunden. Neben Interventionen an Schulen gibt es in Supermärkten und Restaurants unter anderem Infotafeln und Geschmackstests von pflanzlichen Produkten. Bekannte Sportler*innen unterstützen die Initiative mit ihren Lieblingsrezepten. Die GPA hat mit dem Hashtag *zo kan het ook* („So kann es gemacht werden“) eine Website ins Leben gerufen, auf der viele pflanzliche Rezepte aufgeführt sind und die Informationen für eine pflanzenbasierte Ernährung bereitstellt. Die Stadt untersucht die Verkaufszahlen der Supermärkte, um zu messen, ob die Initiative einen längerfristigen Anreizeffekt hat (vgl. Vegconomist, 2023).

Verantwortungsvolles Nudging sollte transparent, kontextbezogen und respektvoll sein. Partizipative Ansätze, bei denen Nudging gemeinsam mit den Betroffenen entwickelt wird, sind oft effektiver und besser akzeptiert als Top-Down-Ansätze (vgl. Boos et al., 2019: 255).

3.3.2 Finanzielle Anreize

Finanzielle Anreize sind ein klassisches politisches Steuerungsinstrument, das zur „Lenkung“ von Entscheidungen und Verhalten von u. a. Konsument*innen und landwirtschaftlichen Betrieben, aber auch zur Beeinflussung ökonomischer Prozesse sowie zur Förderung von Forschung und Innovation genutzt werden kann. Positive finanzielle Anreize umfassen Subventionen, Bonusprogramme und Investitionen/Förderung, wohingegen negative finanzielle Anreize durch eine erhöhte Besteuerung gesetzt werden können.

Bezüglich der Lenkung von Konsumententscheidungen haben positive finanzielle Anreize das Ziel, den Konsum von bestimmten, in diesem Falle nachhaltigen, pflanzenbasierten Lebensmitteln, attraktiver zu machen (vgl. Spiller et al., 2017c: 271). Negative finanzielle Anreize wiederum sollen unerwünschte Lebensmittel verteuern und damit diese in ihrer Attraktivität verringern (vgl. ebd.).

Positive finanzielle Anreize werden in der Regel von der Bevölkerung besser angenommen als negative finanzielle Anreize (vgl. Spiller et al., 2017c: 271). Dies liegt an dem psychologischen Effekt der Verlustaversion (Menschen nehmen einen Verlust gravierender wahr als einen Gewinn des gleichen Betrags). Somit sind positive finanzielle Anreize als Instrument politisch besser machbar als negative finanzielle Anreize, sie kosten jedoch mehr (vgl. ebd.). Ökonomische Anreize können grundsätzlich ungleich auf verschiedene Bevölkerungsgruppen entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten wirken. Daher sollten diese Instrumente stets sozial gerecht abgedeckt werden.

Studien zeigen, dass finanzielle Anreize für die Lenkung der Nahrungsmittelwahl wirksam sind (vgl. Andreyeva et al., 2010: 218 ff.; Powell & Chaloupka, 2009: 249; Effertz & Adams, 2015: 5; Niebylski et al., 2015; Philipsborn, 2021: 3; Beerman et al., 2020: 58 ff.). Empfehlungen legen nahe, dass finanzielle Anreize von politischen Institutionen genutzt werden sollten, um die Preise von Lebensmitteln an ihre tatsächlichen gesellschaftlichen Kosten anzupassen und externe Umwelt- und Gesundheitskosten einzubeziehen (vgl. IPCC 2022; Umweltbundesamt, 2017; Philipsborn et al., 2021: 3; WBAE, 2020: 26; Graaf et al. 2021: 13; Wunder et al., 2022: 56).

3.3.2.1 Positive finanzielle Anreize

Zu den positiven finanziellen Anreizen gehören beispielsweise die Subventionierung des Konsums (und der Produktion) pflanzlicher Produkte, Bonusprogramme sowie die Investition und Förderung von Unternehmungen zur Erhöhung der pflanzenbasierten Ernährung.

3.3.2.1.1 Subventionen

Bei Subventionen handelt es sich um „finanzielle staatliche Zuschüsse, die nicht an eine direkte Gegenleistung gebunden sind“ (Buhr, 2021: 896). Sie werden an Staaten, Unternehmen oder private Haushalte gezahlt und können direkt in Form von Finanzhilfen oder indirekt in Form von Steuervergünstigungen gezahlt werden (vgl. ebd.).

Verschiedene Studien haben sich mit der Frage beschäftigt, welche Auswirkungen Subventionen im Bereich der pflanzlichen und tierischen Produkte haben und welche Maßnahmen ergriffen werden können, um eine nachhaltigere und gesündere Ernährung zu fördern (vgl. Waterlander et al., 2013; Säll, 2018; Niebylski et al., 2015). Eine wichtige Erkenntnis ist, dass Subventionen für gesunde Lebensmittel wie Obst und Gemüse positive Effekte haben können (vgl. Waterlander et al., 2013: 890; Thow et al., 2014: 554; Niebylski et al., 2015). Sie tragen dazu bei, den Konsum dieser Produkte zu steigern (vgl. Thow et al., 2014: 554) und somit die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hält Subventionen für frisches Obst und Gemüse, die die Preise um 10–30 % senken, für angemessen, um den Obst- und Gemüsekonsum wirksam zu steigern (vgl. World Health Organization, 2016: 9). Solche Subventionen können teuer für den Staat sein, werden dafür aber von der Bevölkerung besser akzeptiert als Steuererhöhungen (vgl. Spiller et al., 2017b: 206) und können sich durch die Verbesserung der Bevölkerungsgesundheit positiv auf die Kosten für das Gesundheitssystem auswirken: Beachtet man die psychologischen Reaktionen der Verbraucher*innen auf Subventionen im Vergleich zu Preisänderungen, wie einleitend beschrieben, so können steigende Preise Verbraucher*innen dazu verleiten, mit Reaktanz zu reagieren (vgl. Just & Hanks, 2015: 1387). Subventionierungen sind daher eher geeignet, ein verändertes Kaufverhalten herbeizuführen (vgl. Spiller et al., 2017b: 205).

Zuschüsse zur Schul- und Kitaverpflegung sind eine verbreitete Form der Subventionierung. Sie können finanzielle Benachteiligungen von Familien ausgleichen und den Zugang zu nachhaltiger und gesunder Ernährung fördern.

Box 20

EU-Schulprogramm

Mit dem Schulprogramm der Europäischen Union sollen Kinder und Jugendliche leichten Zugang zu gesunden Lebensmitteln wie Obst, Gemüse und Milch erhalten. Für Obst und Gemüse wird ein jährliches Budget von 150 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Zum Programm gehören auch pädagogische Begleitmaßnahmen wie Unterrichtseinheiten oder Bauernhofbesuche sowie die Auseinandersetzung mit den Themen Lebensmittelverschwendung, regionale Produktion oder ökologischer Landbau. Wie diese Maßnahmen umgesetzt werden, ist den teilnehmenden Ländern überlassen (vgl. Vertretung in Deutschland, Europäische Kommission, 2023).

Eine Studie hat ergeben, dass Kinder auch nach mehreren Jahren noch einen erhöhten Gemüse- und Obstverzehr aufweisen, dieser Trend aber langfristig stoppt. Um den Konsum langfristig aufrechtzuerhalten, sollten die Motivation und die Fähigkeiten mit regelmäßigen Angeboten, Obst und Gemüse zu verzehren, kombiniert werden. Da auch die Rahmenbedingungen, insbesondere Eltern, die Motivation und Fähigkeiten von Kindern beeinflussen, sollten diese Aspekte im EU-Programm berücksichtigt werden (vgl. Zolfaghari, 2022: iv, 110 f.). Eine weitere Studie zeigte, dass Schulprogramme der EU die Häufigkeit des

Obst- und Gemüsekonsums von Kindern um 30 bis 50 % steigern. Dies wird eher auf die bessere Verfügbarkeit, die Exposition und ein erhöhtes Bewusstsein zurückgeführt als auf tatsächliche Änderungen der Präferenzen bei der Auswahl von Snacks (vgl. Staudigel, 2019).

Auch die Subventionierung des Anbaus von Gemüse, Obst und Hülsenfrüchten ist ein Instrument zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung. Neben dem Aufbau von Subventionen für gesunde, pflanzliche Lebensmittel, gilt es Subventionen für tierische Produkte abzubauen. Davon sind nicht nur Subventionen im Konsumbereich, sondern auch jene im landwirtschaftlichen Produktionsbereich gemeint. Subventionen wie flächengebundene Direktzahlungen zur Förderung der Tierwirtschaft, insbesondere für die Erzeugung von Futtermitteln, oder indirekte Subventionen werden sowohl durch die GAP als auch durch nationale Agrarsubventionen in Europa gefördert. Der Abbau dieser umweltschädlichen Subventionen kann zu einer Verringerung staatlicher Ausgaben sowie zu einer Verringerung ökologischer und gesundheitlicher Probleme führen (vgl. Graaf et al., 2021: 13; Schrode, 2014: 25). Dadurch kann der Anspruch erfüllt werden, dass u. a. bei der Agrarförderung „öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ eingesetzt werden. Das bedeutet, es sollte diejenige Bewirtschaftung gefördert werden, die positive Umwelt- und Gesundheitsvorteile für die Bevölkerung verspricht. Dies könnte erreicht werden, indem die Agrarsubventionen an bestimmte ökologische Schwellenwerte geknüpft werden oder die Produktion von alternativem tierischem Eiweiß gefördert wird. Insbesondere sind Agrarsubventionen förderlich, die ökonomische Anreize für die Produktionsumstellung von tierischen Produkten hin zu pflanzlichen Lebensmitteln auf sozial gerechte Weise bieten. Die Umstellung kann zum Beispiel eine Reduktion sowohl des Nutztierbestands als auch eine Reduzierung des Exports von Fleisch- und Milchprodukten sowie von lebenden Tieren bedeuten. Dazu können Kompensationszahlungen, Umstellungsprämien sowie Karriere- und Umschulungsprogramme zählen (vgl. Graaf et al., 2021: 14). Es sollten auch Förderungshilfen für die Zeit nach der Umstellung bereitstehen, die denen zuvor aus der GAP erhaltenen Subventionen gleichkommen.

Box 21

Agrarsubventionen zur Umstellung der Produktion, Dänemark

Landwirt*innen, die pflanzliche Lebensmittel für den menschlichen Verzehr anbauen wollen, anstatt diese als Tierfutter zu verwenden, erhalten von der dänischen Regierung dafür einen Bonus. Dank einer neuen Initiative im Jahr 2021 werden hierfür 580 Millionen DKK über fünf Jahre aus der EU-Agrarförderung bereitgestellt (Repräsentation i Danmark, Europa-Kommissionen, 2021).

Unterstützung bei Umstellung der landwirtschaftlich genutzten Flächen, Belgien

Landwirt*innen, die ihre Flächennutzung auf eine ökologische oder natürliche Nutzung umstellen, erhalten eine Unterstützung von der belgischen Regierung. Die Kosten werden zur Hälfte übernommen. Wird die Fläche in ein Waldgebiet umgewidmet, werden zwei Drittel der Kosten übernommen. Dafür wurde 2022 ein Fonds mit jährlich 100 Mio. Euro von der flämischen Regierung eingerichtet. Die Mittel kommen aus einem Klimafonds (vgl. Steffens, 2022).

Unterstützung der Umstellung der Tierhaltung, Niederlande

Die niederländische Regierung hat 2020 angekündigt, Landwirt*innen finanziell zu unterstützen, ihre Betriebe nachhaltiger und innovativer auszurichten. Landwirt*innen nahe

an bestimmten Schutzgebieten erhalten finanzielle Mittel, um die intensive Tierhaltung auf eine extensive umzustellen. Tierhalter*innen, die die Produktion komplett einstellen, erhalten ebenfalls Geld. Im Jahr 2021 wurde im Koalitionsvertrag das Programm *Ländlicher Raum* vorgestellt, das darauf abzielt, den Viehbestand im Land sehr stark zu reduzieren. Bis 2035 werden 25 Mrd. Euro bereitgestellt. Damit soll der Tierbestand um ein Drittel reduziert und insbesondere die Stickstoffbelastung verringert werden (vgl. Ministerie van Algemene Zaken, 2020; Tweedekamer, 2021:11).

3.3.2.1.2 Bonusprogramme

Beispiele für Bonusprogramme sind einkommensbasierte oder anders bedingte Lebensmittelgutscheine oder Bargeldtransfers, Schulmahlzeiten und Ergänzungsprogramme (vgl. Mozaffarian et al., 2018: 3). Bonusprogramme werden unter anderem im Rahmen von staatlichen Ernährungshilfeprogrammen eingesetzt. Diese Programme zielen darauf ab, die Kaufkraft und den Zugang von einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen zu verbessern und so Ungleichheiten entgegenzuwirken. Dadurch können Disparitäten bekämpft werden. Zudem nutzen sie bestehende Systeme zur Verbesserung der Ernährung und bringen Armutsbekämpfung mit Gesundheitsförderung und Gesundheitspolitik in Einklang (vgl. ebd.: 3). Es gibt jedoch auch Einschränkungen bei diesen Bonusprogrammen. Oftmals existieren nur begrenzte Richtlinien oder Standards in Bezug auf die Qualität der Ernährung und Gesundheit. Staatliche Institutionen betrachten sie möglicherweise als kostspielige Sozialprogramme, ohne dass kurz- und langfristige gesundheitliche Vorteile, Gesundheitskosten und Produktivität abgeschätzt werden.

Mozaffarian et al. (2018: 3) empfehlen, dass alle Regierungsprogramme zur Lebensmittelhilfe Mechanismen, Standards und Anreize für gesunde, nahrhafte und kulturell angemessene Auswahlmöglichkeiten haben sollten. Durch diese Maßnahmen könnte die Qualität der Ernährung verbessert und die Gesundheit der Bevölkerung gefördert werden.

Eine Studie mit Proband*innen aus Spanien weist darauf hin, dass Lebensmittelgutscheine für gesunde Lebensmittel allein nicht zwangsläufig zu einer gesünderen Ernährung führen, und schlagen die Kombination mit mittelfristig angelegter Ernährungsbildung vor (vgl. Miguel-Berges et al., 2022: 13). Eine Studie in Frankreich konnte zeigen, dass eine unzureichende Ernährung durch Gutscheine für Obst und Gemüse für Familien in benachteiligten Bezirken signifikant verbessert werden konnte (vgl. Buscail et al., 2019: 6).

Box 22

Unterstützungsprogramm für gesunde Lebensmittel, Vereinigtes Königreich

Mit dem *Healthy Start Programme* des Nationalen Gesundheitsdienstes können Personen, die ein geringeres Einkommen haben, Familien mit Kindern unter vier Jahren sowie Schwangere dabei unterstützt werden, sich gesund zu ernähren. Personen erhalten eine Guthabekarte mit der u. a. Früchte, Gemüse, Hülsenfrüchte und Milch gekauft werden können. Das Guthaben wird alle vier Wochen auf die Karte übertragen (vgl. Healthy Start, 2023).

Unterstützungsprogramm für Obst und Gemüse, London, Vereinigtes Königreich

Die britische Regierung führte 2022 ein 3-jähriges Pilotprojekt im Rahmen des *Community Eatwell*-Programms ein, bei dem Ärzt*innen Gutscheine für Obst und Gemüse sowie Kochkurse und Ernährungsbildung für Menschen mit geringem Einkommen verschreiben können. Das Projekt wird in zwei Londoner Stadtteilen mit hohen Raten an chronischen Krankheiten in Kooperation mit zwei Charity-Organisationen durchgeführt. Den Teilnehmenden werden Gutscheine zwischen 6 bis 8 Pfund pro Woche verschrieben, welche

sie in Supermärkten einlösen können. Die Maßnahme wurde im Rahmen der Ernährungsstrategie auf Empfehlung von Henry Dimbleby eingeführt. Sie hat in anderen Ländern bereits gute Effekte gezeigt (vgl. HM Government, 2022: 205; Jarrett, 2022).

Darüber hinaus gibt es noch zahlreiche Programme dieser Art weltweit, die Obst und Gemüse subventionieren, damit u. a. Menschen mit ernährungsmitbedingten Krankheiten oder Menschen in entlegenen Gebieten Zugang zu gesunder Ernährung haben (vgl. Galloway, 2017; Galloway, 2014; DC Greens, o. J.).

3.3.2.1.3 Investitionen/Förderung

Investitionen und Förderungen können entscheidend sein, um den Konsum von nachhaltigen Alternativprodukten zu beeinflussen.

Eine Analyse der maßgeblichen Faktoren hat gezeigt, dass die Einführung innovativer Alternativprodukte stark mit einer Reduzierung tierischer Produkte korreliert.

Durch staatliche Politik, die die Forschung und Verbreitung von Alternativprodukten unterstützt, können zudem technische Innovationen gefördert werden, um die Wahrscheinlichkeit einer Veränderung des Konsumverhaltens signifikant zu erhöhen (vgl. Jantke et al., 2016: 295).

Box 23

(EU-) Förderung von zellkultiviertem Fleisch, Spanien

Im Jahr 2020 wurde erstmals ein Forschungsprojekt zu Fleisch, das im Labor aus Zellkulturen (In-Vitro-Fleisch, engl.: cultured meat) gezüchtet wird, von der EU gefördert. Im Rahmen des *Horizon-2020*-Programms für Forschung und Innovation erhielt das spanische Unternehmen *BioTech Foods* eine Förderung von 2,7 Mio. Euro (vgl. Cordis, Europäische Kommission, o. J.).

Förderung von Innovationen, Niederlande

Die Produktion von zellkultiviertem Fleisch wurde 2022 durch staatliche Forschungsunterstützung vorangetrieben. Insgesamt 60 Mio. Euro stellte die niederländische Regierung aus Mitteln des Nationalen Wachstumsfonds für diesen Sektor bereit. Die Investition wird zur Förderung von Innovationen, Personalweiterbildung sowie zur Aufklärung eingesetzt. Zusammen mit Universitätsprofessor*innen, NGOs, Start-ups und weiteren Akteur*innen aus der Branche wurde das Konsortium *Cellular Agriculture Netherlands* geschaffen, das den Finanzierungsvorschlag einreichte (vgl. Cellulaireagricultuur, 2022).

Förderung von Innovationen, Vereinigtes Königreich

Roslin Technologies, ein schottisches Biotechnologie-Unternehmen, hat 2021 einen Investitionsbetrag über 1 Mio. Pfund aus dem Programm „Transforming Food Production“ und dem British Innovation Fund erhalten. Damit soll die Entwicklung und Kommerzialisierung von Stammzelllinien unterstützt und anderen Lebensmittelunternehmen bei der Produktion von zellkultiviertem Fleisch geholfen werden. Mit dem Programm sollen die Emissionen der Lebensmittelproduktion bis 2040 bis netto null gesenkt werden, indem die Produktion nachhaltiger und effizienter gestaltet wird (vgl. UK Research and Innovation, 2023; Glover, 2021).

Förderung von Innovationen, Schweden

Vinnova, eine Regierungsbehörde des Ministeriums für Klima und Wirtschaft, investierte 2021 in Innovationen und neue Lösungen, die die Wettbewerbsfähigkeit des schwedischen Lebensmittelsektors und die Fähigkeit zur nachhaltigen Ressourcennutzung steigern sollen. Insgesamt 17 lokale und innovative Projekte werden von *Vinnova* gefördert, die sich auf pflanzliche Rohstoffe, insbesondere verschiedene Hülsenfrüchte, wie Ackerbohnen, Getreide, Hanf, Algen und Pilze, fokussieren (vgl. *Vinnova*, 2021; *Vinnova* 2023).

Für einige tierische Produkte wie Milch, Joghurt, Frischkäse, Sahne, Butter, Würstchen oder Hackfleisch gibt es bereits etablierte Alternativen aus verarbeiteten pflanzlichen Eiweißprodukten. Alternativen für Ei oder Fisch sind bisher weniger verbreitet (vgl. Alcorta et al., 2021: 2). Es besteht dennoch ein großes Potenzial, die Innovation nachhaltiger Lebensmittelprodukte voranzutreiben, um zum Beispiel sensorische Eigenschaften oder den Nährwert der Alternativprodukte zu optimieren (vgl. ebd.: 8).

Die Politik kann gezielte Forschungsanstrengungen in diesem Bereich unterstützen, beispielsweise durch Förderprogramme und finanzielle Ressourcen. Wie oben beschrieben, liegt derzeit das Forschungsprogramm *Horizon Europe* vor, welches die Erforschung von Ersatzprodukten und zellkultiviertem Fleisch unterstützt.

Auch die Forschung zu und Entwicklung von Kriterien zur Messung der Nachhaltigkeits- und Umweltleistungen von landwirtschaftlicher Produktion kann hilfreich sein, um im Anschluss entsprechend dieser Bewertung Förderungen auszurichten.

Krzywonos et al. (2022: 15) betonen in ihrer Übersichtsstudie zu pflanzenbasierten Innovationen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Universitäten sowie eine Förderung dieser Zusammenarbeit.

Um Experimentieren zu ermöglichen und Innovationen zu fördern, kann es ebenfalls hilfreich sein, Nischenpionier*innen zu vernetzen und den Austausch zu fördern (vgl. Graaf et al., 2021: 11). Zudem sollten Nischenbewertungen durchgeführt werden, um ökologische, soziale und fiskalische Folgewirkungen zu erfassen und eine langfristige politische Unterstützung sicherzustellen (vgl. ebd.).

Abschließend soll noch erwähnt werden, dass auch die Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen wie z. B. Ernährungsräten oder Bildungsprojekten zu Innovationen sowie zu einem Bewusstseinswandel in der Bevölkerung beitragen kann (vgl. Graaf et al., 2021: 66).

3.3.2.2 Negative finanzielle Anreize

Negative finanzielle Anreize können durch erhöhte Mehrwertsteuer und weitere Abgaben gesetzt werden.

3.3.2.2.1 Mehrwertsteuer

Analog zur Subventionierung in Form von Steuervergünstigungen können höhere Steuern auf bestimmte Lebensmittel genutzt werden, um Konsument*innen dazu zu motivieren, sich gegen den Kauf dieser Produkte zu entscheiden (vgl. Spiller et al., 2017b: 221). Durch diese preispolitischen Maßnahmen, wie höhere Steuersätze für tierische und niedrigere Steuersätze für pflanzliche Lebensmittel, können Verbraucher*innen dazu bewegt werden, vermehrt pflanzliche Lebensmittel zu kaufen. Es können allerdings Reboundeffekte auftreten, wenn Konsument*innen zu weniger hochwertigen (und damit günstigeren) tierischen Produkten greifen. Daher wird geraten, dass der Preis für ökologisch erzeugtes Fleisch nicht mit Abgaben belastet werden soll (vgl. Gawel, 2021: 41).

Im Rahmen der 2020 veröffentlichten Farm-to-Fork-Strategie schreibt die EU Kommission von steuerlichen Anreizen, um Konsument*innen zu ermutigen, sich für eine nachhaltige Ernährung zu entscheiden. Mit Anpassung des Mehrwertsteuersystems kann es den Mitgliedstaaten zum

Beispiel ermöglicht werden, Obst und Gemüse aus ökologischer Landwirtschaft zu fördern. Zudem sollten die Lebensmittelpreise die tatsächlichen Kosten durch Nutzung endlicher Ressourcen oder Umweltbelastungen berücksichtigen (vgl. European Commission, 2020c). Die Kommission unterbreitete den Vorschlag, den Mehrwertsteuersatz für (ökologisch erzeugtes) Gemüse und Obst auf 0 % zu setzen. Im Oktober 2021 stimmte eine Mehrheit des EU-Parlaments dem Vorschlag der Kommission zu. Die Umsetzung der Mehrwertsteueranpassung obliegt den Mitgliedstaaten. Eine nationale Änderung des Mehrwertsteuersatzes kann, verglichen mit anderen negativen finanziellen Anreizen, vergleichsweise verwaltungsarm umgesetzt werden (vgl. Förster et al., 2021: 31)³⁵.

Es gibt wesentliche Unterschiede in Europa bei der Besteuerung von tierischen Lebensmittelprodukten im Vergleich zu pflanzlichen Lebensmittelprodukten. So wird in einigen europäischen Ländern tierischen Produkten ein reduzierter Steuersatz im Vergleich zu pflanzlichen Alternativprodukten zugewiesen, wie zum Beispiel bei der höheren Besteuerung von Pflanzendrinks im Vergleich zu Kuhmilch. Aufgrund der Gesundheitsleistung von Obst, Gemüse, Hülsenfrüchten, etc. sollten diese mit einem möglichst geringen Steuersatz (im besten Falle die Befreiung von der Mehrwertsteuer) und tierische Lebensmittelprodukte mit einem möglichst hohen Steuersatz besteuert werden (vgl. Umweltbundesamt, 2017; Philipsborn et al., 2021: 3; WBAE, 2020: 26; Wunder et al., 2022: 56). Einige Länder, wie beispielsweise Italien oder Deutschland, die einen reduzierten Steuersatz auf Fleisch und andere tierische Produkte vorweisen, sollten diesen auf den regulären Satz anheben und pflanzliche Lebensmittel durch Steuersenkungen vergünstigen (vgl. Umweltbundesamt, 2017; Philipsborn et al., 2021: 3; WBAE, 2020: 25). Würde der Steuersatz für Fleisch und andere tierische Produkte in Deutschland beispielsweise von 7 % auf 19 % angehoben werden, so gehen vorsichtige Schätzungen von einem Rückgang des Konsums tierischer Produkte von etwa 2 % bis 3 % aus, während andere Schätzungen einen Nachfrageeinbruch von rund 10 % prognostizieren (vgl. Korteland et al., 2023: 28). Wenn gleichzeitig andere Lebensmittel wie Obst, Gemüse und Getreideprodukte verbilligt würden, würde dieser Effekt noch stärker ausfallen (vgl. Umweltbundesamt, 2017; WBAE, 2020: 459, Förster et al., 2021: 35).

Box 24

Besteuerung von pflanzlichen Drinks und Kuhmilch, EU-Länder

Während Molkereiprodukte oft unter den reduzierten Mehrwertsteuersatz fallen und damit indirekt Subventionen erhalten, werden Kuhmilch-Alternativen wie Soja- oder Haferdrink in europäischen Ländern mit einem höheren Mehrwertsteuersatz besteuert. Das Land mit dem größten Unterschied der Mehrwertsteuersätze ist Italien mit 4 % für Kuhmilch und 22 % für pflanzliche Alternativen. Länder, in denen pflanzliche Drinks und Kuhmilch denselben Steuersatz haben, sind zum Beispiel Belgien mit 6 % (vgl. Global VAT Compliance, 2022), Dänemark mit 25 % (vgl. Avalara, o. J.), Finnland mit 14 % (vgl. Vero Skatt, 2020), Frankreich mit 5,5 % (vgl. VATupdate, 2021), Irland mit 0 % (vgl. Revenue, 2023), Niederlande mit 9 % und Portugal mit 0 % (vgl. Bruxo, 2023).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass in einkommens- und vermögensungleichen Gesellschaften finanziell benachteiligte Bevölkerungsgruppen ungleich stärker von preispolitischen

³⁵ Zu Bedenken ist jedoch, dass eine Regulierung, die auf den Inlandskonsum abzielt, sich nur auf den inländischen Verbrauch und die Importe auswirkt, nicht aber auf die Exporte. Dagegen betrifft eine Regulierung, die auf die inländische Produktion abzielt, sowohl den Inlandsverbrauch der inländischen Erzeugung als auch die Exporte, aber nicht die Importgüter. Daher ist ein Maßnahmenmix erforderlich, der sowohl die Produktion als auch den Konsum und den grenzüberschreitenden Warenverkehr berücksichtigt (vgl. Gawel, 2021: 10).

Maßnahmen betroffen sind. Während einkommensstarke Haushalte die teureren Produkte nach der Steuererhöhung weiterhin kaufen können, ist dies für einkommensschwache Haushalte ungleich schwieriger. Dies kann zu einer geringeren Akzeptanz dieser Maßnahmen führen. Daher werden Steuererhöhungen bisweilen unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit debattiert. Sie sollten daher durch geeignete sozialpolitische Maßnahmen flankiert werden (z.B. Nachhaltigkeitsprämien, Anhebung der staatlichen Transferzahlungen, Subjektförderung) (vgl. WBAE, 2020: 25 f.; 580). Staatliche Einnahmen durch Steuererhöhungen auf tierische Produkte können hierfür verwendet werden (vgl. IPCC 2022: 46). Die Nachhaltigkeitsprämie in Form von einer pauschalen Rückerstattung an einkommensschwache Bevölkerungsgruppen könnte die Akzeptanz der Steuererhöhung auf tierische Produkte erhöhen (vgl. WBAE, 2020: 580). Die gleichzeitige Steuervergünstigung von gesunden Lebensmitteln kann die Ungleichbehandlung durch gesunde, kostengünstige, attraktive Alternativen abfedern (vgl. WBAE, 2020: xiv).

3.3.2.2.2 Weitere Steuern

Es gibt weitere Ansätze, wie durch negative finanzielle Anreize der Konsum tierischer Lebensmittel verringert und der von pflanzlichen Produkten erhöht werden kann. Intensiver diskutiert werden insbesondere eine CO₂-Steuer, eine *Tierwohlabgabe* oder eine Steuer auf gesättigte Fette in Lebensmittelprodukten (vgl. Strnad, 2004: 1322; Broeks et al., 2020: 5 ff.; Caro et al., 2017; Gawel, 2021: 25 ff.)³⁶. Auch eine Erhöhung von Tier- und Umweltschutzstandards kann indirekt zu einer Preiserhöhung der Endprodukte führen. Es wird u. a. diskutiert, ob sie von der Produktions- oder Konsumseite getragen werden soll, oder von beiden (vgl. Leite Pinto, 2021:109 ff.).

Eine Möglichkeit der preispolitischen Förderung pflanzlicher Produkte ist die Einbeziehung von Umweltwirkungen durch die CO₂-Steuer. Der Ansatz, CO₂-Emissionen in der Landwirtschaft zu bepreisen, basiert auf dem *Verursacherprinzip* (*polluter pays*). So sollen Anreize für Produzent*innen geschaffen werden, umweltfreundlichere Praktiken zu übernehmen und die Umweltauswirkungen ihrer Aktivitäten zu minimieren.

Box 25

CO₂-Steuer in der Landwirtschaft, Dänemark

Dänemarks Premierministerin kündigte Anfang 2023 die CO₂-Steuer im Sektor Landwirtschaft an (vgl. Statsministeriet, 2023). Dies wird mit der Einhaltung der gesetzten Klimaziele begründet. Nach einem Bericht des dänischen Klimarats könnte eine CO₂-Steuer die Umstellung der Landwirtschaft hin zu klimafreundlicheren Produktionsmethoden unterstützen (vgl. Klimaraadet, 2023: 4 f.). Die Steuer hätte starke Auswirkungen auf die Rinderhaltung, da diese vergleichsweise mit hohen Treibhausgasemissionen verbunden ist, und würde die Umstellung auf Schweinehaltung oder auf den Anbau pflanzlicher Lebensmittel wie Getreide fördern (vgl. ebd: 5). Auch außerhalb von Europa, in Neuseeland, ist geplant, die landwirtschaftlichen Emissionen zu bepreisen, um die Emissionen des Landes zu senken (vgl. New Zealand Government, 2022: 254).

Daneben wird eine Verbrauchsteuer diskutiert, bei der die Umweltwirkungen der Lebensmittel, wie z.B. CO₂-Emissionen, von Konsument*innen getragen werden. Verschiedene globale und

³⁶ Die hier aufgeführten Steuern fallen genau wie Sonderabgaben unter den Oberbegriff öffentlich-rechtliche Abgaben (vgl. Fischer et al., 2021: 96). Die "Tierwohlabgabe" meint in diesem Falle nicht eine Sonderabgabe, sondern ist technisch und inhaltlich als Verbrauchsteuer ausgelegt, trägt aber irrtümlicherweise die Bezeichnung "Tierwohlabgabe". Weiter im Text wird erklärt, dass mit dieser Bezeichnung auf höhere Akzeptanz in der Bevölkerung gehofft wird.

nationale Studien haben die möglichen Effekte einer CO₂-Steuer analysiert und kommen zu positiven Ergebnissen: Die CO₂-Emissionen können reduziert, die Qualität der Ernährung verbessert, die Sterblichkeitsrate gesenkt und die Gesundheitsversorgung verbessert werden (vgl. Leite Pinto, 2021:123; Broeks et al., 2020: 5 ff.; Caro et al., 2017).

Erfolgen Steuererhöhungen durch Einbezug der Umweltwirkungen der Lebensmittel, so sollten auch Preissubstitutionseffekte mitgedacht werden. Ein Beispiel hierfür wäre, dass aufgrund einer Steuersatzerhöhung von Rindfleisch (aufgrund der vergleichsweise höheren Umweltbelastung), Menschen auf preisgünstigeres Hühnerfleisch zurückgreifen, und somit insgesamt die gleiche Menge Fleisch konsumiert wird (vgl. Spiller et al., 2017b: 205). Auch diese Effekte betreffen insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen oder Menschen in weniger wohlhabenden Ländern aufgrund von geringem ökonomischem Handlungsspielraum. Ein Lösungsansatz ist, ähnlich umweltschädliche Alternativprodukte vergleichbar zu besteuern. Hier sind zwar die Preiselastizitäten höher (es wird mit geringen Steuererhöhungen eine vergleichsweise hohe Wirkung erzielt), allerdings kann dies zur ungleichen Behandlung von Menschen mit geringem Einkommen und zu Preissubstitutionseffekten führen.

Ein Beispiel für eine Verbrauchsteuer, bei der Tierwohlaspekte in den Vordergrund rücken, ist die sogenannte Tierwohlabgabe³⁸, die u. a. für bessere Haltungsbedingungen und der Steigerung des Tierwohls sorgen soll.

Box 26

Steuer auf Fleisch, Niederlande

Laut einer Umfrage der *True Animal Protein Price (TAPP) Coalition* von 2023 unterstützen 59 % der über 1000 niederländischen Teilnehmenden den Vorschlag, den Preis für Fleisch um mindestens ein Euro pro Kilogramm Fleisch zu erhöhen (vgl. True Animal Protein Price Coalition, 2023: 10). Auf Grundlage eines Vorschlags der *TAPP Coalition* wurde 2020 vom Finanzminister ein Vorschlag zur fairen Bepreisung von Fleisch (und günstigerem Obst und Gemüse) dem niederländischen Parlament vorgelegt. Er beinhaltete auch die Berechnung der Kosten sowie der Auswirkungen auf die Umwelt (True Animal Protein Price Coalition, 2020a).

Tierwohlabgabe, Deutschland

In Deutschland wurde 2020 vom Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, einer Expertenkommission, die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eingesetzt wurde, eine „Tierwohlabgabe“ als Verbrauchsteuer für jedes verkaufte Kilogramm Fleisch vorgeschlagen. Die Einnahmen sollen die Betriebe bei der Verbesserung der Haltungsbedingungen unterstützen. Für die Finanzierung wurde u.a. die Aufhebung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf tierische Produkte vorgeschlagen (vgl. Perino & Schwickert, 2023: 160; Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, 2020). In einer vom BMEL beauftragten Machbarkeitsstudie wurde die grundsätzliche Machbarkeit bestätigt. Im Jahr 2022 erinnerte das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung die Bundesregierung an dessen Empfehlung und aktualisierte sie zu den Themen Honorierung und Finanzierung von Tierwohl, da sich bis dato keine Umsetzung abzeichnete (vgl. Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, 2022). Ein Vorschlag aus dem Agrarministerium, die reduzierte Besteuerung tierischer Produkte auf den normalen Steuersatz von 19 % anzuheben und dafür den Steuersatz pflanzlicher Lebensmittel wie Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte, auf 0 % zu senken, wurde 2022 abgelehnt (vgl. Kapalschinski, 2022). Eine Umfrage Anfang 2023 in Deutschland ergab, dass der Großteil der Umfrageteilnehmenden (61,9 %) einen Anstieg des

Preises von mindestens 10 Cent pro 100 g Fleisch befürworten würde (vgl. True Animal Protein Price Coalition, 2023: 10).³⁷

Ein weiterer Ansatz sind Steuern auf gesättigte Fette in Lebensmittelprodukten.

Box 27

Steuern auf gesättigte Fette, Dänemark

Im Oktober 2011 wurde in Dänemark eine Steuer auf fetthaltige Lebensmittel eingeführt. Die Steuer entfiel auf Lebensmittel, wenn diese mehr als 2,3 g gesättigtes Fett pro 100 g enthielten. Dazu zählten Fleisch und Milchprodukte, tierische Fette, wie Butter, aber auch pflanzliche Öle und Fette, wie Margarine. Die Steuer sollte darauf abzielen, den Konsum von gesättigtem Fett zu mindern, um die Prävalenz ernährungsbedingter Krankheiten zu verringern. Nach Kritik bezüglich der Kontrollierbarkeit und der Schwierigkeit, die Nicht-Diskriminierung zwischen dänischen und importierten Produkten sicherzustellen, wurde im November 2012 die Abschaffung der Steuer angekündigt (World Health Organization 2015: 15 f.). Eine Analyse ergab, dass der Fettkonsum um 10–15 % sank, wobei darauf hingewiesen wird, dass aufgrund des kurzen Datenzeitraums die Interpretation mit Sorgfalt erfolgen sollte (vgl. Jensen 2013; Leite Pinto, 2021:109).

Eine andere Untersuchung ergab eine Reduktion des Verkaufs von Buttermischungen, Margarine, Fett, Käse, Sauerrahm und Kekse um 0,2–8,4 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Allerdings stieg der Absatz von Butter, Öl, Sahne, Chips und Snacks um 0,1–11,7 %. In der Summe reduzierte sich die Gesamtmenge der zwölf verkauften Lebensmittelgruppen um 0,9 % (vgl. Bødker, 2015).

Forschungen haben gezeigt, dass bestimmte politische Merkmale die öffentliche Zustimmung zu Maßnahmen erhöhen können. Zu den Merkmalen zählen beispielsweise die Vermeidung der Bezeichnung einer öffentlich-rechtlichen Abgabe als "Steuer", die konstruktive Verwendung der Steuereinnahmen, eine progressive Besteuerung und eine deutliche Erläuterung der Auswirkungen der Maßnahme. Diese Faktoren tragen dazu bei, das Verständnis und die Akzeptanz der Maßnahme in der Öffentlichkeit zu verbessern (vgl. Carattini et al., 2018: 11; Klenert et al., 2018; Perino & Schwickert, 2023: 161). So auch in Deutschland: Die Studie von Perino und Schwickert (2023: 163) zeigte, dass eine Fleischsteuer in Deutschland eher akzeptiert würde, wenn sie *Tierwohlabgabe*³⁶ genannt werden würde.

Generell gilt es zu beachten, dass höhere Steuern und andere negative finanzielle Anreize nicht nur auf Reaktanz der Bevölkerung treffen können, sondern auch auf starken Widerstand und Lobbyarbeit seitens der Industrie (vgl. Mozaffarian et al., 2018: 3).

Förster et al. (2021) kommen bei einer Folgenabschätzung von drei verschiedenen Szenarien (Mehrwertsteueranpassung, Tierwohlabgabe und Klimakostenaufschlag³⁸) in Deutschland zu dem Ergebnis, dass, insofern die Preissignale entsprechend hoch gesetzt werden, ein Beitrag

³⁷ Eine Untersuchung des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) ergab, dass die Einführung einer Abgabe auf rotes und verarbeitetes Fleisch, die direkt bei den Schlachthöfen oder Molkereien erhoben wird, positive gesundheitliche Effekte hätte und dazu führen kann, den Fleischkonsum zu reduzieren. Die Abgaben würden in einen Fonds fließen, der für die finanzielle Unterstützung von Tierwohlmaßnahmen in den Betrieben genutzt wird (vgl. Beerman et al., 2020: 59 ff.).

³⁸ Darüber hinaus wird eine Steuer, die über das Einkommen in Form eines Einkommens-Soli erhoben wird, nicht weiter beleuchtet, da eine Lenkungswirkung nicht zu erwarten ist, da der Preis von tierischen Lebensmitteln nicht erhöht wird (vgl. Förster et al. 2021: 32).

zur Reduzierung des tierischen Anteils in der Ernährung geliefert werden kann (vgl. Förster et al. 2021: 35; Gawel, 2021: 50). Menschen mit niedrigem Einkommen erwartet im Vergleich zu vorher die stärkste Reduzierung des Konsums tierischer Lebensmittel (vgl. ebd.: 20, 23; Gawel, 2021: 41 f.). Wenn auch der Steuersatz für pflanzliche Lebensmittel gesenkt wird, kann mit einer entsprechenden Erhöhung des Konsums pflanzlicher Lebensmittel gerechnet werden.³⁹ Eine Mehrwertsteuerreform wäre verwaltungstechnisch am einfachsten umzusetzen. Eine mengenbasierte Tierwohlabgabe wäre verwaltungstechnisch aufwändiger und würde qualitativ hochwertige Produkte genauso besteuern wie Produkte geringer Qualität (vgl. ebd.: 31). Eine solche Verbrauchsteuer sollte bei den Konsument*innen erhoben werden, damit die Kosten nicht auf die Produzent*innen abgewälzt werden würden (vgl. ebd.: 35)⁴⁰. Alle Szenarien kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass der Konsum von tierischen Lebensmitteln nach einer solchen Reform immer noch über den Empfehlungen der Lancet Kommission liegen würde (vgl. ebd.: 18, 35). Laut Gawel (2021) würden Steuern, die von Konsument*innen getragen werden, keinen unmittelbaren Einfluss auf die Produktionsseite nehmen, weshalb ein Instrumentenmix mit Wirkung auf beiden Seiten erforderlich sei (Gawel, 2021: 10, 62).

Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass Steuererhöhungen von tierischen Lebensmitteln durch starke Steuersenkungen von gesunden Lebensmitteln (Obst, Gemüse, Hülsenfrüchte) begleitet werden sollten. Dies verringert die finanzielle Regressivität und den Widerstand aus der Bevölkerung und Industrie und maximiert den gesundheitlichen Effekt. Zudem wird die Akzeptanz der Maßnahmen erhöht, da Subventionen für gesunde Lebensmittel aufgrund der Verringerung der Verlustaversion politisch machbarer sind. Steueranpassungen sollten ausführlich durch Informationskampagnen vorbereitet werden, die die gesundheitlichen und ökonomischen Vorteile dieser herausstellen. Steuererhöhungen müssen durch sozialpolitische Maßnahmen abgefedert werden. Im besten Fall können Steuerersparnisse hierfür und für die Vergünstigung von Obst, Gemüse und Hülsenfrüchten verwendet werden.

3.4 Entscheidungsbeschränkung

Die Instrumente der Entscheidungsbeschränkung stehen ganz oben auf der „intervention ladder“ (vgl. Spiller et al., 2017c, 270 ff.). Entscheidungs- bzw. Konsummöglichkeiten werden hier durch Angebotsanpassung in der Außer-Haus-Verpflegung und dem Handel „beschränkt“. Die Interventionsstärke in die Handlungsmöglichkeiten der Bevölkerung ist entsprechend hoch. Hier ist mit der größten Wirkung von Maßnahmen (vgl. Gillespie et al., 2015: 8 ff.) und gleichzeitig mit vergleichsweise geringerer Akzeptanz der Bevölkerung zu rechnen. Die Instrumente lassen sich in Gebote und Verbote unterteilen.

³⁹ Bei einer Beispielrechnung für Deutschland kommen Förster et al. (2021) zu dem Schluss, dass die Steuermindereinnahmen durch die Steuersenkung für pflanzliche Produkte (von 7 % bzw. teilweise wie Sojadrink 19 % auf 5 %) unter den Mehreinnahmen durch gleichzeitige Steuererhöhung für tierische Produkte (7 % auf 19 %) liegen können (vgl. Förster et al. 2021: 32; Postpischil et al., 2021: 6). Eine solche Reform würde demnach die Steuereinnahmen um mindestens 2-3 Mrd. Euro im Jahr erhöhen. Dabei ist wichtig, dass die Einnahmen konstruktiv verwendet werden, um die Akzeptanz der Bevölkerung für die Maßnahme zu erhöhen.

Verschiedene Studien kommen zu dem Schluss, dass der Finanzbedarf für die Tierwohlförderung in Deutschland beispielsweise bei 3,6 bis 4,6 Milliarden Euro pro Jahr (in 2040) liege (vgl. Förster et al., 2021: 30).

⁴⁰ Gawel (2021) erläutert, dass Exportprodukte von einer Steuererhöhung nicht betroffen wären. Produzenten könnten daher einen Rückgang der Nachfrage mit vermehrtem Export ausgleichen (vgl. Gawel 2021: 44).

3.4.1 Gebote

Gebote können in Form von Gesetzen, spezifischen Richtlinien oder Normen bestimmte Anforderungen oder Qualitätsstandards festlegen. Sie sind meist rechtlich verbindlich und können mit Sanktionen bei Nichteinhaltung verbunden sein. Hierbei sollte das Angebot der Außer-Haus-Verpflegung (inklusive Gemeinschaftsverpflegung) und des Handels so ausgerichtet sein, dass es dem Ziel der vermehrten pflanzenbasierten Ernährung gerecht wird. Hierzu zählen beispielsweise verpflichtende Ernährungs- bzw. Qualitätsstandards in der Gemeinschaftsverpflegung und Höchstgehalte bestimmter Inhaltsstoffe bzw. Reformulierungsstrategien.

Verpflichtende Qualitätsstandards in der Gemeinschaftsverpflegung werden von staatlichen Institutionen mit dem Ziel des gesunden Lebensmittelangebots eingeführt (vgl. Philipsborn et al. 2021: 27). Dabei unterscheiden sich die Zielbereiche von Land zu Land sowie die flächendeckende Verpflichtung. Sie können sich auf Gesundheitseinrichtungen, Schulen, Kindergärten, Bildungseinrichtungen, Kantinen, Veranstaltungen, Verkaufsautomaten und sonstige Verkaufsstellen beziehen. Öffentliche Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung eignen sich, um kostengünstig und nachhaltig die gesunde Ernährung von vielen Menschen zu beeinflussen (vgl. Mozaffarian et al. 2018: 4). Das vorteilhafte Kosten-Nutzen-Verhältnis und langfristige Wirkungen werden angenommen, sie sind jedoch noch nicht ausreichend belegt.

In vielen Ländern Europas gibt es solche verpflichtenden Qualitätsstandards für die Gemeinschaftsverpflegung. In Frankreich, Großbritannien (vgl. Department for Education, 2019), Deutschland und Ungarn gibt es verpflichtende Qualitätsstandards für die Schulverpflegung bzw. für in Schulen angebotene Lebensmittel (vgl. Philipsborn et al., 2021: 27). Zusätzliche Programme und Maßnahmen wie *vom Bauernhof zur Schule* oder Gärten können ergänzend eingesetzt werden (vgl. Mozaffarian et al. 2018: 4). Micha et al. (2018: 5 ff.) kommen in einer Meta-Studie zu dem Schluss, dass Schulspeisestandards den Verzehr von Obst erhöhen. Die vermehrt pflanzenbasierte Ernährung kann hier auf verschiedene Weisen gezielt gefördert werden (u. a. durch eine Höchstgrenze für den Anteil tierischer Lebensmittel an den Speisen, Mindestangebote für vegane und vegetarische Speisen oder den Obst- und Gemüseanteil von Speisen, Portionsgrößen sowie Diversifizierung) (vgl. Philipsborn et al. 2021: 17).

Box 28

Ernährungsstandards, Nordirland

In Nordirland wurden auf Basis des *Eatwell Guides* verpflichtende Ernährungsstandards für Mitarbeitende und Besucher*innen von öffentlichen Gesundheitseinrichtungen entwickelt. Es wird vorgeschrieben, dass zu jeder Hauptmahlzeit eine vegetarische Option mit einer Proteinquelle angeboten werden muss. Zudem wird die Portionsmenge von verarbeitetem Fleisch auf 70 g beschränkt (vgl. Food Standards Agency, 2023: 10; Philipsborn et al., 2020: 30).

Nachhaltige Schulverpflegung, Reduktion von Fleisch, Gent, Belgien

Die Stadt Gent richtet die Schulverpflegung an nachhaltigen Kriterien aus. Sie soll aus biologischen Zutaten und saisonalen Produkten bestehen sowie gleichzeitig Mensch, Tier und Umwelt respektieren. Berücksichtigt werden außerdem Lebensmittelverschwendung und das Wohlergehen von Mensch und Tier. An Donnerstagen sind alle Mahlzeiten vegetarisch, an anderen Tagen werden sogenannte *Flexi-Mahlzeiten* serviert, bei denen der Anteil an tierischem Eiweiß auf höchstens 50 % des Gesamtproteingehalts begrenzt ist. Mit den nachhaltigen Schulmahlzeiten werden 4.500 Schüler*innen in Schulen und

Kindertagesstätten in Gent versorgt, jährlich sind dies 775.883 Mahlzeiten (vgl. Stad Gent, o. J.).

Für einen größeren Effekt sollten Bund, Länder und Kommunen die Umsetzung der Qualitätsstandards auch verbindlich machen. Außerdem sollte erreicht werden, dass alle Kinder von den Gebühren für die Kita- und Schulverpflegung befreit werden. Hierfür braucht es die Bereitstellung öffentlicher Mittel, regelmäßige Kontrollen, fachliche Unterstützung und Fortbildungsangebote (vgl. Philipsborn et al. 2021: 14).

Box 29

Qualitätsstandard, Deutschland

In Deutschland ist der DGE-Qualitätsstandard für die Schulverpflegung in folgenden Bundesländern verpflichtend: Berlin, Bremen, Hamburg, Saarland und Thüringen (vgl. Nationales Qualitätszentrum für Ernährung in Kita und Schule, o. J.). Im Qualitätsstandard für Schulen ist ein Kriterium für eine gesundheitsfördernde und nachhaltige Verpflegung die tägliche Verfügbarkeit eines ovo-lacto-vegetarischen⁴¹ Angebots zu allen Mahlzeiten (vgl. Deutsche Gesellschaft für Ernährung, 2022a). Dieses Kriterium gilt auch für den Qualitätsstandard für Betriebsverpflegung (vgl. Deutsche Gesellschaft für Ernährung, 2022b). In den Kantinen des Bundes ist die Umsetzung des Qualitätsstandards seit 2011 verpflichtend (Deutsche Gesellschaft für Ernährung, o. J.: 4).

Eine weitere Möglichkeit der Förderung von pflanzenbasierter Ernährung in der Außer-Haus-Verpflegung ist ein per Verordnung oder Gesetz geregeltes Mindestgebot an vegetarischen oder veganen Speiseoptionen in der Gemeinschaftsverpflegung, wie beispielsweise in Portugal und Frankreich. Insbesondere kommt der Schulverpflegung eine zentrale Rolle als Ort des Lernens und der Möglichkeit der Integration und sozialen Teilhabe zu.

Box 30

Gesetz führt zu veganen Speiseoptionen in öffentlichen (Bildungs-) Einrichtungen, Portugal

Öffentliche Kantinen in Portugal sind nach einem im Jahr 2017 verabschiedeten Gesetz dazu verpflichtet, eine vegane Speiseoption anzubieten. Es betrifft Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Gefängnisse und andere öffentliche Gebäude. Die Portugiesische Vegetarische Gesellschaft startete zuvor eine Petition und stützte sich dabei auf den Ansatz der Nicht-Diskriminierung und Gleichbehandlung der Bürger*innen. Gewinnbringend war, dass drei Akteur*innen innerhalb eines Zeitraums von knapp zwei Jahren zusammenarbeiteten: politische Parteien, das Gesundheitsministerium (die Generaldirektion für Gesundheit) und die Portugiesische Vegetarische Assoziation (The Portuguese Vegetarian Association, AVP). Das Gesundheitsministerium (DGS) veröffentlichte drei Ratgeber, mit denen anerkannt wurde, dass ein veganer Lebensstil unbedenklich und gesund ist. Diese Ratgeber waren entscheidend dafür, dass das Gesetz verabschiedet werden konnte, weil die Regierung nicht leugnen konnte, dass der vegane Lebensstil gesund sein kann (vgl. Alvim, 2020; Assembleia da República, 2017).

⁴¹ Bei einer ovo-lacto-vegetabilen Ernährungsweise werden neben pflanzlichen Lebensmitteln auch Milch und Eier verzehrt.

Gesetz über ein fleischloses Gericht pro Woche in Schulen, Frankreich

Das Gesetz *EGalim*, das 2019 als Ergebnis der Französischen nationalen Ernährungskonferenz eingeführt wurde, hat zum Zweck, das Gleichgewicht der Handelsbeziehungen zu verbessern, und beinhaltet Maßnahmen zugunsten einer gesunden nachhaltigen und zugänglichen Ernährung für die Bevölkerung. Demnach sollen Schulen in Frankreich einmal pro Woche ein vegetarisches (d. h. fleisch- bzw. fischloses) Gericht anbieten. Es ist den Schulkantinen überlassen, ob das Gericht vegan oder vegetarisch ist. Zusätzlich müssen Bildungseinrichtungen mit über 200 Plätzen ihren Gremien einen Mehrjahresplan für die Diversifizierung der Eiweißversorgung (einschließlich pflanzlicher Eiweißalternativen) vorlegen (vgl. Laffineur-Pauchet, 2019; L'Assemblée nationale, 2023).

Wie bereits oben angesprochen, können Höchstgrenzen für den Anteil tierischer Lebensmittel an den Speiseangeboten bzw. an dem Gesamtangebot den relativen Anteil pflanzlicher Produkte in der öffentlichen Verpflegung erhöhen. Laut Graaf et al. (2021: 16) werden sie als ein politisch vergleichsweise machbares Instrument eingeschätzt.

EU-weit gibt es Anwendungsbeispiele von Produktreformulierungsstrategien (Veränderung von Rezepturen) für Transfette und Salz (vgl. European Commission, 2016: 1 ff.; Kloss et al., 2015: 17). Auch freiwillige Reformulierungsstrategien durch Unternehmen können förderlich sein. In Deutschland wurde in einigen Discountern und Supermärkten das sogenannte Hybridfleisch, eine Mischung aus Fleisch und pflanzlichen Zutaten, eingeführt, das, je nach Produkt, bis zu 50 % aus pflanzlichen Zutaten besteht (vgl. Verbraucherzentrale, 2023; Eßer, 2022). Masset et al. (2016: 4 ff.) empfehlen allerdings einen verbindlichen Rahmen, da freiwillige Selbstverpflichtungen ihre Begrenzungen haben.

Ferner zählen auch Vorgaben zur Flächenbindung der Tierhaltung (Vieheinheit pro Hektar Fläche) zu den Geboten, welche einer pflanzenbasierten Ernährung zugutekommen (vgl. Graaf et al., 2021: 16, 55–58).

3.4.2 Verbote

Neben den Geboten gehören auch die Verbote zu den entscheidungsbeschränkenden Maßnahmen. Sie stellen, verglichen mit den anderen Instrumenten, den tiefgreifendsten Eingriff in die Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten der Bevölkerung dar und begegnen insbesondere in liberalen Demokratien einer geringen Akzeptanz (vgl. Spiller et al., 2017b: 206; Jantke et al., 2016: 294 f.). Zu den Verboten können beispielsweise verpflichtende *Veggie Days*⁴² sowie Verbote von einem bestimmten Lebensmittelangebot rund um Schulen gezählt werden (vgl. Pineda et al., 2022: 8; Kenning et al., 2021: 222).

Studien belegen, dass Verbote substanzielle und dauerhafte Effekte erbringen (vgl. Fichtenberg, 2002: 2). Es besteht die Gefahr von Reaktanzeffekten (das verbotene Verhalten wird durch ein anderes „schädliches“ Verhalten kompensiert) (vgl. Ungar et al., 2015: 253 f.; Taber et al., 2014: 3 f.; Taber, 2012: 256). Diese Folgen treten allerdings nicht zwangsläufig auf, werden im Zeitverlauf geringer und können durch geeignete Kommunikation adressiert werden (vgl. Spiller et al., 2017b: 206).

Ein Beispiel für ein solch regulatives Instrument sind *Veggie Days* in der Außer-Haus-Verpflegung. Die Einführung kann durch staatliche oder institutionelle Vorgaben erfolgen (vgl. Kenning et al., 2021: 222). In einigen Ländern, Städten oder Institutionen wurde der *Veggie Day* bereits als Maßnahme zur Förderung einer nachhaltigeren Ernährung eingeführt.

⁴² Wenn der *Veggie Day* dazu führt, dass bestimmte Lebensmittel oder Mahlzeiten an diesem Tag nicht verfügbar sind oder nur begrenzte Optionen zur Verfügung stehen (wie in Kantinen), kann dies als eine Art Verbot wahrgenommen werden.

Veggie Day, Gent, Belgien

Der Stadtrat von Gent hat den Donnerstag als vegetarischen Tag für öffentliche Kantinen eingeführt und auf Grundschulen und Kindergärten erweitert. Gemeinsam mit der belgischen Vegetarierorganisation (*Ethical Vegetarian Alternative, EVA*) wurde 2009 die Kampagne gestartet. Sie hat zum Ziel, die Bevölkerung zu motivieren, zumindest an einem Tag in der Woche zum Wohle der eigenen Gesundheit und der des Planeten kein Fleisch oder keinen Fisch zu essen. Unterstützung der Kampagne gab es vom Rat der Bürgermeister und der gesamten Stadtverwaltung. Während einer öffentlichen Veranstaltung wurde der Donnerstag als Veggie Day in Gent erklärt. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass der Veggie Day im Einklang mit der Klima- und Gesundheitspolitik der Stadt steht und dazu beiträgt, die Klimaziele der Stadt zu erreichen.

Nach dem Start des Veggie Days in Gent zogen weitere belgische Städte nach, darunter Hasselt, Mechelen, Eupen und Brüssel. In Städten anderer Länder wurde der Veggie Day inzwischen auch umgesetzt, wie z. B. in Freiburg, Bremen und Konstanz (Deutschland) und Graz (Österreich). *Meatfree Mondays* gibt es beispielsweise in Sao Paulo (Brasilien) und Buenos Aires (Argentinien) (vgl. Stad Gent, 2011; Unión Vegana Argentina, 2021; Tautscher, o. J.).

Verpflichtender Veggie Day in Schulen, Finnland

Im Rahmen einer Studie wurde in 33 Schulkantinen in Helsinki ein verpflichtender vegetarischer Tag pro Woche eingeführt. Es haben sich dabei kurzfristige negative Effekte gezeigt, wie der Rückgang der teilnehmenden Schüler*innen an der Verpflegung sowie eine höhere Abfallmenge auf den Tellern. Langfristig schien der vegetarische Tag auf Akzeptanz zu stoßen, da die Abfallmengen sanken. Zudem erhöhte sich die Nachfrage nach vegetarischen Gerichten an anderen Tagen, an denen auch Fleisch oder Fisch serviert wurde (vgl. Lombardini & Lankoski, 2013: 160 f.).

Ohne den Namen Veggie Day zu tragen, gibt es ähnliche Initiativen und Beschlüsse auf Städte- und Bundesebene in Europa.

Fleisch und Fisch an einem Tag in der Woche in Schulen, Tübingen, Deutschland

Nach einer Neuausschreibung des Schulessens durch die Stadt Tübingen gibt es nun einmal pro Woche Fleisch oder Fisch in Schulen. Damit folgt die Stadt den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. Ziel soll sein, den Kindern gesunde und nachhaltige Speisen anzubieten und damit den CO₂-Ausstoß zu reduzieren (vgl. Tübingen Universitätsstadt, 2021).

Vegetarische Mahlzeiten an Kitas und Grundschulen, Freiburg, Deutschland

Der Gemeinderat von Freiburg beschloss 2022 mehrheitlich, in Kitas und Grundschulen zukünftig ausschließlich vegetarische Mahlzeiten anzubieten. Argumentiert wurde unter anderem damit, dass Fleisch ein Preistreiber sei. Mit rein vegetarischen Mahlzeiten können die Eltern entlastet werden. Kritik gab es vom Landesministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, das die Meinung vertritt, zu einer ausgewogenen Ernährung gehöre auch Fleisch (vgl. ZDF, 2022; Soldt, 2022).

Fleischfreie Gerichte und *Planet Friendly Menus*, Leeds, Vereinigtes Königreich

Der Stadtrat von Leeds setzt sich für mehr Nachhaltigkeit in der Schulverpflegung ein. In 182 Schulen werden an zwei Tagen in der Woche fleischfreie Gerichte angeboten. Darüber hinaus gibt es *Planet Friendly Menus*, die mehr pflanzliches Eiweiß und weniger Fleisch und Milchprodukte enthalten. Die Stadt hat die neuen Menüs unter Einbezug der Schüler*innen mitentwickelt. Die fleischfreien Tage stoßen laut einer Umfrage auf Akzeptanz (vgl. Eating Better, 2022)

Rein pflanzliche Lebensmittel auf Veranstaltungen, Stadträte verschiedener Städte, Vereinigtes Königreich

Von Stadträten verschiedener Städte im Vereinigten Königreich wurde entschieden, dass auf internen (Stadtrats-)Veranstaltungen nur noch rein pflanzliche Lebensmittel angeboten werden. Sie wollen als Best-Practice-Beispiel dienen. Dazu gehören Stadträte der Städte bzw. Stadtteile Exeter, Lewisham, Faversham, Hythe, Oxford und Oxfordshire (Stand 2023). Weitere Stadträte haben sich dafür ausgesprochen, die pflanzenbasierte Ernährung zu fördern, indem sie auf öffentlichen Veranstaltungen vegane oder vegetarische Gerichte anbieten (vgl. Oxfordshire County Council, 2022; Munro, 2023).

Kein Fleisch und Fisch auf offiziellen Veranstaltungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Deutschland

Im Rahmen des *Maßnahmenprogramms Nachhaltigkeit der Bundesregierung* (siehe 2.2.3 Nationale Nachhaltigkeits- und Klimastrategien) wurde 2015 ein *Leitfaden der Bundesregierung für die nachhaltige Organisation von Veranstaltungen* herausgegeben, an dem sich Organisator*innen von offiziellen Veranstaltungen orientieren können. Im Jahr 2020 wurde der Leitfaden überarbeitet. Laut der aktuellen Fassung sollen beim Catering vegetarische und vegane Produkte genutzt werden. Beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz⁴³ wurde dies bereits seit 2017 umgesetzt und auf Fleisch und Fisch verzichtet (vgl. BMU, 2020: 33; Spiegel, 2017).

Neben Verboten bezüglich des Angebots tierischer Produkte bei Speisen von öffentlichen Einrichtungen gibt es auch Verbote, die die Produktion von Fleisch einschränken sollen.

Box 33

Schließung von emissionsstarken Landwirtschaftsbetrieben, Belgien

Um die Stickstoffbelastung zu reduzieren, hat die flämische Regierung im Jahr 2022 beschlossen, dass bis 2025 vierzig landwirtschaftliche Betriebe mit besonders hohen Stickstoffemissionen schließen müssen. Die Unternehmen erhalten eine Entschädigung. Andere Schweine- oder Geflügelfarmen müssen ihre Emissionen bis 2030 um 60 % reduzieren.

Das Ziel der Regierung ist, den Schweinebestand bis 2030 um ein Drittel zu reduzieren (vgl. Steffens, 2022).

⁴³ Bis Dezember 2021: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, danach Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (vgl. Bundeskanzler, 2021: 2).

3.5 Fazit zu politischen Instrumenten

In diesem Kapitel wurde eine Vielzahl von politischen Instrumenten zur Förderung der pflanzenbasierten Ernährung vorgestellt, die auf EU-, nationaler und kommunaler Ebene umgesetzt werden können. Es wurden Umsetzungsbeispiele aus dem geographischen Europa sowie deren Erfahrungswerte aufgeführt. Die Beispiele zeigen das große Potenzial der politischen Maßnahmen und Instrumente und belegen, dass Umsetzungshürden überwunden werden können.

Datenerhebung und Monitoring sowie aufklärende und informative Unterstützungsangebote für die Bevölkerung bilden die Grundlage für politische Interventionen. Durch Informationskampagnen werden Menschen für die Wichtigkeit des Themas und somit für darauffolgende tiefgreifendere Maßnahmen sensibilisiert. Dies erleichtert die Akzeptanz von härteren Maßnahmen im Anschluss. Größere Vorteile bringt die Kombination von Informationskampagnen mit verhaltensökonomischen Instrumenten (z. B. Nudging), Bildungskomponenten, didaktischen Instrumenten und Einbeziehung der sozialen Norm. Ernährungsleitlinien als vertrauenswürdige Informationsquelle von staatlicher Seite sollten dem aktuellen wissenschaftlichen Stand entsprechen und somit auch Klimaschutz einbeziehen und sich an der Planetary Health Diet ausrichten. Unterstützungsangebote für viele unterschiedliche Akteur*innen von Konsument*innen und Patient*innen über Ernährungsfachkräfte bis hin zu Fachkräften in Kantinen und Küchen von Institutionen wie Schulen, Krankenhäusern sowie Betrieben machen die Umstellung auf eine verstärkt pflanzenbasierte Ernährung möglich: Hierzu gehören Ernährungsbildung, Aus- und Weiterbildung, Ernährungsberatung sowie Apps und Labels. Verbote von Werbung ungesunder und klimaschädlicher tierischer Lebensmittel(-produkte) sowie die Einschränkung unlauterer Werbung sorgen für Transparenz und besser informierte Entscheidungen. Die Vorbereitung von Ernährungsumgebungen über Nudging hilft, um Konsument*innen in die Richtung von gesünderen und nachhaltigeren Speisen mit einem größeren pflanzlichen Anteil zu bewegen. Die Gesundheits- und Umweltbelastung von Lebensmitteln sollte sich in ihrem Preis widerspiegeln. Hierfür gibt es eine Reihe an Möglichkeiten für positive und negative finanzielle Anreize, um den Konsum von pflanzlichen Lebensmittel(-produkten) zu fördern. Landwirtschaftliche Subventionierung sollte sich an Umweltleistungen orientieren und die Förderung umweltschädlicher Subventionierung beendet werden. Steuererhöhungen für tierische Lebensmittel(-produkte) sollten zudem sozial abgefedert werden. Durch regulative Eingriffe in Form von Geboten und Verboten, wie Ernährungsstandards/Qualitätsstandards und dem regulierten Mindestangebot von pflanzlichen Lebensmittel(-produkten) und Maximalangebot von tierischen Lebensmittel(-produkten) in der Gemeinschaftsverpflegung wird schließlich ein relativ hoher Effekt erzielt und sollte gut durch vorausgegangene Sensibilisierungsmaßnahmen vorbereitet werden.

Politische Entscheidungsträger*innen können aus der Bandbreite an Instrumenten diejenigen auswählen, die am besten in ihren Kontext und zu ihrer Zielsetzung passen, und mit einem gut abgestimmten Instrumentenmix förderliche Rahmenbedingungen für eine pflanzenbetonte Ernährungsweise in der Bevölkerung schaffen. Eine erfolgreiche Veränderung hin zu einer stärker pflanzenbasierten Ernährungsweise erfordert zudem eine aktive Zusammenarbeit zwischen politischen Entscheidungsträger*innen und Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft sowie aus der Landwirtschaft, Privatwirtschaft und Forschung.

4 Schlussfolgerungen

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Daten zeigen, dass eine pflanzenbasierte Ernährungsweise einen bedeutenden Beitrag sowohl zur Gesundheit der Menschen als auch zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und der Entlastung natürlicher Ressourcen leisten kann. Die vorliegende Arbeit zielte darauf ab, politische Strategien und Instrumente zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung in Europa vorzustellen.

Die politischen Strategien und Instrumente auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene in den Ländern Europas zeigen ein wachsendes Interesse und Bewusstsein für die Bedeutung einer nachhaltigen und gesunden Ernährung. Obwohl die konkrete Umsetzung und der Grad der Förderung pflanzenbasierter Ernährung in diesem Kontext variieren, deutet die Vielfalt der Maßnahmen darauf hin, dass politische Entscheidungsträger*innen erkannt haben, dass die pflanzenbasierte Ernährung einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung von Herausforderungen wie dem Klimawandel, dem Biodiversitätsverlust und der mangelnden Gesundheitsförderung leisten kann.

Auf internationaler Ebene, insbesondere in der Europäischen Union, gibt es zwar noch Zurückhaltung bei der namentlichen Erwähnung der pflanzenbasierten Ernährung in politischen Strategien, aber die Farm-to-Fork-Strategie könnte potenziell positive Veränderungen bringen. Es ist wichtig, dass die Förderung der pflanzenbasierten Ernährung in den politischen Diskurs auf EU-Ebene einbezogen wird, um eine kohärente und effektive Strategie zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen zu gewährleisten.

Auf nationaler Ebene haben einige Länder Ernährungsstrategien entwickelt, die bisweilen noch Raum für eine stärkere Integration von Maßnahmen zur Reduzierung des Konsums tierischer Lebensmittel und zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung bieten. Einzelne Strategien bzw. Prozesse, die zur Erstellung der Strategien geführt haben, können anderen Nationen als Vorbild dienen.

Besonders vielversprechend sind die Strategien auf regionaler und kommunaler Ebene. Hier wird häufig ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt, der auch lokale und regionale Strukturen einbezieht. Diese Strategien verfolgen mitunter ambitioniertere Ziele und haben das Potenzial, als Vorbilder für andere Regionen zu dienen. Dabei können Ressourcen wie der *Milan Urban Food Policy Pact* Entscheidungsträger*innen bei der Entwicklung und Umsetzung wirksamer Maßnahmen helfen. Es ist entscheidend, dass politische Entscheidungsträger*innen mit Kenntnis der wissenschaftlichen Datenlage auf allen Ebenen zusammenarbeiten, um eine koordinierte und evidenzbasierte Politikgestaltung voranzutreiben.

Die Förderung pflanzenbasierter Ernährung erfordert auch einen kohärenten Instrumentenmix. Dafür kann aus einem breiten Spektrum an Maßnahmen je nach Land und Regierungsebene gewählt werden. Datenerhebung, Monitoring und informative Unterstützungsangebote bilden die Grundlage für politische Interventionen zur Ernährung. Informationskampagnen sensibilisieren die Bevölkerung für das Thema der pflanzenbasierten Ernährung und erleichtern die Akzeptanz weitergehender Maßnahmen. Ernährungsleitlinien sollten den wissenschaftlichen Stand sowie den Klimaschutz berücksichtigen. Unterstützungsangebote wie Ernährungsbildung, Aus- und Weiterbildung, Ernährungsberatung, Labels und Apps erleichtern eine Umstellung auf eine pflanzenbasierte Ernährung. Werbeverbote für ungesunde und klimaschädliche Tierprodukte, die Einschränkung unlauterer Werbung sowie gezieltes Nudging in Ernährungsumgebungen lenken Konsument*innen in Richtung gesünderer und nachhaltigerer Optionen. Landwirtschaftliche Subventionierung sollte sich an den Auswirkungen auf die Umwelt orientieren und die Förderung umweltschädlicher Subventionierung beendet werden. Die Preisgestaltung von Lebensmitteln sollte die Gesundheits- und Umweltbelastung berücksichtigen und finanzielle Anreize für den Konsum

von pflanzlichen Produkten schaffen. Regulative Eingriffe wie Ernährungsstandards und Mindest- bzw. Maximalangebote von Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung erzielen einen hohen Effekt und sollten durch vorherige Sensibilisierungsmaßnahmen unterstützt werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass politische Strategien und Instrumente auf kommunaler, regionaler, nationaler und supranationaler Ebene in europäischen Ländern vielversprechende Ansätze und Wege zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung bieten. Deren Umsetzung erfordert politischen Willen und entschiedenes Handeln. Erfahrungen zeigen, dass Hindernisse überwunden werden können und bedeutende Fortschritte bei der Ernährung der Bevölkerung erzielt werden können. Die aufgeführten Anwendungsbeispiele in diesem Bericht können als Orientierung für neue Strategien und Maßnahmen dienen und bieten noch Raum für Weiterentwicklung und eine stärkere Förderung der pflanzenbasierten Ernährung. Eine intensivere Zusammenarbeit und ein paneuropäischer Austausch können förderlich sein.

Literatur

Afshin, A., Penalvo, J., Del Gobbo, L., Kashaf, M., Micha, R., Morrish, K., Pearson-Stuttard, J., Rehm, C., Shangquan, S., Smith, J. D., & Mozaffarian, D. (2015). *CVD Prevention Through Policy: a Review of Mass Media, Food/Menu Labeling, Taxation/Subsidies, Built Environment, School Procurement, Worksite Wellness, and Marketing Standards to Improve Diet*. *Current Cardiology Reports*, 17(11), 98. <https://doi.org/10.1007/s11886-015-0658-9>

Alcorta, A., Porta, A., Tárrega, A., Alvarez, M. D., & Vaquero, M. P. (2021). Foods for Plant-Based Diets: Challenges and Innovations. *Foods*, 10(2), 293. <https://doi.org/10.3390/foods10020293>

Aloia, C. R., Shockey, T. A., Nahar, V. K., & Knight, K. B. (2016). *Pertinence of the recent school-based nutrition interventions targeting fruit and vegetable consumption in the United States: a systematic review*. *Health Promotion Perspectives*, 6(1), 1–9. <https://doi.org/10.15171/hpp.2016.01>

Alston, J. M., MacEwan, J. P., & Okrent, A. M. (2016). *The Economics of Obesity and Related Policy*. *Annual Review of Resource Economics*, 8, 443–465. JSTOR. <https://www.jstor.org/stable/26773374>

Altomkost. (2023). *Die offiziellen Ernährungsrichtlinien*. Abgerufen 11. März 2023, von <https://altomkost.dk/raad-og-anbefalinger/de-officielle-kostraad>

Alvim, N. (2020). *Law and Mandatory Access to Vegan Food in Portugal*. IRN Conference 2020. <https://www.vegansociety.com/nuno-alvim>

Andreyeva, T., Long, M. W., & Brownell, K. D. (2010). *The Impact of Food Prices on Consumption: A Systematic Review of Research on the Price Elasticity of Demand for Food*. *American Journal of Public Health*, 100(2), 216–222. <https://doi.org/10.2105/AJPH.2008.151415>

A roda dos alimentos. (2003). <https://www.fao.org/3/ax433o/ax433o.pdf>

Assembleia da República. (2017). *Lei n.º 11/2017, de 17 de abril*. Abgerufen 25. Mai 2023, von <https://dre.pt/dre/detalhe/lei/11-2017-106886578>

Avalara. (o. J.). *Danish VAT Rates and VAT Compliance*. Avalara, Inc. Abgerufen 12. Mai 2023, von <https://www.avalara.com/vatlive/en/country-guides/europe/denmark/danish-vat-rates.html>

Bacon, L., Wise, J., Attwood, S., & Vennard, D. (2019). *The Language of Sustainable Diets: A Field Study Exploring the Impact of Renaming Vegetarian Dishes on U.K. Café Menus*. <https://www.wri.org/research/language-sustainable-diets-field-study-exploring-impact-renaming-vegetarian-dishes-uk-cafe>

Badshah, N. (2023, Februar 21). *Cambridge University students vote for completely vegan menus*. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/education/2023/feb/21/cambridge-university-students-vote-for-completely-vegan-menus>

Beermann, A.-C., Bienhaus, L., Runkel, M., Zerkawy, F., & Möckel, S. (2020). *Tierwohl fördern, Klima schützen*. *Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft*. https://foes.de/publikationen/2020/2020-01_FOES_Tierwohl-foerdern-Klima-schuetzen.pdf

Bender, U. (2020). *Ernährungsbildung in der Schulverpflegung. Herausforderungen und Chancen aus fachdidaktischer Sicht*. 9, 20–35.

https://www.pedocs.de/volltexte/2022/24660/pdf/HiBiFo_2020_2_Bender_Ernaehrungsbildung_in_der.pdf

Berezowitz, C. K., Bontrager Yoder, A. B., & Schoeller, D. A. (2015). *School Gardens Enhance Academic Performance and Dietary Outcomes in Children*. *Journal of School Health*, 85(8), 508–518. <https://doi.org/10.1111/josh.12278>

Bergmann Madsen, B. (2022). *SDG in procurement*.

https://ec.europa.eu/environment/gpp/pdf/Bergmann%20Madsen%20Salispahic%20Starcevic_SDG%20in%20procurement.pdf

Berthold, R. (2023). *World's first plant-based foods action plan released by denmark*. European Vegetarian Union. Abgerufen 01. Dezember 2023, von <https://www.euroveg.eu/worlds-first-plant-based-foods-action-plan-released-by-denmark/>

Bianchi, F., Garnett, E., Dorsel, C., Aveyard, P., & Jebb, S. A. (2018). *Restructuring physical micro-environments to reduce the demand for meat: a systematic review and qualitative comparative analysis*. *The Lancet Planetary Health*, 2(9), e384–e397.

[https://doi.org/10.1016/S2542-5196\(18\)30188-8](https://doi.org/10.1016/S2542-5196(18)30188-8)

Bianchi, F., Stewart, C., Astbury, N. M., Cook, B., Aveyard, P., & Jebb, S. A. (2022). *Replacing meat with alternative plant-based products (RE-MAP): a randomized controlled trial of a multicomponent behavioral intervention to reduce meat consumption*. *The American Journal of Clinical Nutrition*, 115(5), 1357–1366. <https://doi.org/10.1093/ajcn/nqab414>

biocyclic-vegan. (o. J.). Abgerufen 22. Mai 2023, von <https://www.biocyclic-vegan.org/background/>

biozyklisch-vegan. (o. J.). *FAQ - Häufig gestellte Fragen*. Förderkreis Biozyklisch-Veganer Anbau e.V. - vegan und ökologisch ab Feld. Abgerufen 17. Juli 2023, von <https://biozyklisch-vegan.org/faq/>

BLE. (o. J.). *BLE - Eiweißpflanzenstrategie*. Abgerufen 23. Mai 2023, von

https://www.ble.de/DE/Projektfoerderung/Foerderungen-Auftraege/Eiweisspflanzenstrategie/eiweisspflanzenstrategie_node.html

Blum, B. (2020). *Fleischbesteuerung in Deutschland - Mengen- oder Mehrwertsteuer? Diskussion und Politische Implikationen* (The Constitutional Economics Network Working Papers, No. 01-2020). Uni Freiburg. Institute for Economic Research, Department of Economic Policy and Constitutional Economic Theory.

BMEL. (2023, Mai 8). *Ernährungsstrategie*. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Abgerufen 22. Mai 2023, von

<https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/ernaehrungsstrategie.html>

BMEL. (2022). *Eckpunktepapier: Weg zur Ernährungsstrategie der Bundesregierung*. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

BMEL, & BLE. (2020). *Ackerbohne, Erbse & Co. Die Eiweißpflanzenstrategie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zur Förderung des Leguminosenanbaus in Deutschland*. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

BMU. (2020). *Leitfaden für die nachhaltige Organisation von Veranstaltungen*. https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/veranstaltungsleitfaden_bf.pdf

Bødker, M., Pisinger, C., Toft, U., & Jørgensen, T. (2015). *The Danish fat tax—Effects on consumption patterns and risk of ischaemic heart disease*. *Preventive Medicine*, 77, 200–203. <https://doi.org/10.1016/j.ypmed.2015.03.031>

Boletín Oficial del Estado. (2022). *Ministerio para la Transición Ecológica y el Reto Demográfico*. <https://www.cbd.int/doc/world/es/es-nbsap-v4-es.pdf>

Boos, A., Brönneke, T., & Wechsler, A. (Hrsg.). (2019). *Konsum und nachhaltige Entwicklung: Verbraucherpolitik neu denken*. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. <https://doi.org/10.5771/9783845293509>

Brighton and Hove. *Food Strategy Action Plan 2018-2023*. (o. J.).

Brink, E., Van Rossum, C., Postma-Smeets, A., Stafleu, A., Wolvers, D., Van Dooren, C., Toxopeus, I., Buurma-Rethans, E., Geurts, M., & Ocké, M. (2019). *Development of healthy and sustainable food-based dietary guidelines for the Netherlands*. *Public Health Nutrition*, 22(13), 2419–2435. <https://doi.org/10.1017/S1368980019001435>

Broeks, M. J., Biesbroek, S., Over, E. A. B., Van Gils, P. F., Toxopeus, I., Beukers, M. H., & Temme, E. H. M. (2020). *A social cost-benefit analysis of meat taxation and a fruit and vegetables subsidy for a healthy and sustainable food consumption in the Netherlands*. *BMC Public Health*, 20(1), 643. <https://doi.org/10.1186/s12889-020-08590-z>

Brombach, C., & Duensing, A. (2021). *Essen der Zukunft: Wer oder was bestimmt die Ernährung von morgen?* Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. https://digitalcollection.zhaw.ch/bitstream/11475/23350/3/2021_Brombach-Duensing_EssZuk-Studie-Kurzfassung.pdf

Bryant, C. J. (2022). *Plant-based animal product alternatives are healthier and more environmentally sustainable than animal products*. *Future Foods*, 6, 100174. <https://doi.org/10.1016/j.fufo.2022.100174>

Bristol City Council. (o. J.). *One City Plan 2021. A Plan for Bristol to 2050*.

Bruxo, M. (5. April 2023). *„Zero VAT“ essential foods basket comes into effect on April 18*. Portugal Resident. <https://www.portugalresident.com/zero-vat-essential-foods-basket-comes-into-effect-on-april-18/>

Buhr, D. (2021). *Subventionen*. In U. Andersen, J. Bogumil, S. Marschall, & W. Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (S. 896–900). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23666-3_165

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV. (2017). *Geniessen und gesund bleiben. Schweizer Ernährungsstrategie 2017–2024*.

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV. (o. J.). *Geniessen und gesund bleiben. Aktionsplan der Schweizer Ernährungsstrategie 2017–2024*.

Bundesinstitut für Risikobewertung. (o. J.). *Die COPLANT-Studie - Forschung zu pflanzenbasierter Ernährung - BfR*. Abgerufen 11. April 2023, von

https://www.bfr.bund.de/de/coplant-studie.html?fbclid=IwAR2sm4f76nz9Am8Etcyeo0cOssgmP9SJockXBZnjZalwcDPTI2S8Cp_TAaw

Bundeskanzler. (2021). *Organisationserlass*.

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990040/df69951d83f08c0b7b04cb40210e1221/2021-12-08-organisationserlass-data.pdf>

Bundesregierung (2024): *Gutes Essen für Deutschland – Ernährungsstrategie der Bundesregierung*.

https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ernaehrung/ernaehrungsstrategie-kabinett.pdf?__blob=publicationFile&v=7

Buscail, C., Gendreau, J., Daval, P., Lombrail, P., Hercberg, S., Latino-Martel, P., & Julia, C. (2019). *Impact of fruits and vegetables vouchers on food insecurity in disadvantaged families from a Paris suburb*. BMC Nutrition, 5(1), 26. <https://doi.org/10.1186/s40795-019-0289-4>

Buy Better Food. (o. J.). *The Buy Better Food Campaign for sustainable food on the public plate*. Abgerufen 19. April 2023, von <https://buybetterfood.eu>

C40 Cities Climate Leadership Group. (o. J.a). *C40 Good food cities declaration: How cities are achieving the planetary health diet for all*. Abgerufen 26. Mai 2023, von <https://www.c40.org/accelerators/good-food-cities/>

C40 Cities Climate Leadership Group. (o. J.b). *C40 Knowledge Community*. Abgerufen 26. Mai 2023, von https://www.c40knowledgehub.org/s/?language=en_US

Capacci, S., & Mazzocchi, M. (2011). *Five-a-day, a price to pay: An evaluation of the UK program impact accounting for market forces*. Journal of Health Economics, 30(1), 87–98. <https://doi.org/10.1016/j.jhealeco.2010.10.006>

Carattini, S., Carvalho, M., & Fankhauser, S. (2018). *Overcoming public resistance to carbon taxes*. WIREs Climate Change, 9(5). <https://doi.org/10.1002/wcc.531>

Carfora, V., Caso, D., & Conner, M. (2017). *Randomised controlled trial of a text messaging intervention for reducing processed meat consumption: The mediating roles of anticipated regret and intention*. Appetite, 117, 152–160. <https://doi.org/10.1016/j.appet.2017.06.025>

Caro, D., Frederiksen, P., Thomsen, M., & Pedersen, A. B. (2017). *Toward a more consistent combined approach of reduction targets and climate policy regulations: The illustrative case of a meat tax in Denmark*. Environmental Science & Policy, 76, 78–81. <https://doi.org/10.1016/j.envsci.2017.06.013>

Castiglione, C., & Mazzocchi, M. (2019). *Ten years of five-a-day policy in the UK: Nutritional outcomes and environmental effects*. Ecological Economics, 157, 185–194. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2018.11.016>

Cecchini, M., & Warin, L. (2016). *Impact of food labelling systems on food choices and eating behaviours: a systematic review and meta-analysis of randomized studies: Impact of food labelling*. Obesity Reviews, 17(3), 201–210. <https://doi.org/10.1111/obr.12364>

Cellulaire Agricultuur Nederland. (o. J.). *Growthplan | Cellulaire Agricultuur Nederland*. Abgerufen 23. März 2023, von <https://en.cellulaireagricultuur.nl/growthplan>

CEU. COMMU. (2019). *Was ist der europäische Grüne Deal?*. Publications Office.
<https://data.europa.eu/doi/10.2775/944554>

Chan, C. L., Tan, P. Y., & Gong, Y. Y. (2022). *Evaluating the impacts of school garden-based programmes on diet and nutrition-related knowledge, attitudes and practices among the school children: a systematic review*. *BMC Public Health*, 22(1), 1251. <https://doi.org/10.1186/s12889-022-13587-x>

Chiuve, S. E., Fung, T. T., Rimm, E. B., Hu, F. B., McCullough, M. L., Wang, M., Stampfer, M. J., & Willett, W. C. (2012). *Alternative Dietary Indices Both Strongly Predict Risk of Chronic Disease*. *The Journal of Nutrition*, 142(6), 1009–1018. <https://doi.org/10.3945/jn.111.157222>

City of Amsterdam. (2020). *Amsterdam Circular 2020-2025 Strategy*.

City of Copenhagen. (o. J.). *The city of copenhagen's food strategy*.

City of Malmö. (o. J.). *Policy for sustainable development and food*. *The City of Malmö*.

Clancy, K., Hammer, J., & Lippoldt, D. (2008). *Food policy councils-past, present, and future*. In C. C. Hinrichs & T. A. Lyson (Hrsg.), *Remaking the North American Food System: Strategies for Sustainability* (S. 121–143).

Committee on World Food Security. (2021). *CFS Voluntary Guidelines on Food Systems and Nutrition*. Abgerufen 8. März 2023, von https://www.fao.org/fileadmin/templates/cfs/Docs2021/Documents/CFS_VGs_Food_Systems_and_Nutrition_Strategy_EN.pdf

Contento, I. R. (2008). *Nutrition education: linking research, theory, and practice*. *Asia Pacific Journal of Clinical Nutrition*, 17 Suppl 1, 176–179.

Coolfood. (o. J.). *The Cool Food Pledge*. Abgerufen 26. Mai 2023, von <https://coolfood.org/pledge/>

Cordis, Europäische Kommission. (o. J.). *Industrialization and commercialization of a competitive, sustainable and consumer oriented alternative animal protein source*. Abgerufen 14. April 2023, von <https://cordis.europa.eu/project/id/958660>

Crown. (2022). *Government food strategy*. *Stationary Office*.
https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1082026/government-food-strategy.pdf

Crown. (2021). *Net Zero Strategy: Build Back Greener*. HM Government.
https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1033990/net-zero-strategy-beis.pdf

Dänischer Vegetarierverband. (o. J.a). *Inspiration for concrete policy proposals that will promote plant-based food consumption and production.*, internes Dokument

Dänischer Vegetarierverband. (o. J.b). *Methodologies - Inspiration for plant-based policy work.*, internes Dokument

DC Greens. (o. J.). *DC Greens*. Abgerufen 1. Juni 2023, von <https://www.dcgreens.org>

de Boer, A. (2021). *Fifteen Years of Regulating Nutrition and Health Claims in Europe: The Past, the Present and the Future*. *Nutrients*, 13(5), 1725. <https://doi.org/10.3390/nu13051725>

De Lorenzo, D. (2023). *How denmark made the plant-based action plan possible*. Forbes. Abgerufen 01. Dezember 2023, von <https://www.forbes.com/sites/danieladelorenzo/2023/11/23/how-denmark-made-the-plant-based-action-plan-possible/>

Denanot, J.-P. (2018). *Bericht über eine europäische Strategie zur Förderung von Eiweißpflanzen – Förderung des Anbaus von Eiweißpflanzen und Hülsenfrüchten in der europäischen Landwirtschaft (2017/2116(INI))*. Abgerufen 8. März 2023, von https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2018-0121_DE.pdf

Department for Education. (2019). *School food in England Advice for governing boards*. <https://healthyschoolscp.org.uk/wp-content/uploads/2020/04/School-food-in-England-April2019-FINAL-Uploaded.pdf>

Deutsche Gesellschaft für Ernährung (2022a). *DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung in Schulen*. Bonn, 5. Auflage, 1. korrigierter Nachdruck, Online unter <https://www.dge.de/gv/dge-qualitaetsstandards/?L=0>

Deutsche Gesellschaft für Ernährung (2022b). *DGE-Qualitätsstandard für die Verpflegung in Betrieben*. Bonn, 5. Auflage, 2. korrigierter und aktualisierter Nachdruck, Online unter <https://www.dge.de/gv/dge-qualitaetsstandards/?L=0>

Deutsche Gesellschaft für Ernährung. (o. J.). *Auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit in der Betriebsverpflegung, Empfehlungen und Tipps für Dienstleisterinnen und Dienstleister*. https://www.jobundfit.de/fileadmin/user_upload/jobundfit/Nachhaltig_Bund_Gesund/Leitfaden_Nachhaltig_Bund_Gesund.pdf

Diepeveen, S., Ling, T., Suhrcke, M., Roland, M., & Marteau, T. M. (2013). *Public acceptability of government intervention to change health-related behaviours: a systematic review and narrative synthesis*. *BMC Public Health*, 13(1), 756. <https://doi.org/10.1186/1471-2458-13-756>

Dimbleby, H. (2021). *National Food Strategy. Independent Review. The Plan*. https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1025825/national-food-strategy-the-plan.pdf

Dimbleby, H. (2020). *The National Food Strategy: Part One*. <https://www.nationalfoodstrategy.org/wp-content/uploads/2020/07/NFS-Part-One-SP-CP.pdf>

Die Bundesregierung. (2021). *Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit – Weiterentwicklung 2021. „Nachhaltigkeit konkret im Verwaltungshandeln umsetzen“*.

Dinu, M., Abbate, R., Gensini, G. F., Casini, A., & Sofi, F. (2017). *Vegetarian, vegan diets and multiple health outcomes: A systematic review with meta-analysis of observational studies*. *Critical Reviews in Food Science and Nutrition*, 57(17), 3640–3649. <https://doi.org/10.1080/10408398.2016.1138447>

EAT. (o. J.). *The Planetary Health Diet*. EAT. Abgerufen 26. Mai 2023, von <https://eatforum.org/eat-lancet-commission/the-planetary-health-diet-and-you/>

Eating Better. (2021). *PUBLIC SECTOR CATERERS REPORT 2021*. <http://mag.publicsectorcatering.co.uk/books/trvh/>

Eating Better. (2022). *Every meal counts in a climate emergency*. Abgerufen 26. Mai 2023, von <https://www.eating-better.org/news-and-reports/case-studies/serving-better-every-meal-counts-in-a-climate-emergency-at-leeds-city-council/>

Edible Cities Network. (2019). *Edible Cities Network - to make cities a better place!* Abgerufen 3. März 2023, von <https://www.edicitnet.com/>

Edjabou, L. D., & Smed, S. (2013). *The effect of using consumption taxes on foods to promote climate friendly diets – The case of Denmark*. *Food Policy*, 39, 84–96. <https://doi.org/10.1016/j.foodpol.2012.12.004>

Effertz, T., & Adams, M. (2015). *Effektive Prävention von Adipositas durch Kindermarketingverbote und Steuerstrukturänderungen*. *Prävention und Gesundheitsförderung*, 10(1), 55–61. <https://doi.org/10.1007/s11553-014-0464-z>

Ernährungsrat Berlin. (2021). *Berlin isst anders. Ein Zukunftsmenü für Berlin und Brandenburg* (1. Auflage). epubli.

Ertmann, B. (2021, Oktober 5). *Historisk landbrugsaftale: Danmark bliver plantebaseret foregangsland*. Dansk Vegetarisk Forening. Abgerufen 24. Mai 2023 von https://vegetarisk.dk/historisk_landbrugsaftale_danmark_blicher_foregangsland_inden_for_plantebaserede_foedevarer/

Erve, I. van, T, Tulen, C. B. M., Jansen, J., Van, A. D. E., Minnema, R., Schenk, P. R., Wolvers, D., Rossum, C. T. M. van, & Verhagen, H. (2017). *Overview of Elements within National Food-Based Dietary Guidelines*. *European Journal of Nutrition & Food Safety*, 1–56. <https://doi.org/10.9734/EJNFS/2016/32645>

Eßer, T. (2022, Januar 10). *Lidl, Aldi & Co.: Hybridfleisch - Skurriles Produkt im Sortiment*. Morgenpost. Abgerufen 25. Mai 2023 von <https://www.morgenpost.de/vermischtes/article234256205/lidl-aldi-hybridfleisch-vegetarisch-discounter.html>

EUFIC. (2012). *Fruit and Vegetable Consumption in Europe*. Abgerufen 3. März 2023 von <https://www.eufic.org/en/healthy-living/article/fruit-and-vegetable-consumption-in-europe-do-europeans-get-enough>

European Commission. (2023). *Biodiversitätsstrategie für 2030*. Abgerufen 8. März 2023, von https://environment.ec.europa.eu/strategy/biodiversity-strategy-2030_de

European Commission. (2022). *Factual summary report of the public consultation on the sustainable EU food system initiative*. <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/>

European Commission. (2021). *EU Code of Conduct for Responsible Food Business and Marketing Practices. A common aspirational path towards sustainable food systems*. https://food.ec.europa.eu/system/files/2021-06/f2f_sfpd_coc_final_en.pdf

European Commission. (2020a). *Commission staff working document. Analysis of links between CAP Reform and Green Deal*. Abgerufen 8. März 2023, von https://agriculture.ec.europa.eu/system/files/2020-05/analysis-of-links-between-cap-and-green-deal_en_0.pdf

European Commission. (2020b). *Farm to Fork Strategy. For a fair, healthy and environmentally-friendly food system*. European Union. https://food.ec.europa.eu/system/files/2020-05/f2f_action-plan_2020_strategy-info_en.pdf

European Commission. (2020c). *Communication from the European Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions - A Farm to Fork Strategy*. Abgerufen 7. April 2023, von <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020DC0381&from=SK>

European Commission. (2020d). *European Commission Evaluation (SWD(2020)95 Final-pt2) of the Regulation (EC) No 1924/2006 on Nutrition and Health Claims Made on Foods with Regard to Nutrient Profiles and Health Claims Made on Plants and Their Preparations and of the General Regulatory Framework for Their Use in Foods*.

European Commission. (2020e). *Biodiversitätsstrategie für 2030*. <https://www.google.com/url?q=https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri%3DCELEX:52020DC0380&sa=D&source=docs&ust=1707127904023302&usq=AOvVaw3f33cmuFkzN5ZhNC6bZmdQ>

European Commission. (2019). *EU green public procurement criteria for food, catering services and vending machines*.

European Commission. (2016). *Initiative to limit industrial trans fats intakes in the EU. Inception impact assessment*. http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/docs/2016_sante_143_trans_fats_en.pdf

European Commission. (2008). *The use of differential VAT rates to promote changes in consumption and innovation - Final Report*. https://ec.europa.eu/environment/enveco/taxation/pdf/vat_final.pdf

European Commission. (o. J. a). *Search Funding & Tenders*. Funding & tenders. Abgerufen 8. März 2023, von <https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-search;callCode=null;freeTextSearchKeyword=;matchWholeText=false;typeCodes=0,1,2,8;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programmePeriod=null;programCcm2Id=43108390;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;destinationGroup=45355322;missionGroup=null;geographicalZonesCode=null;programmeDivisionProspect=null;startDateLte=null;startDateGte=null;crossCuttingPriorityCode=null;cpvCode=null;performanceOfDelivery=null;sortQuery=sortStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=callTopicSearchTableState>

Europäische Union. (o. J. b). *Landwirtschaft und Grüner Deal*. Abgerufen 5. April 2023, von https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/agriculture-and-green-deal_de

European Commission. (o. J. c). *Farm to Fork Strategy*. Abgerufen 6. April 2023, von https://food.ec.europa.eu/horizontal-topics/farm-fork-strategy_en

European Commission. Directorate General for Research and Innovation. (2021). *Horizon Europe, Haushalt: Horizont Europa – das bisher ehrgeizigste Forschungs- und Innovationsprogramm der EU*. Publications Office of the European Union. <https://data.europa.eu/doi/10.2777/369358>

European Commission. Directorate General for Research and Innovation. (2019). *European cities leading in urban food systems transformation: connecting Milan & FOOD 2030*. Publications Office. <https://data.europa.eu/doi/10.2777/1214>

European Commission, Directorate-General for Environment. (2020a). *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen EU - Biodiversitätsstrategie für 2030. Mehr Raum für die Natur in unserem Leben*. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:52020DC0380>

European Commission. Directorate General for Research and Innovation. (2020b). *Food 2030 pathways for action: research and innovation policy as a driver for sustainable, healthy and inclusive food systems*. Publications Office. <https://data.europa.eu/doi/10.2777/104372>

Europäische Kommission. (2010). *Beschluss der Kommission vom 20. Dezember 2010 zur Festlegung des Verzeichnisses der Erzeugnisse gemäß Anhang XII Abschnitt III Nummer 1 Unterabsatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates*. <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:336:0055:0059:DE:PDF>

FAO. (2023). *Food-based dietary guidelines*. <https://www.fao.org/nutrition/education/food-based-dietary-guidelines>

FAO, & WHO. (2019). *Sustainable healthy diets: guiding principles*.

Fichtenberg, C. M. (2002). *Effect of smoke-free workplaces on smoking behaviour: systematic review*. *BMJ*, 325(7357), 188–188. <https://doi.org/10.1136/bmj.325.7357.188>

Finnish Food Authority. (2021). *National Nutrition Council*. Finnish Food Authority. Abgerufen 13. März 2023, von <https://www.ruokavirasto.fi/en/foodstuffs/healthy-diet/national-nutrition-council/>

Finnish Institute for Health and Welfare. (o. J.). *Questionnaires - THL*. Finnish Institute for Health and Welfare. Abgerufen 11. April 2023, von <https://thl.fi/en/web/thlfi-en/research-and-development/research-and-projects/the-national-finrisk-study/questionnaires>

Fischer, C. G., & Garnett, T. (2016). *Plates, pyramids, and planets: developments in national healthy and sustainable dietary guidelines : a state of play assessment*. Food and Agriculture Organization of the United Nations ; Food Climate Research Network, University of Oxford.

Flynn, M. M., Reinert, S., & Schiff, A. R. (2013). *A Six-Week Cooking Program of Plant-Based Recipes Improves Food Security, Body Weight, and Food Purchases for Food Pantry Clients*. *Journal of Hunger & Environmental Nutrition*, 8(1), 73–84. <https://doi.org/10.1080/19320248.2012.758066>

Folketinget. (2023). *Forslag til lov om Fonden for Plantebaserede Fødevarer*. Folketinget. Abgerufen 11. März 2023, von <https://www.ft.dk/samling/20222/lovforslag/l12/index.htm>

Food Policy di Milano. (o. J.). *Milano Ristorazione e la Food Policy di Milano – Food Policy di Milano*. Abgerufen 26. Mai 2023, von <https://foodpolicymilano.org/milano-ristorazione/>

Food Standards Agency. (2023). *Nutritional Standards for Health and Social Care settings*. <https://www.food.gov.uk/print/pdf/node/8526>

- Freitag-Ziegler, G. (2019). *Nudging arbeitet mit Anreizen statt Verboten*. Bundeszentrum Für Ernährung. <https://www.bzfe.de/ernaehrung/ernaehrungskommunikation/menschen-verstehen-und-staerken/nudging-arbeitet-mit-anreizen-statt-verbotten/>
- Fulponi, L. (2009). *Policy Initiatives Concerning Diet, Health and Nutrition*. OECD. <https://doi.org/10.1787/221286427320>
- Galloway, T. (2017). *Canada's northern food subsidy Nutrition North Canada : a comprehensive program evaluation*. *International Journal of Circumpolar Health*, 76(1), 1279451. <https://doi.org/10.1080/22423982.2017.1279451>
- Galloway, T. (2014). *Is the Nutrition North Canada retail subsidy program meeting the goal of making nutritious and perishable food more accessible and affordable in the North?* *Canadian Journal of Public Health*, 105(5), e395–e397. <https://doi.org/10.17269/cjph.105.4624>
- Garnett, E. E., Balmford, A., Sandbrook, C., Pilling, M. A., & Marteau, T. M. (2019). Impact of increasing vegetarian availability on meal selection and sales in cafeterias. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 116(42), 20923–20929. <https://doi.org/10.1073/pnas.1907207116>
- Gavrieli, A., Attwood, S., Wise, J., Putnam-Farr, E., Stillman, P., Giambastiani, S., Upritchard, J., Hanson, C., & Bakker, M. (2022). *Appealing dish names to nudge diners to more sustainable food choices: a quasi-experimental study*. *BMC Public Health*, 22(1), 2229. <https://doi.org/10.1186/s12889-022-14683-8>
- Gawel, E. (2021). *Endbericht zu ökonomisch-ökologischen Effekten im Vorhaben „Rechtswissenschaftliche Bewertung von ordnungsrechtlichen und fiskalischen Maßnahmen zur Förderung pflanzenbasierter Ernährung und zur Reduzierung des Fleischkonsums“*. https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Forschungsdatenbank/fkz_um2036_00_1_0_bewertung_foederung_pflanzenbasiert_ernaehrung_bf.pdf
- Gayle, D. (2022, Juli 11). *Campaigners take legal action over failings of England's food strategy*. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/environment/2022/jul/11/campaigners-legal-action-government-food-strategy-england-judicial-review>
- Gemeente Groningen. (2021). *Voedselagenda 2021-2023. Gezond en duurzaam voedsel voor iedereen*. Gemeente Groningen. <https://vng.nl/sites/default/files/2021-04/voedselagenda-gemeente-groningen-2021-2023.pdf>
- Gerber, P. J., Steinfeld, H., Henderson, B., Mottet, A., Opio, C., Dijkman, J., Falcucci, A., & Tempio, G. (2013). *Tackling climate change through livestock: a global assessment of emissions and mitigation opportunities*. Food and Agriculture Organization of the United Nations.
- gfieurope. (2021). *Denmark announces 1 billion kroner for plant-based foods in historic climate agreement - GFI Europe*. Abgerufen 11. April 2023, von <https://gfieurope.org/blog/denmark-plant-based-investment-in-climate-agreement/>
- Gillespie, D. O. S., Allen, K., Guzman-Castillo, M., Bandosz, P., Moreira, P., McGill, R., Anwar, E., Lloyd-Williams, F., Bromley, H., Diggle, P. J., Capewell, S., & O'Flaherty, M. (2015). *The Health Equity and Effectiveness of Policy Options to Reduce Dietary Salt Intake in England: Policy Forecast*. *PLOS ONE*, 10(7), e0127927. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0127927>

Global VAT Compliance. (2022). *VAT Rates in Belgium - Rates for all goods & services*. Global VAT Compliance. Abgerufen 11. April 2023, von <https://www.globalvatcompliance.com/vat-rates-in-belgium/>

Glover, J. (2021). *Roslin Tech gets £1 million funding to turn animal cells into sausages*. BusinessInsider. Abgerufen 11. April 2023, von <https://www.insider.co.uk/news/roslin-tech-gets-1-million-25375723>

Good Food Oxfordshire. (2022). *Oxfordshire Food Strategy*.

Government food strategy. (2022). Crown.

Graaf, L., Frank, L., Jacob, K., Meyer-Ohlendorf, L., Schrode, A., Fesenfeld, L. P., Schmid, N., Rinscheid, A., & Späth, P. (2021). *Transformationsorientierte Umweltpolitik für einen sozial-ökologischen Wandel des Ernährungssystems in Deutschland* (Teilbericht TEXTE 160/2021). Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2022-06-13_texte_160-2021_sozial-oekologischer-wandel-ernaehrungssystem-deutschland.pdf

Gravert, C., & Kurz, V. (2021). *Nudging à la carte: a field experiment on climate-friendly food choice*. Behavioural Public Policy, 5(3), 378–395. <https://doi.org/10.1017/bpp.2019.11>

Greater London Authority. (2018a). *The London food strategy. Healthy and sustainable food for london*.

Greater London Authority. (2018b). *The London food strategy. Implementation plan 2018-2023*.

Grethe, H., Nieberg, H., & Renner, B. (2020). *Politik für eine nachhaltigere Ernährung. Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten*. Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) beim BMEL. https://www.bmel.de/DE/Ministerium/Organisation/Beiraete/_Texte/AgrVeroeffentlichungen.html

GroenLinks. (2022). *Haarlems verbod op vleesreclames na motie GroenLinks*. Haarlem. Abgerufen 11. März 2023, von <https://haarlem.groenlinks.nl/nieuws/haarlems-verbod-op-vleesreclames-na-motie-groenlinks>

Groufh-Jacobsen, S., Bahr Bugge, A., Morseth, M. S., Pedersen, J. T., & Henjum, S. (2022). *Dietary Habits and Self-Reported Health Measures Among Norwegian Adults Adhering to Plant-Based Diets*. Frontiers in Nutrition, 9, 813482. <https://doi.org/10.3389/fnut.2022.813482>

Halford, J. C., Boyland, E. J., Hughes, G. M., Stacey, L., McKean, S., & Dovey, T. M. (2008). *Beyond-brand effect of television food advertisements on food choice in children: the effects of weight status*. Public Health Nutrition, 11(9), 897–904. <https://doi.org/10.1017/S1368980007001231>

Halford, J. C. G., Gillespie, J., Brown, V., Pontin, E. E., & Dovey, T. M. (2004). *Effect of television advertisements for foods on food consumption in children*. Appetite, 42(2), 221–225. <https://doi.org/10.1016/j.appet.2003.11.006>

Halloran, A., Fischer-Møller, M. F., & Skylare, E. (2017). *Setting the stage for a sustainable food future: Seven takeaways from Nordic Food Day at COP23*. Nordic Council of Ministers, Nordic

Council of Ministers Secretariat. <http://norden.diva-portal.org/smash/get/diva2:1166680/FULLTEXT01.pdf>

Hallström, E., Carlsson-Kanyama, A., & Börjesson, P. (2015). Environmental impact of dietary change: a systematic review. *Journal of Cleaner Production*, 91, 1–11. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2014.12.008>

Hanneke. (2022). *Haarlem becomes first city in the world to ban meat advertising*. DutchNews.Nl. <https://www.dutchnews.nl/news/2022/09/haarlem-first-city-to-ban-ads-for-meat-in-public-spaces/>

Hansen, P. G., Schilling, M., & Malthesen, M. S. (2021). *Nudging healthy and sustainable food choices: three randomized controlled field experiments using a vegetarian lunch-default as a normative signal*. *Journal of Public Health*, 43(2), 392–397. <https://doi.org/10.1093/pubmed/fdz154>

Hasan, B., Thompson, W. G., Almasri, J., Wang, Z., Lakis, S., Prokop, L. J., Hensrud, D. D., Frie, K. S., Wirtz, M. J., Murad, A. L., Ewoldt, J. S., & Murad, M. H. (2019). *The effect of culinary interventions (cooking classes) on dietary intake and behavioral change: a systematic review and evidence map*. *BMC Nutrition*, 5(1), 29. <https://doi.org/10.1186/s40795-019-0293-8>

Health Council of the Netherlands. (o. J.). *Dutch dietary guidelines 2015*. Abgerufen 23. März 2023, von <https://www.healthcouncil.nl/documents/advisory-reports/2015/11/04/dutch-dietary-guidelines-2015>

Healthy Start. (2023). *Get help to buy food and milk (Healthy Start)*. Abgerufen 11. März 2023, von <https://www.healthystart.nhs.uk/>

Helsedirektoratet. (2023). *Nordic Nutrition Recommendations 2022*. Abgerufen 19. Februar 2023, von <https://www.helsedirektoratet.no/english/nordic-nutrition-recommendations-2022>

Héraud, B. (2022). *Affichage environnemental : 4 millions de consommateurs français ont déjà consulté l'Eco-Score d'un produit avant d'acheter !* <https://resources.ecovadis.com/fr/environnement/affichage-environnemental-4-millions-de-consommateurs-fran%C3%A7ais-ont-d%C3%A9j%C3%A0-consult%C3%A9-l-eco-score-d-un-produit-avant-d-acheter>

Hielkema, D., & Obdeijn, L. (2021, Oktober 16). *Amsterdam gaat voor plantaardig met City Deal en wil snacks weren uit straatbeeld*. *Het Parool*. Abgerufen 11. März 2023, <https://www.parool.nl/amsterdam/amsterdam-gaat-voor-plantaardig-met-city-deal-en-wil-snacks-weren-uit-straatbeeld~b5bac283/>

Hirschnitz-Garbers, M., & Langsdorf, S. (2015). *Informationskampagnen für Konsumentinnen und Konsumenten – Effekte und Ausrichtungen*. <https://doi.org/10.13140/RG.2.2.35893.60642>

HM Government. (2022). *Levelling Up the United Kingdom*. Dandy Booksellers Ltd. <https://www.gov.uk/government/publications/levelling-up-the-united-kingdom>

Horton, H., Walker, P., & Walker, H. H. und P. (2022, Juni 12). *Food plan for England condemned by its own lead adviser*. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/politics/2022/jun/13/food-plan-for-england-condemned-by-its-own-lead-adviser>

- Hosseini-Esfahani, F., Jessri, M., Mirmiran, P., Bastan, S., & Azizi, F. (2010). *Adherence to dietary recommendations and risk of metabolic syndrome: Tehran Lipid and Glucose Study*. *Metabolism*, 59(12), 1833–1842. <https://doi.org/10.1016/j.metabol.2010.06.013>
- Innovations Food. (2022). *IFF launches Culinary Design Center for plant-based food in Denmark* <https://innovationsfood.com/iff-launches-culinary-design-center-for-plant-based-food-in-denmark/>
- Institut du Commerce. (2022). *EMPOWERING CONSUMER CHOICE AND ECODESIGN BEST PRACTICES FOR FMCG WITH ENVIRONMENTAL LABELLING OF FOOD, FAQ ON THE FRENCH CASE*. Institut du Commerce. https://www.theconsumergoodsforum.com/wp-content/uploads/2022/07/EN_FAQ-environmental-labelling-for-food-france_idc-CGF_2022.pdf
- IPCC, 2022: *Climate Change 2022: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* [P.R. Shukla, J. Skea, R. Slade, A. Al Khourdajie, R. van Diemen, D. McCollum, M. Pathak, S. Some, P. Vyas, R. Fradera, M. Belkacemi, A. Hasija, G. Lisboa, S. Luz, J. Malley, (eds.)]. Cambridge University Press, Cambridge, UK and New York, NY, USA. doi: 10.1017/9781009157926
- Jantke, K., Lottermoser, F., & Reinhardt, J. (Hrsg.). (2016). *Nachhaltiger Konsum: Institutionen, Instrumente, Initiativen* (1. Auflage). Nomos.
- Jarrett, E. (2022). PRESS RELEASE: *Fruit and Veg on Prescription pilot launched to tackle ill health and food poverty*. Alexandra Rose. <https://www.alexandrarose.org.uk/press-release-fruit-and-veg-on-prescription-pilot-launched-to-tackle-ill-health-and-food-poverty/>
- Jebb, S. A., Aveyard, P. N., & Hawkes, C. (2013). *The evolution of policy and actions to tackle obesity in England: Obesity policy in England*. *Obesity Reviews*, 14, 42–59. <https://doi.org/10.1111/obr.12093>
- Jensen, J. D. (2020). *Vurdering af sundhedsøkonomiske gevinster ved øget overholdelse af kostrådene*. https://static-curis.ku.dk/portal/files/240258550/IFRO_Udredning_2020_07.pdf
- Jensen, J. D., & Smed, S. (2013). *The Danish tax on saturated fat – Short run effects on consumption, substitution patterns and consumer prices of fats*. *Food Policy*, 42, 18–31. <https://doi.org/10.1016/j.foodpol.2013.06.004>
- Just, D. R., & Hanks, A. S. (2015). *The Hidden Cost of Regulation: Emotional Responses to Command and Control*. *American Journal of Agricultural Economics*, 97(5), 1385–1399. <https://doi.org/10.1093/ajae/aav016>
- Kapalschinski, C. (2022, Dezember 21). *Fleisch: Höhere Steuern? Mit diesem Vorschlag scheitert Özdemir*. DIE WELT. Abgerufen 25. Mai 2023, von <https://www.welt.de/wirtschaft/article242820529/Fleisch-Hoehere-Steuern-Mit-diesem-Vorschlag-scheitert-Oezdemir.html>
- Keller, I., & Lang, T. (2008). *Food-based dietary guidelines and implementation: lessons from four countries – Chile, Germany, New Zealand and South Africa*. *Public Health Nutrition*, 11(8), 867–874. <https://doi.org/10.1017/S1368980007001115>
- Kenning, P., Oehler, A., & Reisch, L. A. (Hrsg.). (2021). *Verbraucherwissenschaften: Rahmenbedingungen, Forschungsfelder und Institutionen* (2., überarbeitete und erweiterte Auflage). Springer Gabler.

Kern-Jespersen, R. (2022). *Plant2Food will put Denmark at the forefront in the development of plant-based foods*. <https://nat.au.dk/en/about-the-faculty/news/show/artikel/plant2food-skal-bringe-danmark-i-front-inden-for-udviklingen-af-plantebaserede-foedevarer>

Kjølborg, T. (2022, Juni 15). *Voluntary Climate Labelling in Denmark*. Daily Scandinavian. <https://www.dailyscandinavian.com/voluntary-climate-labelling-in-denmark/>

Klapp, A.-L., Feil, N., & Risius, A. (2022). *A Global Analysis of National Dietary Guidelines on Plant-Based Diets and Substitutions for Animal-Based Foods*. *Current Developments in Nutrition*, 6(11), 6011001. <https://doi.org/10.1093/cdn/nzac144>

Klenert, D., Mattauch, L., Combet, E., Edenhofer, O., Hepburn, C., Rafaty, R., & Stern, N. (2018). *Making carbon pricing work for citizens*. *Nature Climate Change*, 8(8), 669–677. <https://doi.org/10.1038/s41558-018-0201-2>

Klimaraadet. (2023). *Adaptation of the Danish Farm Sector to a Tax on Greenhouse Gas Emissions - a Policy Brief*. https://klimaraadet.dk/sites/default/files/node/field_files/Adaptation%20of%20the%20Danish%20Farm%20Sector%20-%20English%20Policy%20Brief.pdf

Kloss, L., Meyer, J. D., Graeve, L., & Vetter, W. (2015). *Sodium intake and its reduction by food reformulation in the European Union – A review*. *NFS Journal*, 1, 9–19. <https://doi.org/10.1016/j.nfs.2015.03.001>

Københavns Kommunes. (2022). *Medlemsforslag om plantebaseret måltid | Københavns Kommunes hjemmeside*. <https://www.kk.dk/dagsordener-og-referater/Borgerrepr%C3%A6sentationen/m%C3%B8de-02062022/referat/punkt-44>

Kompetenzzentrum für Ernährung. (o. J.). *Ernährung und Nudging-Methoden*. Abgerufen 29. Mai 2023, von <https://www.kern.bayern.de/wissenschaft/268061/index.php>

Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung. (2020). *Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung*. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Tiere/Nutztiere/200211-empfehlung-kompetenznetzwerk-nutztierhaltung.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung. (2022). *Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung*. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Tiere/Nutztiere/kompetenznetzwerk-nutztierhaltung-april-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Korteland, M., de Bruyn, S., de Koning, J., van de Pol, J., Sinke, P., & de Vries, J. (2023). *Pay as you eat dairy, eggs and meat*. CE Delft. https://cedelft.eu/wp-content/uploads/sites/2/2023/03/CE_Delft_220109_Pay_as_you_eat_dairy_eggs_and_meat_Def_2.pdf

Krzywonos, M., & Piwowar-Sulej, K. (2022). *Plant-Based Innovations for the Transition to Sustainability: A Bibliometric and in-Depth Content Analysis*. *Foods*, 11(19), 3137. <https://doi.org/10.3390/foods11193137>

Kovic, Y., Noel, J. K., Ungemack, J. A., & Burlison, J. A. (2018). *The impact of junk food marketing regulations on food sales: an ecological study: Junk food marketing regulations & sales*. *Obesity Reviews*, 19(6), 761–769. <https://doi.org/10.1111/obr.12678>

Laffineur-Pauchet, M. (2019). *New Food & Agricultural Law in France: Progress for Animals and Plant-Based Food?* The Vegan Society. Abgerufen 21. April 2023, von

<https://www.vegansociety.com/about-us/research/research-news/new-food-agricultural-law-france-progress-animals-and-plant-based-food>

L'Assemblée nationale. (2023). *Loi n° 2018-938 du 30 octobre 2018 pour l'équilibre des relations commerciales dans le secteur agricole et alimentaire et une alimentation saine, durable et accessible à tous*. Légifrance.

<https://www.legifrance.gouv.fr/loda/id/JORFTEXT000037547946/?isSuggest=true>

L'école comestible. (o. J.). Abgerufen 21. April 2023, von <https://www.ecolecomestible.org>

Légifrance. (2022). *Décret n° 2022-947 du 29 juin 2022 relatif à l'utilisation de certaines dénominations employées pour désigner des denrées comportant des protéines végétales*.

<https://www.legifrance.gouv.fr/jorf/id/JORFTEXT000045978360>

Leite Pinto, R. (2021). *The effects of introducing a carbon-meat tax in the EU: a literature review*. UNIO – EU Law Journal, 7(2), 106–123. <https://doi.org/10.21814/unio.7.2.4033>

Liese, A. D., Krebs-Smith, S. M., Subar, A. F., George, S. M., Harmon, B. E., Neuhauser, M. L., Boushey, C. J., Schap, T. E., & Reedy, J. (2015). *The Dietary Patterns Methods Project: Synthesis of Findings across Cohorts and Relevance to Dietary Guidance*. The Journal of Nutrition, 145(3), 393–402. <https://doi.org/10.3945/jn.114.205336>

Lombardini, C., & Lankoski, L. (2013). *Forced Choice Restriction in Promoting Sustainable Food Consumption: Intended and Unintended Effects of the Mandatory Vegetarian Day in Helsinki Schools*. Journal of Consumer Policy, 36(2), 159–178.

<https://doi.org/10.1007/s10603-013-9221-5>

Loy, L. S., Wieber, F., Gollwitzer, P. M., & Oettingen, G. (2016). *Supporting Sustainable Food Consumption: Mental Contrasting with Implementation Intentions (MCII) Aligns Intentions and Behavior*. Frontiers in Psychology, 7. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2016.00607>

Lumb, P. (2019, Juli 19). *The University of Cambridge's Sustainable Food Policy*.

<https://www.environment.admin.cam.ac.uk/sustainable-food/university-cambridges-sustainable-food-policy>

Mailänder Abkommen über städtische Ernährungspolitik. (2015).

Masset, G., Mathias, K. C., Vlassopoulos, A., Mölenberg, F., Lehmann, U., Gibney, M., & Drewnowski, A. (2016). *Modeled Dietary Impact of Pizza Reformulations in US Children and Adolescents*. PLOS ONE, 11(10), e0164197. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0164197>

Max Rubner-Institut. (o. J.). *Nationales Ernährungsmonitoring bei Erwachsenen*. Max Rubner-Institut. Abgerufen 11. April 2023, von

<https://www.mri.bund.de/de/institute/ernaehrungsverhalten/forschungsbereiche/nationales-ernaehrungsmonitoring-bei-erwachsenen/>

McCullough, M. L., Feskanich, D., Stampfer, M. J., Giovannucci, E. L., Rimm, E. B., Hu, F. B., Spiegelman, D., Hunter, D. J., Colditz, G. A., & Willett, W. C. (2002). *Diet quality and major chronic disease risk in men and women: moving toward improved dietary guidance*. The American Journal of Clinical Nutrition, 76(6), 1261–1271.

<https://doi.org/10.1093/ajcn/76.6.1261>

Micha, R., Karageorgou, D., Bakogianni, I., Trichia, E., Whitsel, L. P., Story, M., Peñalvo, J. L., & Mozaffarian, D. (2018). *Effectiveness of school food environment policies on children's dietary*

behaviors: A systematic review and meta-analysis. PLOS ONE, 13(3), e0194555.
<https://doi.org/10.1371/journal.pone.0194555>

Miguel-Berges, M. L., Jimeno-Martínez, A., Larruy-García, A., Moreno, L. A., Rodríguez, G., & Iguacel, I. (2022). The Effect of Food Vouchers and an Educational Intervention on Promoting Healthy Eating in Vulnerable Families: A Pilot Study. *Nutrients*, 14(23), 4980.
<https://doi.org/10.3390/nu14234980>

Ministère de l'Agriculture et de la Souveraineté alimentaire. (2019). *France's national food programme. The regions in Action. 2019-2023.*

Ministère de la Santé et de la Prévention. (o. J.). *Programme national nutrition santé. 2019-2023.*

Ministerie van Algemene Zaken. (2020, Februar 7). *New steps to tackle nitrogen pollution offer prospects for farmers - News item - Government.nl* [Nieuwsbericht].
<https://www.government.nl/latest/news/2020/02/07/new-steps-to-tackle-nitrogen-pollution-offer-prospects-for-farmers>

Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties. (o. J.). Over de City Deal Voedsel. Agendastad. Abgerufen 25. Mai 2023, von <https://agendastad.nl/over-de-citydealvoedsel/>

Ministerie van Economische Zaken. (2017, März 3). *CITY DEAL Voedsel op de Stedelijke Agenda* [Officiële publicatie]. Abgerufen 11. April 2023, von <https://zoek.officielebekendmakingen.nl/stcrt-2017-11558.html?zoekcriteria=%3fzkt%3dUitgebreid%26pst%3dStaatscourant%26vrt%3d%2522Cit y%2bDeal%2522%26zkd%3dInDeGeheleText%26dpr%3dAlle%26spd%3d20170810%26epd%3d20170810%26sdt%3dDatumPublicatie%26planId%3d%26pnr%3d1%26rpp%3d10&resultIn dex=5&sorttype=1&sortorder=4>

Ministeriet for Fødevarer, Landbrug og Fiskeri. (2023a). *Fødevareministeren har netop lancereret verdens første handlingsplan for plantebaserede fødevarer*. Abgerufen 01. Dezember 2023, von <https://fvm.dk/nyheder/nyhed/nyhed/foedevareministeren-har-netop-lancereret-verdens-foerste-handlingsplan-for-plantebaserede-foedevarer>

Ministeriet for Landbrug, Fødevarer og Fiskeri. (2023b). *Handlingsplan for plantebaserede fødevarer*. Ministeriet for Fødevarer.

Ministry for Foreign Affairs. (2022). *Strategy for Sweden's global development cooperation on sustainable economic development 2022–2026. Annex to Government Decision of 28 July 2022.*

Moragues, A., Morgan, K., Moschitz, H., Neimane, I., Nilsson, H., Pinto, M., Rohrer, H., Ruiz, R., Thuswald, M., Tisenkopfs, T. & Halliday, J. (2013) *Urban Food Strategies: the rough guide to sustainable food systems. Document developed in the framework of the FP7 project FOODLINKS* (GA No. 265287)

Mozaffarian, D., Angell, S. Y., Lang, T., & Rivera, J. A. (2018). Role of government policy in nutrition—barriers to and opportunities for healthier eating. *BMJ*, k2426.
<https://doi.org/10.1136/bmj.k2426>

MUFPP Secretariat. (2023, April 12). Milan Urban Food Policy Pact. Milan Urban Food Policy Pact. Abgerufen 11. April 2023, von <https://www.milanurbanfoodpolicypact.org/>

National Assembly of the Republic of Slovenia. (2020). Resolution on the National Environmental Action Programme 2020–2030 (ReNPVO20-30). <https://www.cbd.int/doc/world/si/si-nbsap-v2-en.pdf>

Nationales Qualitätszentrum für Ernährung in Kita und Schule. (o. J.). FAQ. Abgerufen 4. April 2023, von <https://www.nqz.de/service/faq>

National Health Service. (2021). *Healthier Families - Home*. NHS,UK. Abgerufen 3. Februar 2023, von <https://www.nhs.uk/healthier-families/>

National Nutrition Council. (2017). *Eating and Learning together – recommendations for school meals*. <https://www.julkari.fi/handle/10024/134867>

New Zealand Government. (2022). Towards a productive, sustainable and inclusive economy - FIRST EMISSIONS REDUCTION PLAN. Ministry for the Environment. <https://environment.govt.nz/assets/publications/Aotearoa-New-Zealands-first-emissions-reduction-plan.pdf>

Niebylski, M. L., Redburn, K. A., Duhaney, T., & Campbell, N. R. (2015). *Healthy food subsidies and unhealthy food taxation: A systematic review of the evidence*. *Nutrition*, 31(6), 787–795. <https://doi.org/10.1016/j.nut.2014.12.010>

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung. (2021). *Unser Rezept für die Zukunft! Niedersachsens Ernährungsstrategie*.

Norden (o.J.), *Nordic Nutrition Recommendations 2023*. Accessed 24 January 2024, from <https://www.norden.org/en/publication/nordic-nutrition-recommendations-2023>

Nordic Council of Ministers (Hrsg.). (2014). *Nordic nutrition recommendations 2012: integrating nutrition and physical activity (5th edition)*. Nordic Council of Ministers.

Nordic Council of Ministers (Hrsg.). (2007). *Health, food and physical activity: Nordic plan of action on better health and quality of life through diet and physical activity*.

Norman, J., Kelly, B., McMahon, A.-T., Boyland, E., Baur, L. A., Chapman, K., King, L., Hughes, C., & Bauman, A. (2018). *Sustained impact of energy-dense TV and online food advertising on children's dietary intake: a within-subject, randomised, crossover, counter-balanced trial*. *International Journal of Behavioral Nutrition and Physical Activity*, 15(1), 37. <https://doi.org/10.1186/s12966-018-0672-6>

Norwegian Directorate of Health. (2022). *Partnership for a healthier diet*. Helsedirektoratet. <https://www.helsedirektoratet.no/english/partnership-for-a-healthier-diet>

Nuffield Council on Bioethic. (2007). *Chapter 3. Policy process and practice*. Nuffield Council on Bioethics, London. <https://www.nuffieldbioethics.org/wp-content/uploads/2014/07/Public-health-Chapter-3-Policy-process-and-practice.pdf>

NYC Health. (2023). *Eat Plants! - NYC Health*. Abgerufen 23. Mai 2023, von <https://www.nyc.gov/site/doh/about/press/pr2023/nyc-launches-eat-a-whole-lot-more-plants.page>

Nys, T. R., & Engelen, B. (2017). Judging Nudging: Answering the Manipulation Objection. *Political Studies*, 65(1), 199–214. <https://doi.org/10.1177/0032321716629487>

Office of the mayor. (2022). *Mayor Adams, American College of Lifestyle Medicine Announce \$44 Million to Offer Lifestyle Medicine*. Abgerufen 19. März 2023, von <http://www.nyc.gov/office-of-the-mayor/news/879-22/mayor-adams-american-college-lifestyle-medicine-44-million-offer-lifestyle>

Overgaard, F. M. (2022, Mai 14). *Aalborg Kommune indfører vegetarisk mad i alle kommunale køkkener*. <https://aalborgnu.dk/nyheder/aalborg-kommune-indfoerer-vegetarisk-mad-i-alle-kommunale-koekkener/a90b9f70-c5d6-4f7a-a77c-c3deccea619d>

Pabel, B., & Schiller, S. (2017). *Basiswissen zu veganen Lebensmitteln in Theorie und Praxis*. <https://www.dlg.org/de/lebensmittel/themen/publikationen/expertenwissen-lebensmitteltechnologie/vegane-lebensmittel>

Pederson, R., & Flyger, H. V. (2016). *6 a day Denmark - Increasing availability of and access to fruit and vegetables*. Danish Cancer Society. https://www.researchgate.net/profile/Robert-Pederson/publication/237534786_6_a_day_Denmark_Increasing_availability_of_and_access_to_fruit_and_vegetables/links/568b7de908ae1e63f1fcc4c0/6-a-day-Denmark-Increasing-availability-of-and-access-to-fruit-and-vegetables.pdf

Perino, G., & Schwickert, H. (2023). Animal welfare is a stronger determinant of public support for meat taxation than climate change mitigation in Germany. *Nature Food*, 4(2), 160–169. <https://doi.org/10.1038/s43016-023-00696-y>

Piazza, J., Gregson, R., Kordon, A., Pfeiler, T. M., Ruby, M. B., Ellis, D. A., Sahin, E., & Reith, M. (2022). *Monitoring a meat-free pledge with smartphones: An experimental study*. *Appetite*, 168, 105726. <https://doi.org/10.1016/j.appet.2021.105726>

Piernas, C., Cook, B., Stevens, R., Stewart, C., Hollowell, J., Scarborough, P., & Jebb, S. A. (2021). *Estimating the effect of moving meat-free products to the meat aisle on sales of meat and meat-free products: A non-randomised controlled intervention study in a large UK supermarket chain*. *PLOS Medicine*, 18(7), e1003715. <https://doi.org/10.1371/journal.pmed.1003715>

Pineda, E., Poelman, M. P., Aaspöllu, A., Bica, M., Bouzas, C., Carrano, E., De Miguel-Etayo, P., Djojoseparto, S., Blenkuš, M. G., Graca, P., Geffert, K., Hebestreit, A., Helldan, A., Henjum, S., Huseby, C. S., Gregório, M. J., Kamphuis, C., Laatikainen, T., Løvhaug, A. L., ... Vandevijvere, S. (2022). *Policy implementation and priorities to create healthy food environments using the Healthy Food Environment Policy Index (Food-EPI): A pooled level analysis across eleven European countries*. *The Lancet Regional Health - Europe*, 23, 100522. <https://doi.org/10.1016/j.lanep.2022.100522>

Philipsborn, P. von, Geffert, K., Clinger, K., Hebestreit, A., Stratil, J., & Rehfues, E. (2021). *Politik für eine gesunde Ernährung: Ausgangslage und Reformvorschläge. Der Food Environment Policy Index (Food-EPI) Ergebnisbericht für Deutschland*. Policy Evaluation Network (PEN). https://www.jpi-pen.eu/images/reports/Food-EPI_Ergebnisbericht_V11.pdf

Philipsborn, P. von, Geffert, K., Klinger, C., & Hebestreit, A. (2020). *Food Environment Policy Index (Food-EPI) Evidenzbericht für Deutschland*. Policy Evaluation Network (PEN). https://www.jpi-pen.eu/images/reports/Food-EPI_Germany_Evidence_Report.pdf

Plantebaseret Videnscenter. (o. J.). Abgerufen 19. April 2023, von <https://plantebaseretvidenscenter.dk/>

Postpischil, R., Jacob, K., Bär, H., Siemons, A., Keimeyer, F., & Schumacher, K. (2021). *Mit der Mehrwertsteuer und mit Verbrauchsteuern ökologisch lenken* (Forschungszentrum für Umweltpolitik Nr. 01–2021). Freie Universität Berlin. <https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/30957/FFU%20Report%2001-2021%20%c3%96kologische%20Finanzreform.pdf?sequence=1&isAllowed=y>

Potter, C., Pechey, R., Clark, M., Frie, K., Bateman, P. A., Cook, B., Stewart, C., Piernas, C., Lynch, J., Rayner, M., Poore, J., & Jebb, S. A. (2022). *Effects of environmental impact labels on the sustainability of food purchases: Two randomised controlled trials in an experimental online supermarket*. PLOS ONE, 17(11), e0272800. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0272800>

Powell, L. M., & Chaloupka, F. J. (2009). *Food Prices and Obesity: Evidence and Policy Implications for Taxes and Subsidies*. *Milbank Quarterly*, 87(1), 229–257. <https://doi.org/10.1111/j.1468-0009.2009.00554.x>

Prop. 2016/17:104. (2017). *En livsmedelsstrategi för Sverige - fler jobb och hållbar tillväxt i hela landet*.

ProVeg International. (2022a). *Belgium: don't ban veggie chicken pieces!* Abgerufen 3. April 2023, von <https://proveg.com/press-release/belgium-dont-ban-veggie-chicken-pieces/>

ProVeg International. (2022b). *Global restrictions on plant-based food labelling are counter-productive, says NGO*. <https://proveg.com/press-release/global-restrictions-on-plant-based-food-labelling-are-counter-productive-says-ngo/>

Public Health England. (2021). *National Diet and Nutrition Survey*. GOV.UK. Abgerufen 3. April 2023, von <https://www.gov.uk/government/collections/national-diet-and-nutrition-survey>

Quendt, J., Joschko, I., & Ernst, A. (2020). *Welche Rolle spielt der Bereich Ernährung in kommunalen Schulen und Kindergärten? In Kommunen gestalten Ernährung*. Neue Handlungsfelder nachhaltiger Stadtentwicklung. (Bd. 153). Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB).

Radar Avotros. (2020). *Consumenten snappen wat „vegaworst“ is, meerderheid tegen verbod op vleesnamen*. <https://radar.avotros.nl/testpanel/uitslagen/item/consumenten-snappen-wat-vegaworst-is-meerderheid-tegen-verbod-op-vleesnamen/>

Regeringskansliet, R. och. (2023). *En livsmedelsstrategi för jobb och hållbar tillväxt i hela landet* [Text]. Regeringskansliet. <https://www.regeringen.se/regeringens-politik/en-livsmedelsstrategi-for-jobb-och-hallbar-tillvaxt-i-hela-landet/>

Rekhy, R., & McConchie, R. (2014). *Promoting consumption of fruit and vegetables for better health. Have campaigns delivered on the goals?* *Appetite*, 79, 113–123. <https://doi.org/10.1016/j.appet.2014.04.012>

Repræsentation i Danmark (2021), *EU i dagens aviser onsdag den 6. oktober*, Europa-Kommissionen. https://denmark.representation.ec.europa.eu/news/eu-i-dagens-aviser-onsdag-den-6-oktober-2021-10-06_en

Revenue. (2023). *VAT treatment of food and drink supplied by wholesalers and retailers*. <https://www.revenue.ie/en/tax-professionals/tdm/value-added-tax/part03-taxable-transactions-goods-ica-services/Goods/vat-on-food-and-drink-supplied-by-wholesalers-and-retailers.pdf>

Rice, R. E., & Atkin, C. K. (2013). *Public communication campaigns* (4th ed). SAGE.

Rippin, H. L., Hutchinson, J., Evans, C. E. L., Jewell, J., Breda, J. J., & Cade, J. E. (2018). *National nutrition surveys in Europe: a review on the current status in the 53 countries of the WHO European region*. *Food & Nutrition Research*, 62. <https://doi.org/10.29219/fnr.v62.1362>

Ronsmans, M. (o. J.). *Good food strategy. Towards a sustainable food system in the brussels-capital region*.

Säll, S. (2018). *Environmental food taxes and inequalities: Simulation of a meat tax in Sweden*. *Food Policy*, 74, 147–153. <https://doi.org/10.1016/j.foodpol.2017.12.007>

Sarlio-Lähteenkorva, S., & Manninen, M. (2010). *School meals and nutrition education in Finland*. *Nutrition Bulletin*, 35, 172–174. <https://doi.org/https://doi.org/10.1111/j.1467-3010.2010.01820.x>

Schaart, E. (2019, Oktober 2). *The Netherlands struggles with nitrogen headache*. *POLITICO*. Abgerufen 2. Mai 2023, von <https://www.politico.eu/article/netherlands-nitrogen-headache-pollution/>

Scheffler, M., & Wiegmann, K. (2020). *Verbesserung des Beitrags der Gemeinsamen Agrarpolitik zum Klimaschutz in der EU Quantifizierung der Treibhausgasreduzierungsziele der GLÖZ-Standards und der Eco-Schemes*. *Quantifizierung der Treibhausgasreduzierungsziele der GLÖZ-Standards und der Eco-Schemes*. Öko-Institut e.V. www.germanwatch.org/de/19356

Schrode, A. (2014). *Bedeutung und internationale Vorbilder einer Reduktion des Konsums tierischer Produkte*. *Significance and international examples of a reduction of animal-based products*. In Schrode, A.; Koch, E.; Meier, T. (Hrsg.): *Nachhaltige Ernährung – Von der Theorie zur Praxis. Beiträge für eine nachhaltige Ernährungskultur. (Sustainable Nutrition – From theory to practice. Contributions to a more sustainable nutrition culture)*. *Proceedings of the colloquium „Sustainable Nutrition – From theory to practice“*, Halle (Saale), Germany.

Schwingshackl, L., Missbach, B., König, J., & Hoffmann, G. (2015). *Adherence to a Mediterranean diet and risk of diabetes: a systematic review and meta-analysis*. *Public Health Nutrition*, 18(7), 1292–1299. <https://doi.org/10.1017/S1368980014001542>

Secretariat of the Convention on Biological Diversity. (2023, Januar 30). *Search NBSAPs and National Reports*. <https://www.cbd.int/nbsap/search/>

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz. (2023, März 23). *Die Stadt isst fair! Die Berliner Ernährungsstrategie*. Abgerufen 2. Mai 2023, von <https://www.berlin.de/ernaehrungsstrategie/strategie/>

[Sheeran, P. \(2002\). *Intention–Behavior Relations: A Conceptual and Empirical Review*. *European Review of Social Psychology*, 12\(1\), 1–36. <https://doi.org/10.1080/14792772143000003>](https://doi.org/10.1080/14792772143000003)

Sibbing, L., Bruil, J., & Hollenberg, R. (2021). *Wageningen Eet Duurzaam, Gezond En Samen. De Wageningse Voedselagenda 2021-2030*. Gemeente Wageningen. https://wageningenduurzaam.nl/wageningeneetduurzaam/wp-content/uploads/sites/5/2022/09/Voedselagenda_2021-2030_digitaal.pdf

Soler, L.-G., Aggeri, F., Dourmad, J.-Y., Helias, A., Julia, C., Nabec, L., Pellerin, S., Ruffieux, B., Trystram, G., & Werf, H. van der. (2021). *Rapport du Conseil Scientifique-Expérimentation nationale pilotée par le Ministère de la Transition Écologique, le Ministère de l'Agriculture et de l'Alimentation, le Ministère de l'Économie, des Finances et de la Relance et l'ADEME* (S. 123). <https://expertises.ademe.fr/sites/default/files/assets/documents/affichage-environnemental-produits-alimentaires-rapport-final-conseil-scientifique.pdf>

Soldt, R. (2022). *Kostendruck zwingt Freiburger Schulen zu fleischloser Kost*. FAZ.NET. <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/kostendruck-zwingt-freiburger-schulen-zu-fleischloser-kost-18395973.html>

Soler, L.-G., Aggeri, F., Dourmad, J.-Y., Helias, A., Julia, C., Nabec, L., Pellerin, S., Ruffieux, B., Trystram, G., & Werf, H. van der. (2021). *Rapport du Conseil Scientifique-Expérimentation nationale pilotée par le Ministère de la Transition Écologique, le Ministère de l'Agriculture et de l'Alimentation, le Ministère de l'Économie, des Finances et de la Relance et l'ADEME*. 123. <https://expertises.ademe.fr/sites/default/files/assets/documents/affichage-environnemental-produits-alimentaires-rapport-final-conseil-scientifique.pdf>

Sørensen, N. N., Løje, H., Tetens, I., Wu, J. H. Y., Neal, B., & Lassen, A. D. (2016). *Wellbeing at work among kitchen workers during organic food conversion in Danish public kitchens: a longitudinal survey*. *The European Journal of Public Health*, 26(2), 323–328. <https://doi.org/10.1093/eurpub/ckv229>

Sözer, N., Nordlund, E., Poutanen, K., & Åkerman, M. (2021). *Food Research and Innovation Strategy for Finland 2021-2035*. VTT Technical Research Centre of Finland. <https://doi.org/10.32040/2021.978-951-38-8830-5>

Sparkman, G., Weitz, E., Robinson, T. N., Malhotra, N., & Walton, G. M. (2020). *Developing a Scalable Dynamic Norm Menu-Based Intervention to Reduce Meat Consumption*. *Sustainability*, 12(6), 2453. <https://doi.org/10.3390/su12062453>

Spiegel. (2017, Februar 18). *Umweltministerium serviert bei Veranstaltungen nur noch vegetarische Kost*. Abgerufen 21. April 2023, von <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/umweltministerium-serviert-bei-veranstaltungen-nur-noch-vegetarische-kost-a-1135231.html>

Spiller, A., & Nitzko, S. (2017). *Ernährung und Gesundheit*. In P. Kenning, A. Oehler, L. A. Reisch, & C. Grugel (Hrsg.), *Verbraucherwissenschaften: Rahmenbedingungen, Forschungsfelder und Institutionen* (S. 211–233). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-10926-4_12

Spiller, A., Zühlsdorf, A., & Nitzko, S. (2017a). *Instrumente der Ernährungspolitik. Ein Forschungsüberblick – Teil 1*. *Ernährungs Umschau*, 64(3), M146–M153. <https://doi.org/10.4455/eu.2017.012>

Spiller, A., Zühlsdorf, A., & Nitzko, S. (2017b). *Instrumente der Ernährungspolitik. Ein Forschungsüberblick – Teil 2*. *Ernährungs Umschau*, 64(4), M2014–M2210. <https://doi.org/10.4455/eu.2017.015>

Spiller, A., Dr. Zühlsdorf, A., & Dr. Nitzko, S. (2017c). *Die Mischung macht's: Strategien und Instrumente der Ernährungspolitik*. BZfE, *Ernährung im Fokus*(09), 268–273. https://www.bzfe.de/fileadmin/resources/import/pdf/eif_170910_Strategien_und_Instrumente_Ernaehrungspolitik.pdf

- Springmann, M., Wiebe, K., Mason-D’Croz, D., Sulser, T. B., Rayner, M., & Scarborough, P. (2018). *Health and nutritional aspects of sustainable diet strategies and their association with environmental impacts: a global modelling analysis with country-level detail*. The Lancet. Planetary Health, 2(10), e451–e461. [https://doi.org/10.1016/S2542-5196\(18\)30206-7](https://doi.org/10.1016/S2542-5196(18)30206-7)
- Springmann, M., Godfray, H. C. J., Rayner, M., & Scarborough, P. (2016). *Analysis and valuation of the health and climate change cobenefits of dietary change*. Proceedings of the National Academy of Sciences, 113(15), 4146–4151. <https://doi.org/10.1073/pnas.1523119113>
- Stad Gent. (2011). *Thursday Veggie Day in Ghent – detailed information*. https://carbonn.org/uploads/tx_carbonndata/detailed%20information%20veggieday.pdf
- Stad Gent. (o. J.). *Sustainable food | Stad Gent*. Abgerufen 1. März 2023, von <https://stad.gent/en/city-governance-organisation/city-policy/ghents-climate-actions/sustainable-food>
- Stadt Wien – Umweltschutz. (2022). *Wien isst G.U.T. gesund, umwelt-, klima- und tierfair*.
- Stadt Zürich. (2019). *Strategie nachhaltige Ernährung Stadt Zürich*.
- Statista. (2020). *Werbeausgaben für Früchte und Gemüse in Deutschland in den Jahren 2007 bis 2017*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/388528/umfrage/werbeausgaben-fuer-fruechte-und-gemuese-in-deutschland/>
- Statsministeriet. (2023.). *Statsminister Mette Frederiksens redegørelse til Folketinget den 17. januar 2023*. Abgerufen 15. Mai 2023, von <https://www.stm.dk/statsministeren/taler/statsminister-mette-frederiksens-redegoerelse-til-folketinget-den-17-januar-2023/>
- Staudigel, M., Lingl, C., & Roosen, J. (2019). Preferences versus the Environment: How Do School Fruit and Vegetable Programs Affect Children’s Fresh Produce Consumption? Applied Economic Perspectives and Policy, 41(4), 742–763. <https://doi.org/10.1093/aep/ppy031>
- Steffens, E. (2022). *Réduction des émissions d’azote : 40 entreprises parmi les plus polluantes vont devoir fermer*. vrtnws.be. Abgerufen 13. April 2023, von <https://www.vrt.be/vrtnws/fr/2022/02/23/reduction-des-emissions-dazote-40-entreprises-parmi-les-plus-p/>
- Strnad, J. (2004). *Conceptualizing the „Fat Tax“: The Role of Food Taxes in Developed Economies* [SSRN Scholarly Paper]. <https://doi.org/10.2139/ssrn.561321>
- Struempfer, B. J., Parmer, S. M., Mastropietro, L. M., Arsiwalla, D., & Bubb, R. R. (2014). *Changes in Fruit and Vegetable Consumption of Third-Grade Students in Body Quest: Food of the Warrior, a 17-Class Childhood Obesity Prevention Program*. Journal of Nutrition Education and Behavior, 46(4), 286–292. <https://doi.org/10.1016/j.jneb.2014.03.001>
- Stockfree Organic. (o. J.). Abgerufen 21. April 2023, von <https://stockfreeorganic.net/>
- Taber, D. R., Chriqui, J. F., Vuillaume, R., & Chaloupka, F. J. (2014). *How State Taxes and Policies Targeting Soda Consumption Modify the Association between School Vending Machines and Student Dietary Behaviors: A Cross-Sectional Analysis*. PLoS ONE, 9(8), e98249. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0098249>

Taber, D. R. (2012). *Banning All Sugar-Sweetened Beverages in Middle Schools: Reduction of In-School Access and Purchasing but Not Overall Consumption*. Archives of Pediatrics & Adolescent Medicine, 166(3), 256. <https://doi.org/10.1001/archpediatrics.2011.200>

Tautscher, S. (o. J.). *Veggie-Day: Mittwochs lass ich Fleisch weg*. Stadtportal der Landeshauptstadt Graz. Abgerufen 26. Mai 2023, von https://www.graz.at/cms/beitrag/10370599/11175427/Veggie_Day_Mittwochs_lass_ich_Fleisch.html

Thaler, R. H., & Sunstein, C. R. (2008). *Nudge: Improving Decisions About Health, Wealth, and Happiness*. Penguin Books.

The Barcelona Challenge for Good Food and Climate. (o. J.a). *The Barcelona Challenge for Good Food and Climate*. Abgerufen 26. Mai 2023, von <https://thebcnchallenge.org/>

The Barcelona Challenge for Good Food and Climate. (o. J.b). *Signatories. The Barcelona Challenge for Good Food and Climate*. Abgerufen 26. Mai 2023, von <https://thebcnchallenge.org/signatories/>

The Barcelona Challenge for Good Food and Climate. (2022, September 20). *Innovative Food Policies. The Barcelona Challenge for Good Food and Climate*. Abgerufen 26. Mai 2023, von <https://thebcnchallenge.org/innovative-food-policies/>

The Copenhagen House of Food. (o. J.). *We are Copenhagen House of Food*. Abgerufen 3. März 2023, von <https://kbh-madhus.webflow.io/english/aboutus>

The Federal Council. (2012). *Swiss Biodiversity Strategy*. <https://www.cbd.int/doc/world/ch/ch-nbsap-v2-p1-en.pdf>

The Food Foundation. (2022). *Lessons learned from Englands National Food Strategy*. The Food Foundation. <https://foodfoundation.org.uk/sites/default/files/2022-03/NFS%20Lessons%20Learned%20report%20FINAL.pdf>

The Edible Schoolyard Project. (2020). *The Edible Schoolyard Project-About Us*. <https://edibleschoolyard.org/about-us>

The Vegan Society. (2022). *What's in a Name? Analysis of vegan and „plant-based“ Labels*. (Report One 2022). <https://www.vegansociety.com/sites/default/files/uploads/downloads/Plant-based%20vs%20Vegan%20Report%202022.pdf>

Thow, A. M., Downs, S., & Jan, S. (2014). *A systematic review of the effectiveness of food taxes and subsidies to improve diets: Understanding the recent evidence*. Nutrition Reviews, 72(9), 551–565. <https://doi.org/10.1111/nure.12123>

Tilman, D., & Clark, M. (2014). *Global diets link environmental sustainability and human health*. Nature, 515(7528), 518–522. <https://doi.org/10.1038/nature13959>

Trewern, J., Chenoweth, J., Christie, I., & Halevy, S. (2022). *Does promoting plant-based products in Veganuary lead to increased sales, and a reduction in meat sales? A natural experiment in a supermarket setting*. Public Health Nutrition, 25(11), 3204–3214. <https://doi.org/10.1017/S1368980022001914>

True Animal Protein Price Coalition. (2023). *Results Ipsos survey - EU*. https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/230523_Fleischabgabe_Ipsos_report_EU_foodprices_final_komprimiert.pdf

True Animal Protein Price Coalition. (2020a). *Dutch government proposal for „true pricing“ meat presented to Dutch Parliament*. Abgerufen 8. Mai 2023, von <https://www.tappcoalition.eu/nieuws/13817/dutch-government-proposal-for-true-pricing-meat-presented-to-dutch-parliament->

True Animal Protein Price Coalition. (2020b). *European consumers support higher meat prices - True Price Consumer Research Survey Results: France, Germany, The Netherlands*. <https://tappcoalitie.nl/images/TAPP-Coalition-Consumer-Research-Survey-Results-1606202904.pdf>

True Animal Protein Price Coalition. (o. J.). *About us*. Abgerufen 9. Mai 2023, von <https://www.tappcoalition.eu/about-us-4633779>

Tübingen Universitätsstadt. (2021). *Das Essen muss schmecken*. https://www.tuebingen.de/Dateien/faltblatt_schuessen.pdf

Turnwald, B. P., Boles, D. Z., & Crum, A. J. (2017). *Association Between Indulgent Descriptions and Vegetable Consumption: Twisted Carrots and Dynamite Beets*. *JAMA Internal Medicine*, 177(8), 1216. <https://doi.org/10.1001/jamainternmed.2017.1637>

tweedekamer. (2021). *Omzien naar elkaar, vooruitkijken naar de toekomst, Coalitieakkoord 2021 – 2025*. <https://www.tweedekamer.nl/sites/default/files/atoms/files/coalitieakkoord-2021-2025.pdf>

UK Research and Innovation. (2023). *Transforming food production challenge*. Abgerufen 3. März 2023, von <https://www.ukri.org/what-we-offer/browse-our-areas-of-investment-and-support/transforming-food-production-challenge/>

Underwood, R. L., & Klein, N. M. (2002). *Packaging as Brand Communication: Effects of Product Pictures on Consumer Responses to the Package and Brand*. *Journal of Marketing Theory and Practice*, 10(4), 58–68. <https://doi.org/10.1080/10696679.2002.11501926>

Ungar, N., Sieverding, M., Schweizer, F., & Stadnitski, T. (2015). *Intervention-Elicited Reactance and Its Implications: Let Me Eat What I Want*. *Zeitschrift Für Psychologie*, 223(4), 247–256. <https://doi.org/10.1027/2151-2604/a000226>

Unión Vegana Argentina. (2021). *„LUNES SIN CARNE“ DECLARADO de INTERÉS AMBIENTAL*. <https://www.unionvegana.org/lunes-sin-carne-declarado-de-interes-ambiental/>

University of Oslo. (2023). *Norkost 4 - Norkost*. Abgerufen 3. März 2023, von <https://www.med.uio.no/imb/english/research/projects/norkost/index.html>

United Nations. (2020). *Action Track Discussion Starter. Action Track 2 – Shift to healthy and sustainable consumption patterns*. Abgerufen 3. April 2023, von https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/2020/12/unfss-at2-discussion_starter_dec2020.pdf

United Nations. (o. J.a). *Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development / Department of Economic and Social Affairs*. Abgerufen 3. April 2023, von <https://sdgs.un.org/2030agenda>

United Nations. (o. J.b). *Neue Urbane Agenda*.

United Nations Environment Programme. (1992). *Convention on Biological Diversity*.

Umweltbundesamt. (2017, Januar 23). *Für Klima und Umwelt: Tierische Produkte höher besteuern*. Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.de/fuer-klima-umwelt-tierische-produkte-hoehler>

Vaitkeviciute, R., Ball, L. E., & Harris, N. (2015). *The relationship between food literacy and dietary intake in adolescents: a systematic review*. *Public Health Nutrition*, 18(4), 649–658. <https://doi.org/10.1017/S1368980014000962>

Valsta, L., Kaartinen, N. E., Tapanainen, H., Männistö, S., & Sääksjärvi, K. (2018). *Ravitsemus Suomessa FinRavinto 2017 -tutkimus : Nutrition in Finland The National FinDiet 2017 Survey*. <https://www.julkari.fi/handle/10024/137433>

van Erven Dorens, P. (30. März 2023). *Staatssecretaris ziet havermelk als frisdrank, belasting dus 196% omhoog*. De Telegraaf. <https://www.telegraaf.nl/financieel/2090190173/staatssecretaris-ziet-havermelk-als-frisdrank-belasting-dus-196-omhoog>

VATupdate. (2021). *VAT rates in France*. Abgerufen 14. März 2023, von <https://www.vatupdate.com/2021/04/21/vat-rates-in-france/>

vegan-labels. (o. J.). *Official vegan certifications list - Worldwide*. Abgerufen 14. März 2023, von <http://vegan-labels.info/>

Vegconomist. (2022). *Französischer Erlass zum Verbot der Verwendung von fleischähnlichen Begriffen für Produkte auf pflanzlicher Basis „ausgesetzt“*. <https://vegconomist.de/politik-gesellschaft/politik/franzoesischer-erlass-fleisch/>

Vegconomist. (2023). *Dutch Town Launches Pilot Program Encouraging Residents to Choose Plant-Based Proteins*. <https://vegconomist.com/society/dutch-town-pilot-program-plant-based-proteins/>

Veg Power. (o. J.). *Eat Them to Defeat Them*. Veg Power. Abgerufen 19. April 2023, von <https://vegpower.org.uk/eat-them-to-defeat-them/>

Vero Skatt. (2020). *Rates of VAT*. Abgerufen 19. April 2023, von <https://www.vero.fi/en/businesses-and-corporations/taxes-and-charges/vat/rates-of-vat/>

Verbraucherzentrale. (2023). *„Hybridfleisch“: Wie sinnvoll sind die neuen Angebote im Handel?* Abgerufen 25. Mai 2023, von <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/lebensmittel/lebensmittelproduktion/hybridfleisch-h-wie-sinnvoll-sind-die-neuen-angebote-im-handel-68978>

Vertretung in Deutschland, Europäische Kommission. (2018). *EU-Schulprogramm: Milch, Obst und Gemüse kostenlos für über 30 Millionen Kinder in der EU*. https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-schulprogramm-milch-obst-und-gemuse-kostenlos-fur-uber-30-millionen-kinder-der-eu-2018-03-15_de

Vinnari, M., & Vinnari, E. (2014). *A Framework for Sustainability Transition: The Case of Plant-Based Diets*. *Journal of Agricultural and Environmental Ethics*, 27(3), 369–396. <https://doi.org/10.1007/s10806-013-9468-5>

Vinnova. (2023). *Vinnovas uppdrag | Vinnova*. Abgerufen 3. April 2023, von <https://www.vinnova.se/om-oss/vart-uppdrag/>

Vinnova. (2021). *Framtidens växtbaserade vardagsmat | Vinnova*. Abgerufen 3. April 2023, von <https://www.vinnova.se/nyheter/2021/11/framtidens-vaxtbaserade-vardagsmat/>

Voedingscentrum . (o. J.a). Abgerufen 19. März 2023, von <https://www.voedingscentrum.nl>

Voedingscentrum. (o. J.b). *De Gezonde Schoolkantine*. <https://gezondeschoolkantine.voedingscentrum.nl/nl.aspx>

Voedingscentrum. (2018). *Voedingscentrum lanceert ‚Er is meer dan vlees‘ en geeft 100 shirts weg | Voedingscentrum*. <https://www.voedingscentrum.nl/nl/nieuws/voedingscentrum-lanceert-er-is-meer-dan-vlees-en-geeft-100-shirts-weg.aspx>

von Braun, J., Fresco, L. O., & Hassan, M. (Hrsg.). (2021). *Science and Innovations for Food Systems Transformation and Summit Actions: Papers by the Scientific Group and its partners in support of the UN Food Systems Summit*. Abgerufen 3. April 2023, von https://sc-fss2021.org/wp-content/uploads/2021/09/ScGroup_Reader_UNFSS2021.pdf

Walker, P. (2022, Juni 10). *Defra plan shows no stomach for bold action on food poverty and obesity*. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/politics/2022/jun/10/defra-report-shows-no-stomach-for-bold-action-on-food-poverty-and-obesity>

Waterlander, W. E., Steenhuis, I. H. M., de Boer, M. R., Schuit, A. J., & Seidell, J. C. (2012). *Introducing taxes, subsidies or both: The effects of various food pricing strategies in a web-based supermarket randomized trial*. *Preventive Medicine*, 54(5), 323–330. <https://doi.org/10.1016/j.ypmed.2012.02.009>

Waterlander, W. E., De Boer, M. R., Schuit, A. J., Seidell, J. C., & Steenhuis, I. H. (2013). *Price discounts significantly enhance fruit and vegetable purchases when combined with nutrition education: a randomized controlled supermarket trial*. *The American Journal of Clinical Nutrition*, 97(4), 886–895. <https://doi.org/10.3945/ajcn.112.041632>

WBAE. (2020). *Politik für eine nachhaltigere Ernährung: Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten*. Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Week Zonder Vlees. (o. J.). *Doe mee aan de Nationale Week Zonder Vlees & Zuivel!* Abgerufen 19. April 2023, von <https://www.weekzondervlees.nl/>

Week Zonder Vlees. (2022). *Nederlandse Nationale Week Zonder Vlees-campagne krijgt Europees vervolg*. <https://www.weekzondervlees.nl/week-zonder-vlees-krijgt-europees-vervolg/>

Willett, W., Rockström, J., Loken, B., Springmann, M., Lang, T., Vermeulen, S., Garnett, T., Tilman, D., DeClerck, F., Wood, A., Jonell, M., Clark, M., Gordon, L. J., Fanzo, J., Hawkes, C., Zurayk, R., Rivera, J. A., De Vries, W., Majele Sibanda, L., ... Murray, C. J. L. (2019). *Food in the*

Anthropocene: the EAT–Lancet Commission on healthy diets from sustainable food systems. The Lancet, 393(10170), 447–492. [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(18\)31788-4](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(18)31788-4)

Wijesinha-Bettoni, R., Khosravi, A., Ramos, A. I., Sherman, J., Hernandez-Garbanzo, Y., Molina, V., Vargas, M., & Hachem, F. (2021). *A snapshot of food-based dietary guidelines implementation in selected countries.* Global Food Security, 29, 100533. <https://doi.org/10.1016/j.gfs.2021.100533>

World Health Organization. (2016). *Fiscal policies for diet and prevention of noncommunicable diseases: technical meeting report, 5-6 May 2015, Geneva, Switzerland.* World Health Organization. <https://apps.who.int/iris/handle/10665/250131>

World Health Organization. (o. J.). *The Coalition of Action on Healthy Diets from Sustainable Food Systems for Children and All (HDSFS).* Abgerufen 3. April 2023, von <https://www.who.int/initiatives/food-systems-for-health/the-coalition-of-action-on-healthy-diets-from-sustainable-food-systems-for-children-and-all>

Wunder, S., Quack, D., Jägge, J., & Meier, J. (2022). *Förderung pflanzenbasierter Ernährungsweisen: Analyse der verhaltensprägenden Einflussfaktoren und Identifikation von Ansatzpunkten für politische Gestaltungsmöglichkeiten.* <https://www.ecologic.eu/sites/default/files/publication/2022/50029-STErn-Inputpapier-Instrumente-Proteinwende.pdf>

Wunder, S., & Jägge, J. (2022). *Ernährungspolitische Strategien zur Förderung pflanzenbasierter Ernährungsweisen in Deutschland.* Ecologic Institut. <https://www.ecologic.eu/sites/default/files/publication/2022/60018-Ernaehrungspolitische-Strategien-zur-Foerderung-pflanzenbasierter-Ernaehrungsweisen-in-Deutschland.pdf>

Yip, C., Gates, M., Gates, A., & Hanning, R. M. (2015). *Peer-led nutrition education programs for school-aged youth: a systematic review of the literature.* Health Education Research, cyv063. <https://doi.org/10.1093/her/cyv063>

ZDF. (2022). *Freiburg: Schulessen nur noch vegetarisch.* <https://www.zdf.de/uri/fbe3a12a-812f-4c0b-8026-2a76ebfd5c38>

Zeraatkar, D., Johnston, B. C., & Guyatt, G. (2019). *Evidence Collection and Evaluation for the Development of Dietary Guidelines and Public Policy on Nutrition.* Annual Review of Nutrition, 39(1), 227–247. <https://doi.org/10.1146/annurev-nutr-082018-124610>

Zolfaghari, M., Meshkovska, B., Banik, A., Kamphuis, C. B. M., Kopainsky, B., Luszczynska, A., Murrin, C., & Lien, N. (2022). *Applying a systems perspective to understand the mechanisms of the European School Fruit and Vegetable Scheme.* European Journal of Public Health, 32(Supplement_4), iv107–iv113. <https://doi.org/10.1093/eurpub/ckac054>

Impressum

Text: Helen Engelhardt, Dr. Antje Wilke, Lydia Kitz, Charlotte Ehrenreich, NAHhaft e. V.
Stand: Februar 2024